Morgenausgabe

Nr. 459 / A 231 — 47. Jahrgang

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 3,60 M. im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Pfg. Postzeitungs- und 72 Pfg. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend". Illustrierte Beilagen „Volk und Zeit" und „Kinderfreund", ferner „Frauenstimme", „Technik", „Blick in die Bücherwelt", „Jugend-Vorwärts" und „Stadtbeilage".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Mittwoch
1. Oktober 1930

Groß-Berlin **10** Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen Zeile 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Dt. B. u. Disc.-Ges., Depositenkasse, Jerusalemer Str. 65/66.

Quittung für den 14. September

Das Programm der Regierung.

Die Reichsregierung hat einen Wirtschafts- und Finanzplan veröffentlicht, der die Unterschrift des Reichskanzlers Brüning trägt. Man hätte erwarten können, daß die Reichsregierung Maßnahmen ins Auge faßt, die zur Ueberwindung der unmittelbaren Not dienen und die deshalb in den ersten Wochen getroffen werden müssen, um die Wirtschaft zu beleben und die Not zu lindern. Statt dessen legt sie eine Fülle von Richtlinien vor, die neben ungeheuer drückenden Maßnahmen gegen Arbeiter, Beamte und Angestellte eine Reihe von Plänen umfassen, die auf viele Jahre hindurch verteilt sind und sich im einzelnen noch kaum übersehen lassen.

Herr Brüning hat im Wahlkampf sich gerühmt, den Etat ins Gleichgewicht gebracht zu haben. Jetzt erfährt man, daß für das laufende Haushaltsjahr mit einem Defizit von 900 Millionen Mark gerechnet werden muß. Herr Dietrich hat vor der Wahl erklärt, der Reichstag werde viele Monate Zeit haben, sich mit dem Programm der Regierung zu befassen, da der Etat im Gleichgewicht sei. Jetzt ist das neue Defizit da und jetzt muß wieder alles Hals über Kopf gehen.

Das Programm der Regierung spricht davon, daß jede neue Belastung der Produktion vermieden werden soll, daß vielmehr die Entlastung der produktiven Stände zu fördern sei. Zu den produktiven Ständen zählt das Programm die arbeitenden Klassen offenbar nicht. Für die Väter dieses Programms ist der arbeitende Teil der Bevölkerung lediglich eine Belastung der Produktion, und ganz in diesem Sinne stellt das Programm die Behauptung auf, daß der zur Behebung der Wirtschaftskrise notwendigen Preissenkung die Höhe der von Gehalt und Löhnen, von Steuern und Soziallasten bedingten Gestehungskosten hemmend im Wege stehe. Keine neue Belastung der Produktion — aber stärkste Belastung der arbeitenden Klassen durch den Abbau von Gehältern und Löhnen und sozialpolitischen Leistungen, das ist der soziale Sinn des Planes.

Die Lage des Reichshaushalts.

Der Plan berechnet den Fehlbetrag für das Haushaltsjahr 1930 auf rund 900 Millionen. Dieser Fehlbetrag soll auf die folgenden drei Haushaltsjahre verteilt werden. Es läßt sich erkennen, daß bereits für die letzten Monate ein Ueberbrückungskredit notwendig sein wird. Ob die Berechnung der jetzigen Regierung über die Höhe des Defizits zuverlässig sind und ob sie den notwendigen Ueberbrückungskredit finden wird, steht dahin.

Für das Haushaltsjahr 1931 soll der Ausgleich durch eine Reihe von Maßnahmen herbeigeführt werden, deren wesentlichste Gehaltskürzung der Beamten, Kürzungen der Länderüberweisungen, Loslösung der Arbeitslosenversicherung vom Reichsetat, Abstriche im Reichshaushalt und Erhöhung der Tabaksteuer sind.

Die Kürzung der Beamtengehälter.

Vom 1. April 1931 ab sollen alle Dienstbezüge der Reichsbeamten, sowie die Bezüge der Wartegeldempfänger und Ruhegeldempfänger um 6 Proz. auf die Dauer von drei Jahren gekürzt werden. Nur Beamte, die bis zu 1500 M. jährlich verdienen, werden von der Kürzung ausgenommen.

Eine Abgabe der Beamten in Notzeiten ist grundsätzlich richtig. Die Beamten besitzen eine gesicherte Existenz. Aber die grundsätzliche Billigung schließt noch nicht die Zustimmung zu dem Plan der Reichsregierung ein. Die Freigrenze ist nach unten verschoben worden von 2000 M. auf 1500 M. Es ist keinerlei gerechter Ausgleich nach oben geschaffen worden, kein gerechter sozialer Ausgleich durch Belastung der besitzenden Schichten steht dieser ausschließlichen schweren Belastung der Beamtenschaft gegenüber!

Die Arbeitslosenversicherung.

Der Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben der Arbeitslosenversicherung soll künftig ohne Inanspruchnahme des Reichshaushalts sichergestellt werden. Die Reichsregierung bereitet einen Gesetzentwurf vor, der die Darlehnspflicht des Reiches gegenüber der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung aufhebt.

Diese Maßnahmen der Reichsregierung widersprechen diametral dem Standpunkt, den alle Arbeiterorganisationen vertreten und den eben erst wieder das Organ der christlichen Gewerkschaft mit aller Schärfe betont hat. Der Standpunkt

Wir veröffentlichen in der 3. Beilage den

Finanz- und Wirtschaftsplan der Reichsregierung

der Arbeiterorganisationen ist es, daß die Allgemeinheit sich nicht der Pflicht entziehen könne, Opfer zu bringen, um den Erwerbslosen zu helfen.

Die Reichsregierung gibt sich damit zufrieden, daß im kommenden Jahre ein sehr wesentlicher Teil der Lasten für die Erwerbslosen nicht von der Reichsanstalt, sondern von den Gemeinden getragen werden muß. Das bedeutet die Verlagerung der Lasten vom Reich auf die Gemeinden. Die Gemeinden sind die Objekte der Wirtschaftspolitik. Sie leiden selber auf das schwerste und sie sollen künftighin ohne jede Hilfe die gewaltigen Lasten für die Wohlfahrtserwerbslosen auf sich nehmen.

Die Erhöhung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung von 4½ zu 6½ Proz. ist von der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung abgelehnt worden. Die Regierung will diese Erhöhung und damit eine sehr wesentliche Neubelastung der Arbeiterschaft dennoch vornehmen.

Sie will ferner die Leistungen in der Krisenfürsorge beträchtlich herabsetzen. Die Bedürftigkeitsprüfung soll erheblich verschärft und die Sätze im wesentlichen denen der Wohlfahrtsfürsorge angeglichen werden.

Für den Fall, daß die Berechnungen der Regierung über das Anwachsen der Arbeitslosigkeit sich als irrig herausstellen und der Etat der Reichsanstalt dadurch ins Schwanken gerät, sind keinerlei Maßnahmen vorgesehen. Für diesen Fall wird die Regierung ausdrücklich feststellen, daß keine Reichshilfe gewährt werden soll. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger als Versackungspolitik gegenüber der Arbeitslosenversicherung!

Abstriche im Reichshaushalt.

Für das Haushaltsjahr 1931 sollen im Reichsetat 300 Millionen eingespart werden. Der Plan der Regierung führt eine Reihe von Verwaltungen an, bei denen diese Einsparungen speziell erfolgen sollen. Der Etatskenner weiß, daß bei reinen Verwaltungsausgaben unmöglich 300 Millionen Mark eingespart werden können. Man wird also ein endgültiges Urteil erst abgeben können, wenn man im einzelnen sehen wird, an welchen Positionen Einsparungen erfolgen sollen. Die Veröffentlichung der Reichsregierung enthält jedoch das Zugeständnis, daß „an einzelnen schmerzhaften

Offener Metallkonflikt!

Verhandlungen gescheitert. — Unternehmer bestehen auf 15 Prozent Lohnabbau als Vorbild für ganz Deutschland.

Die Verhandlungen über den Neuabschluß des Lohntarifvertrages für die Berliner Metallindustrie sind gestern endgültig gescheitert. Die Berliner Metallindustriellen lehnen es ab, der Frage der allgemeinen Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden näherzutreten. Sie bestehen kategorisch darauf, sämtliche Tariflöhne um 15 Proz. zu kürzen.

Zum dritten Male hatten sich gestern in der Potsdamer Straße die Vertreter von rund 150 000 Berliner Metallarbeitern und -arbeiterinnen mit den Metallindustriellen an den Tisch gesetzt, um eine Verständigung in dem Lohnstreit herbeizuführen, der schon seit vier Wochen in der Berliner Metallindustrie schwebt und die gesamte Oeffentlichkeit in Spannung hält. Man verhandelte gestern nicht im Plenum, sondern in einer sogenannten kleinen Kommission. Das Ergebnis der Verhandlungen ist deswegen aber kein anderes geworden, als wenn man in größerem Kreise debattiert hätte. Es ist nur schneller Klarheit geschaffen worden. Da dieser Lohnkonflikt zurzeit der bedeutungsvollste in Deutschland ist und von seinem Ausgang viel, wenn nicht gar

alles für die Lohn- und Tarifpolitik abhängt, die in Deutschland in nächster Zeit getrieben werden wird,

ist es notwendig, seine Entstehung und seinen bisherigen Verlauf noch einmal zu skizzieren. Wenige Minuten vor dem Verstreichen der Kündigungsfrist wurde dem Deutschen Metallarbeiter-Verband am 30. August die Tarifkündigung vom Verband Berliner Metallindustrieller übermittelt. Gründe wurden zunächst nicht angegeben. Auch auf wiederholte Mahnungen blieben die Metallindustriellen stumm. Sorgfältig hüteten sie ihr Geheimnis bis nach den Wahlen. Erst zu Beginn der ersten Parteiverhandlung kamen sie mit ihrer Forderung nach einer 15prozentigen Lohnkürzung heraus.

Der Vorschlag des Vorsitzenden des Berliner Ortsausschusses des ADGB., zur Behebung der ungeheuren Not der Arbeitslosen die Arbeitszeit auf 40 Stunden zu verkürzen, war, wie es schien, den Unternehmern nicht ohne weiteres unannehmbar. Sie erklärten sich bereit, diesen Vorschlag zu prüfen und auf seiner Grundlage nochmals zu verhandeln. Gestern nun haben die Metallindustriellen das Ergebnis dieser „Prüfung" bekanntgegeben. Nach ihrer Auffassung sei eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden für ihre Betriebe wirtschaftlich nicht tragbar. Abgesehen **davon betrachten sie aber auch die Arbeitszeitverkürzung nicht als** das Mittel, das geeignet ist, die Arbeitslosigkeit einzudämmen und dadurch die Kaufkraft der breiten Massen zu steigern. Für sie kommt als einziger Ausweg aus der Wirtschaftskrise nur die Senkung der Tariflöhne um 15 Proz. in Frage, die — und das wurde gestern nochmals betont —

nicht nur die Berliner Metallindustrie erfassen müsse, sondern alle Lohn- und Gehaltsempfänger in Deutschland, auch die Beamten.

Man machte schließlich noch den Versuch, die Verhandlungen nochmals zu verschleppen und den Lohntarif um vier Wochen zu verlängern. Das wurde von den Gewerkschaftsvertretern entschieden abgelehnt. Sie verlangten entweder eine Verlängerung des Lohnabkommens um ein halbes Jahr oder den Abbruch der Verhandlungen, um bis zum Ablauf des Tarifes am Sonnabend Klarheit zu haben.

Das Metallkartell wird sich heute darüber schlüssig werden, welche Schritte nunmehr zu unternehmen sind. Die Unternehmer sind die Angreifer. Nach ihrer Taktik muß und wird sich auch die der Gewerkschaften richten. Das Statut des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes schreibt vor, daß vor dem Eintritt in einen Kampf alle Verständigungsmöglichkeiten erschöpft, d. h. auch die Schlichtungsinstanzen angerufen werden müssen. Für diesen Fall muß verlangt werden,

daß der Schlichtungsausschuß noch in dieser Woche zusammentritt und eine Entscheidung fällt.

Am Sonnabend läuft der Lohntarifvertrag für die Berliner Metallindustrie ab; bis dahin muß die Situation völlig geklärt sein. Ganz gleich, welche Schritte die Gewerkschaften jetzt unternehmen werden, so gilt es für die Berliner Metallarbeiter, sich für einen Abwehrkampf vorzubereiten, der bestimmt nicht leicht zu bestehen sein wird. Jedes uneinheitliche und unbesonnene Vorgehen würde zu einem Aktivposten der Unternehmer werden. Die Berliner Metallarbeiter müssen jetzt der Worte eingedenk sein, die die Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes in der letzten Wochenbeilage der „Metallarbeiterzeitung" an sie richtete:

„Wenn die Unternehmer Berlins den Kampf haben wollen, wir werden antworten. — Metallarbeiter Berlins! Schaltet alle Spaltungs- und Verwirrungsparolen von vornherein aus. Stellt euch geschlossen hinter die Ortsverwaltung. Einheitlicher Kampf verbürgt den Sieg."

„Eigentum des Vorstandes der SPD"

Abstrichen selbst bei den sozialen und kulturellen Aufgaben nicht vorbeigegangen werden konnte".

Trotz aller dieser Maßnahmen aber ist der Ausgleich im Haushaltsjahr 1931 noch immer nicht erreicht. Er soll durch stärkere Belastung des Tabaks herbeigeführt werden. Im übrigen sollen Ledigensteuer und der fünfprozentige Zuschlag zur Einkommensteuer aufrechterhalten bleiben. Angesichts der starken Kürzung der Beamtengehälter und der Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bedeutet die Fixierung des Einkommensteuerzuschlages auf 5 Proz. eine ganz offensichtliche Schonung der besitzenden Schichten!

Einschränkung des Wohnungsbaues.

Der Wohnungsbau mit öffentlichen Mitteln soll stark gedrosselt und allmählich abgebaut werden. Die Reichsregierung sieht vor, daß nur noch kleinste Wohnungen „unter Wahrung der gesundheitlichen und sozialen Mindestforderungen" gebaut werden sollen. Wahrung der Mindestforderungen — das bedeutet nicht etwa eine Grenze nach unten, sondern es ist eine Grenze nach oben, es bedeutet, daß künftig nur noch Kleinstwohnungen gebaut werden sollen, vornehmlich Einzimmerwohnungen ohne Bad.

Im Haushaltsjahr 1931 sollen rund 100 000 Wohnungen weniger gebaut werden. Von den 800 bis 850 Millionen Mark, die bisher aus Hauszinssteuermitteln für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt wurden, sollen nur noch 400 Millionen Mark zum Wohnungsbau verwendet werden, weitere 400 Millionen Mark sollen durch Einzelbeleihung oder Anleihen aufgebracht werden. Die Finanzierung auf dem Anleihewesen ist ein durchaus unsicherer Faktor. Die Drosselung der Mittel für den Wohnungsbau eröffnet deshalb trübe Aussichten für den Baumarkt.

An diesem Punkte tritt der reaktionäre Einfluß der Wirtschaftspartei besonders stark hervor. Bis zum 1. April 1936 soll die Verwendung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau vollständig abgebaut sein, gleichzeitig aber auch die gesamte Wohnungszwangswirtschaft. Nach diesem Fünfjahresplan für die Wohnungswirtschaft würde es am 1. April 1936 keine öffentlichen Mittel mehr für den Wohnungsbau und keinerlei Mieterschutz mehr geben!

Realsteuersenkung.

Von den rund 1600 Millionen Aufkommen aus der Hauszinssteuer würden nach dem Plane der Regierung rund 400 bis 450 Millionen frei werden. Dieser Betrag soll an die Realsteuerpflichtigen derart verteilt werden, daß die Gewerbesteuer generell um 20 Proz., die Grundsteuer um 10 Proz. gesenkt werden. Es wird sich also als Folgerung des Planes der Regierung ergeben, daß der Wohnungsbau gedrosselt wird, daß dafür aber Gewerbetreibenden, Kapitalisten und Grundbesitzern ein steuerliches Geschenk in der Höhe von 400 Millionen gemacht wird.

Die Stellung von Ländern und Gemeinden.

Die Gehälter der Beamten sollen in Ländern und Gemeinden entsprechend der Gehaltskürzung im Reiche herabgesetzt werden. Diese Gehaltskürzung würde an sich den Ländern und Gemeinden eine finanzielle Erleichterung schaffen. Aber diese Erleichterung wird wieder aufgehoben dadurch, daß einesteils die Ueberweisungen des Reichs im Hinblick auf die Senkung der Beamtengehälter um etwa 100 Millionen gekürzt werden und daß außerdem durch den Rückgang der Reichseinnahmen eine Kürzung der Ueberweisungen um weitere 288 Millionen Mark eintreten wird. Die Lage von Ländern und Gemeinden ist somit um nichts verbessert. Der Plan der Regierung vertröstet sie auf eine künftige Regelung des Finanzausgleichs, die zum 1. April 1932 in Kraft treten soll — aber nur unter der Voraussetzung, daß vorher das Steuervereinheitlichungsgesetz verabschiedet ist. Danach sollen die Länder für sich und ihre Gemeinden das gesamte Aufkommen aus Bier- und Branntweinsteuer erhalten, ferner die Gemeinden das freie Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer.

Nach diesem Finanzausgleich soll allerdings die Einkommensteuer in den Gemeinden mit den Realsteuern im bestimmten Verhältnis verknüpft werden und ferner die Ueberschreitung eines bestimmten Zuschlagsatzes von der Erhebung einer Kopfsteuer abhängig gemacht werden. Das würde bedeuten, daß die Gemeindeparlamente in der Verteilung der Gemeindesteuerlasten unter sozialen Gesichtspunkten vollständig entmachtet werden.

Aber dieser Finanzausgleich ist nur ein Zukunftswechsel und noch dazu ein vollständig unsicherer. Sicher ist nur eins, die Gemeinden haben mit Sicherheit für die nächste Zeit damit zu rechnen, daß ihre Einnahmen zurückgehen, daß die Lasten aber, die sie für die Wohlfahrtserwerbslosen zu tragen haben, gewaltig anschwellen werden. Keinerlei Hilfe winkt ihnen. Sie gehören zu den Leidtragenden dieses Programms.

Der Ausgabenplafonds.

Die Etats von Reich, Ländern und Gemeinden für das Jahr 1931 werden in jedem Falle ausgesprochene Notetats sein. Der Plan der Regierung spricht davon, daß die Ausgaben unter dem Druck der Not auf ein Mindestmaß herabgesetzt sein werden. Dieses Mindestmaß von Ausgaben soll nach dem Plan der Regierung für die Dauer von drei Jahren keine Erhöhung erfahren dürfen. Was immer auch eintreten möge, welche wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten sich herausstellen mögen — keine Erhöhung der Ausgaben soll gestattet sein!

Das ist der Geist des Privatkapitalismus, der dem Staate nicht geben will, was des Staates ist, der die öffentlichen Finanzen notleidend halten will, der den Krisen- und Notetat eines Jahres zur Norm machen will.

Lohnkürzung!

Nach dem Willen der Reichsregierung soll die Kürzung der Beamtengehälter nicht nur zur Entlastung des Reichsetats dienen. Unzweideutig heißt es am Schluß der Veröffentlichung:

„Was durch die Kürzung der Gehälter für die öffentliche Wirtschaft angebahnt ist, muß innerhalb der privaten Wirtschaft weiter wirken zum Wohle des Ganzen." Das ist die Aufforderung an das Unternehmertum, mit Lohnkürzungsaktionen gegen die Arbeiterschaft vorzugehen, es ist zugleich auch die Anweisung an die Schlichtungsbehörden, an die Seite der Unternehmer zu treten und für Lohnsenkungen zu wirken!

Die Bilanz.

Gehaltskürzung für alle Beamten in Reich, Ländern und Gemeinden um 6 Prozent.

Herabdrückung der Arbeiterlöhne mit Hilfe des Staates!

Versackungspolitik gegenüber der Arbeitslosenversicherung, Kürzung der Leistungen in der Krisenfürsorge.

Abbau von sozialen und kulturellen Ausgaben des Reiches. Drosselung des Wohnungsbaues, Abbau des Mieterschutzes. Erhöhung der Tabaksteuer um rund 160 Millionen. Aber ein Steuererlaß von 400 Millionen Mark an die Realsteuerpflichtigen.

Das ist nicht ein Programm zur Belebung der Wirtschaft und zur Sanierung der Reichsfinanzen! Durch die Einschränkung des Wohnungsbaues und durch die ungewisse Aussicht auf Aufbringung von Baugeldern auf dem privaten Kapitalmarkt wird die Krise auf dem Baumarkt verewigt, eine der wesentlichsten Möglichkeiten zur Steigerung der Produktion verschüttet. Dieselbe Wirkung muß die Schwächung der inneren Kaufkraft durch Kürzung der Gehälter und Löhne hervorrufen. Alle jene Maßnahmen, die der Wirtschaft in der Krise neue Antriebe geben könnte, sucht man in diesem Programm vergeblich. Abbau der Lebensmittelpreise durch Aenderung der Zollpolitik, Umstellung der Handelspolitik, zielbewußte Kartellpolitik.

Das Ziel der endgültigen Sanierung der Reichsfinanzen wird auf diesem Wege nicht erreicht werden. Es ist ganz unbestimmt, ob die notwendigen Ueberbrückungskredite hereinkommen werden, und die Berechnungen dieser Regierung über die Etatslage sind genau so leichtfertig, wie alle ihre Berechnungen bisher gewesen sind.

Wahrlich ein Programm, ganz nach dem Herzen der Wirtschaftspartei und der Volkspartei. Am Schlusse heißt es:

„Der Plan der Reichsregierung fordert von allen Teilen des deutschen Volkes Opfer."

Ein Satz, der erst richtig wird durch die Ergänzung: „mit Ausnahme der Besitzenden."

Der Plan der Reichsregierung fordert von allen Teilen des deutschen Volkes Opfer mit Ausnahme der Besitzenden.

Das ist die Quittung für den 14. September.

Eine Niederlage Schieles.

Gefrierfleischersatz im Ueberwachungsausschuß abgelehnt. — Altes zollfreies Kontingent verlangt.

Der Ueberwachungsausschuß des Reichstags sollte gestern nach dem Willen der Regierung von der Neuregelung der Gefrierfleischfrage, d. h. von der Ausgabe von Verbilligungsbons auf Frischfleisch Kenntnis nehmen und damit Schieles neue Maßnahmen gutheißen. Reichsernährungsminister Schiele begründete die Maßnahme und legte dar, daß auch die beteiligten Verwaltungs- und Wirtschaftskreise sich gegen eine unmittelbare Belieferung der Bevölkerung mit verbilligtem Frischfleisch an Stelle von Gefrierfleisch ausgesprochen hätten, nachdem der Reichstag am 14. April die Aufhebung der zollfreien Gefrierfleischeinfuhr beschlossen habe. Er gab dann die Grundzüge der Neuregelung bekannt, die die Ausgabe von Gutscheinen von 20 Pf. für das Pfund Frischfleisch vorsieht, wobei die im Reichshaushalt für 1930 noch nicht vorgesehene Deckung aus den Mehreinnahmen erfolgen soll, die die Erhöhung des Weizenzolls bringen sollen.

In der Aussprache wurde die mit dem Gutscheinsystem verbundene Rückkehr zu üblen Kriegsmethoden

gebührend gekennzeichnet, mit den Durchstechereien, Schiebungen, unreeller Handel, Verteuerung und Verschlechterung des Fleisches verbunden seien. Für die Regierungsparteien brachte der volksparteiliche Führer Dr. Scholz den Antrag ein, daß der Ausschuß von den Maßnahmen der Reichsregierung Kenntnis nimmt und die Notwendigkeit der zunächst außerplanmäßigen Bereitstellung der erforderlichen Mittel bestätigt. Obwohl Schiele den Ausschuß beschwor, die Zustimmung nicht zu versagen, wurden von den Sozialdemokraten und Kommunisten Resolutionen eingebracht, die die Wiedereinführung des zollfreien Gefrierfleisches und der Fleischbeschauerleichterungen bei der Gefrierfleischeinfuhr im Gegensatz zu den Reichstagsbeschlüssen verlangen. Die Kommunisten forderten außerdem, daß die 20 Millionen, die jetzt jährlich für die Bons verwendet werden sollen, als Dauernothilfe verwendet werden.

Die Abstimmungen brachten ein überraschendes Ergebnis und wurden zu einer Niederlage für Schiele und die Regierung.

Der kommunistische Antrag wurde abgelehnt und die aus Sozialdemokraten und Kommunisten bestehende Mehrheit versagte der Reichsregierung die Zustimmung zu ihren Maßnahmen. Es wurde vielmehr ein Antrag von Dr. Paul Hertz angenommen, der im Gegensatz zu den Reichstagsbeschlüssen vom April wieder das zollfreie Gefrierfleischkontingent, wie es früher bestand, fordert.

Damit ist für die Reichsregierung eine peinliche Lage geschaffen. Man wird zwar nicht erwarten können, daß diese Regierung, die ohne den Reichstag zu regieren sich angewöhnt hat, von der Durchführung der Maßnahmen absehen wird, aber der neue Reichstag wird als erstes sich mit der im Ueberwachungsausschuß geschaffenen neuen Lage befassen müssen und von neuem zu der himmelschreienden Ungerechtigkeit Stellung nehmen müssen, die durch die Beseitigung des Gefrierfleischkontingents geschaffen wurde, die zudem der Landwirtschaft keinerlei Nutzen bringt.

(Vergleiche auch die Stellungnahme im Wirtschaftsteil.)

Starhemberg Innenminister.

Die Heimwehrregierung Seipel—Vaugoin.

Wien, 30. September. (Eigenbericht.)

Auf den Vorschlag Vaugoins hat Bundespräsident Miklas folgendes Kabinett ernannt und bereits auf die Verfassung vereidigt:

Bundeskanzler und Heer: Vaugoin
Aeußeres: Dr. Seipel
Inneres: Starhemberg
Justiz: Dr. Hueber
Finanz: Dr. Juch
Soziales und Vizekanzler: Sebnitz
Unterricht: Czermak
Handel: Heinl
Landwirtschaft: Thaller.

Starhemberg ist der Bundesführer der Heimwehr, Dr. Hueber ihr Salzburger Landesführer. Die anderen Minister sind Christlichsoziale. Großdeutsche und Landbund haben den Beitritt zu dieser Regierung trotz der Heimwehrdrohungen gegen „Sprenger der Antimarxistenfront" abgelehnt.

Das Kabinett ist eine Minderheitsregierung; sie wagt es nicht, vor das Parlament zu treten, dieses soll vielmehr morgen vom Bundespräsidenten aufgelöst werden.

Wahltag dürfte der 9. November sein.

Der Bundesführer der Heimwehr ist Innenminister der demokratisch-parlamentarischen Republik, auf deren Verfassung er soeben den Eid geleistet hat; ein junger Mann mit dem Namen des Verteidigers von Wien gegen die Türken. Der Herr „Fürst" besitzt in Oberösterreich viele Güter und Schlösser; er bezahlt seine Forstarbeiter tief unter dem Kollektivvertrag — aber er hat ein eigenes Jägerbataillon aufgestellt, ausgerüstet und bewaffnet.

Justizminister, Oberster aller Staatsanwälte und Herr über Beförderung von Richtern, ist ein anderer Heimwehrführer; die übrigen Minister mit dem Prälaten Seipel an der Spitze haben den Zulassungsstempel der Faschistenleitung.

Unter dieser Regierung soll das Parlament neu gewählt werden und höchstens drei Monate später, auch direkt vom Volk, der Bundespräsident. Das Volk wird zu entscheiden haben, ob Deutschösterreich ein Volksstaat oder eine Faschistenfiliale sein soll; vielleicht wird diese Entscheidung am gleichen Tage fallen wie in Polen.

Aber selbst Pilsudski hat nicht die verfassungsfeindlichen Führer illegaler Banden in seine Regierung aufgenommen. Das blieb dem christlichsozialen Bundespräsidenten in Wien vorbehalten. Mit einem Schlag ist Deutschösterreich ein Brennpunkt des Kampfes zwischen Demokratie und Faschismus geworden, der bald auch bei uns zur Entscheidung reifen kann.

Der Generalrat der Reichsbank.

In den Generalrat der Reichsbank darf kein Arbeitervertreter. — Man bleibt unter sich.

Der Generalrat der Reichsbank hat die nach dem Ausscheiden der ausländischen Vertreter erforderliche Ergänzung der verbleibenden 7 auf 10 Mitglieder vorgenommen. Es wurden — aus eigener Machtvollkommenheit durch Kooptation — hinzugewählt der Vizepräsident der Reichsbank Dr. Dreyse, Müller-Oerlinghausen von der Industrie und Flemming von der Landwirtschaftskammer Pommern. Die Reichsbankerklärung meldet das Einverständnis der Reichsregierung.

Der Generalrat besteht jetzt aus 6 Vertretern der privaten Großbanken, dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten der Reichsbank, einem Industrie- und einem Agrarvertreter. Keine Verstärkung des Reichseinflusses, keine Vertretung der öffentlichen Banken und Wirtschaft, kein Vertreter der Arbeiter und Verbraucher, das also ist die letzte Weisheit bei der Lösung dieses lange so heftig umkämpften Problems. Das ist eine Mißachtung der Demokratie, die nach der Wiederherstellung der Reichssouveränität über das wichtigste deutsche Wirtschaftsinstrument nicht hätte vorkommen dürfen.

Die Auflösung des Rhein-Ministeriums.

Nach der Auflösung des Ministeriums für die besetzten Gebiete am 1. Oktober wird Reichsminister Treviranus, wie schon gemeldet, Minister ohne Geschäftsbereich.

Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete, Freiherr Langwerth von Simmern, tritt infolge Ueberschreitung der Altersgrenze in den Ruhestand. Staatssekretär Schmid, Ministerialdirektor Miller und Präsident Collatz sind mit dem 30. September in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden. Der Personalbestand des Ministeriums und der Außenverwaltung ist im übrigen mit geringen Ausnahmen zu anderen Verwaltungen übergetreten.

Beschluß der Funktionäre.

„Es geht um das Wohl des arbeitenden Volkes."

Vor den Funktionären der Berliner Sozialdemokratie sprach im überfüllten großen Saal der Germania-Festsäle in der Chausseestraße Reichstagsabgeordneter Genosse Siegfried Aufhäuser über „Reichstagswahl und Sozialdemokratie". An den Vortrag schlossen sich kurze Ansprachen der ausländischen Genossen Malone-England, Longuet-Frankreich und Huysmans-Belgien, die mit stürmischem Beifall aufgenommen wurden. Nach einer sehr lebhaften und ausgedehnten Diskussion wurde folgende Entschließung angenommen:

„Angesichts der katastrophalen Wirtschaftskrise und der mit ihr verbundenen sozialen Verelendung, angesichts der wachsenden Bedrohung des Volksstaates durch den Faschismus hält es die Allgemeine Berliner Funktionärkonferenz für die geschichtliche Aufgabe der Sozialdemokratie, höchste Aktivität zu entfalten, um in die nächsten politischen Entscheidungen vom Standort der Arbeiterklasse einzugreifen.

Als stärkste Reichstagspartei kann sich die Sozialdemokratie die Gesetze ihres Handelns nicht vom Bürgerblock vorschreiben lassen. Die Funktionärversammlung fordert daher einen sichtbaren Kurswechsel in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Belastung der arbeitenden Massen durch die Notverordnung ist sofort aufzuheben. Ebenso unerläßlich ist zur Ueberwindung der Massenerwerbslosigkeit eine fortschreitende Verkürzung der Arbeitszeit, vor allem der Kampf um die vom Internationalen Gewerkschaftsbund aufgestellte Forderung nach der 44stündigen Arbeitswoche. Eine baldige Entspannung der Wirtschaftskrise, die soziale Hilfe für ihre Opfer und die Sanierung der öffentlichen Finanzen können nur auf der Grundlage des sozialdemokratischen Wahlprogramms erreicht werden. Eine Regierung, die diese Bedingungen nicht anerkennt, ist mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Als die Partei der Arbeit bildet die Sozialdemokratie den stärksten Rückhalt der Demokratie. Die versammelten Funktionäre Groß-Berlins erwarten von Parteileitung und Reichstagsfraktion, daß sie sich mit aller Kraft für die Erhaltung des demokratischen Parlamentarismus einsetzen, die gewissenlose Zersetzungspolitik der Faschisten und ihrer Bundesgenossen rücksichtslos bekämpfen werden. Die sozialistische Arbeiterschaft hält sich aber auch bereit, Republik und Volk gegen ihre Feinde, wenn nötig im außerparlamentarischen Kampf, zu verteidigen.

Es geht um das Leben des arbeitenden Volkes! Nur die entschlossene Verteidigung dieses höchsten Gutes der Nation sichert den Bestand der Republik. Zur Schaffung einer einheitlichen Kampflinie verlangen die Funktionäre die sofortige Einberufung eines außerordentlichen Parteitages."

(Ausführlicher Bericht folgt.)

Sympathie mit den Metallarbeitern.

Die Groß-Berliner Funktionärversammlung faßte gestern folgenden Beschluß:

Die am 30. September in den Germania-Festsälen versammelten Funktionäre der SPD. von Groß-Berlin sprechen den Berliner Metallarbeitern für ihre aufrechte Haltung im Kampf gegen den vom organisierten Unternehmertum geplanten Lohnabbau ihre wärmste Sympathie aus. In dem großen Ringen um die Verkürzung der Arbeitszeit tritt die Sozialdemokratie mit aller Entschiedenheit an die Seite der freien Gewerkschaften.

Braunschweiger Parlamentsauftakt.

Geschäftsordnung wird über den Haufen geworfen.

Braunschweig, 30. September. (Eigenbericht.)

In der Dienstagsitzung des Braunschweigischen Landtages erklärte Minister Dr. Jaspar den Rücktritt der braunschweigischen sozialdemokratischen Regierung.

Die Wahl des Präsidiums begann mit einem Bruch der Geschäftsordnung. Diese sieht ausdrücklich vor, daß die Fraktionen nach ihrer Mitgliederzahl Anspruch auf das Präsidium haben. Trotzdem wählten Völkische, Deutschnationale und Deutsche Volkspartei einen Völkischen, den Kaufmann Zörner, zum Präsidenten. Die Sozialdemokratie protestierte gegen diese „Auslegung" der Geschäftsordnung. Der Führer der Völkischen erklärte aber, daß das braunschweigische Volk keine Marxisten im Präsidium mehr dulden wolle. Trotzdem wurde als erster Vizepräsident ein Mitglied der Sozialdemokratie gewählt, da die Völkischen vergessen hatten, im richtigen Augenblick einen anderen Vorschlag zu machen.

Nationalsozialistische Abgeordnete.

30 Beamte in der neuen Reichstagsfraktion.

Einen interessanten Beitrag zu dem Kapitel „Verfassungstreues Beamtentum" liefert die Zusammensetzung der neuen nationalsozialistischen Reichstagsfraktion. Diese Fraktion setzt sich folgendermaßen zusammen:

15 Verwaltungsbeamte, 8 Mittelschullehrer, 7 Volksschullehrer, 18 Handwerker, 14 Landwirte und Gutsverwalter, 2 Landarbeiter, 7 ehemalige aktive Offiziere und der Fememörder Leutnant Heines. Die übrigen sind Kaufleute, Schriftsteller und Rechtsanwälte. Mehr als ein Drittel bezieht Einkommen von der Republik. Von den übrigen 69 üben nur wenige den angegebenen Beruf aus. Weitaus die meisten sind schon seit Jahren als Parteiangestellte Hitlers tätig.

Straßenkampf auf Kuba. Bei einer Studentendemonstration in Havanna kam es zu einem Revolverkampf mit der Polizei. Sechs Personen wurden verletzt, zwei dürften kaum mit dem Leben davonkommen. Die bewaffneten Studenten waren unter Rufen: „Nieder mit Machado!", in die Luft feuernd und Fahnen schwenkend zum Präsidentenpalais marschiert. Polizei versuchte, die Studenten zu entwaffnen. Als plötzlich jemand rief: „Es wird geschossen!" feuerten die Polizisten. Auch eine vom Balkon zusehende Frau wurde getroffen. Auch in anderen Stadtteilen hat es Zusammenstöße gegeben. Zahlreiche Studenten wurden verhaftet.

Ein chinesisches Regiment meuterte in Futschau, tötete den Regimentskommandeur und mehrere andere Offiziere. Der Oberbefehlshaber in Futschau mußte sämtliche Truppen mobilisieren, um die Meuterer zu entwaffnen. Fünfzig Meuterer wurden **standrechtlich erschossen.**

Goebbels hat's im Magen.

„Furchtbar unverdauliches Zeug, diese ewigen Prozesse! Was Herr Goebbels?"

Heute finnische Reichstagswahl.

Ministerpräsident a. D. Tanner über die Lappo-Bewegung.

Heute Mittwoch und morgen Donnerstag wählt das Volk Finnlands seinen neuen Reichstag. Aus diesem Anlaß gab der frühere Ministerpräsident Genosse Tanner einem unserer Mitarbeiter Antwort auf verschiedene Fragen.

„Bestand in Finnland eine bolschewistische Gefahr, die den Ausbruch der Lappo-Bewegung rechtfertigen konnte?" lautete die erste Frage.

„Von einer bolschewistischen Gefahr mußten wir in Finnland nichts. Wenn man vor sechs Jahren von einer solchen Gefahr gesprochen hätte, so wäre das einigermaßen begreiflich gewesen. Damals war die Kommunistische Partei Finnlands noch ziemlich stark, seitdem aber ist ihr Einfluß unaufhaltsam zurückgegangen. Die sozialdemokratische Aufklärungsarbeit zeitigte gute Resultate. Eine große Rolle spielten seinerzeit die Kommunisten in den Gewerkschaften. Die Gewerkschaftszentrale war fast ganz in ihren Händen, sie bildete sozusagen die bolschewistische Festung. Die Sozialdemokratische Partei bekämpfte von Anfang an die bolschewistische Politik in den Gewerkschaften, die Sozialdemokraten sind dann auch aus der Gewerkschaftszentrale ausgetreten und haben eine eigene Gewerkschaftsstelle gegründet. Zur Aufklärung der Massen gab man eine Gewerkschaftszeitschrift heraus. Damit war der Vorherrschaft der Kommunisten in der Gewerkschaftsbewegung ein Ende bereitet. Zugleich wurde

innerhalb der Kommunistischen Partei ein Spaltungs- und Auflösungsprozeß bemerkbar.

Je schwächer die bolschewistische Bewegung wurde, um so ungebärdiger trat sie auf; der Lärm der Kommunisten stand in keinem Verhältnis zu ihrer Machtposition. Obgleich das bolschewistische Auftreten religiöse Leute leicht verletzen konnte, muß doch festgestellt werden, daß die Lappo-Bewegung für uns eine Ueberraschung war. Die Unzufriedenheit der Bauern mit dem Erscheinen der Bolschewisten in roten Blusen nach russischem Muster war mehr ein Ausdruck des nationalen Protestes gegen die Russen als gegen die Kommunistische Partei Finnlands.

Welche programmatischen Forderungen stellt die Lappo-Bewegung auf?

„Die Bauern selbst, die die Bewegung ins Rollen gebracht haben, behaupten wiederholt, daß sie ausschließlich den Bolschewismus bekämpfen wollen. Aber bereits von Anfang an haben sich der Bewegung reaktionäre Elemente des Bürgertums angeschlossen, welche die Lappo-Bewegung mit Freude begrüßten und ihr Bestes taten, sie in ein neues Fahrwasser zu leiten. Man veranstaltete Kundgebungen mit reaktionären Losungen. Ein Vorschlag ging sogar dahin, das allgemeine Wahlrecht einzuschränken, mit dem Ziele, etwa 40 Prozent der Wählerschaft das Wahlrecht zu entziehen. Fernerhin gibt es auch Elemente, welche die Herstellung einer Diktatur erstreben. Alle Erscheinungen der letzten Zeit, namentlich die Wahlvorbereitungen, sind schlagende Beweise dafür, daß man den Parlamentarismus vernichten und einen gefügigen Reichstag bekommen will."

„Welche sozialen Kräfte unterstützen hauptsächlich die Lappobewegung?"

„Ursprünglich waren es die wohlhabenden Bauern in Nordfinnland. Ihnen gesellten sich bald die Großindustriellen zu, welche hauptsächlich die Bewegung finanzieren. Auch ein großer Teil Intellektueller sympathisiert mit der Lappo-Bewegung. Ihre politische Stütze hat die Lappo-Bewegung hauptsächlich in der finnischen sogenannten „Sammlungspartei". In anderen bürgerlichen Parteien ist eine abwartende Haltung bemerkbar. Aber aus Motiven der Massenpsychologie bekennen sich auch schon diese Parteien immer mehr zu der Bewegung. Zumal wollen sie nicht als „antipatriotisch" oder schon gar als „bolschewistisch" gelten. Ist doch die Parole der Lappo-Leitung: „Wer nicht mit uns gegen die Kommunisten ist, der ist für die Kommunisten." Ueberhaupt wird die Lappo-Bewegung eine Stätte für alle unzufriedenen Elemente."

„Was können Sie über das Verhalten der Regierung Svinhufvud zu der Lappo-Bewegung sagen?"

„Das ist eben das Traurige dabei, daß die Regierung dieser Bewegung keinerlei Widerstand leistet.

Sie verhandelt mit den Revolutionären von rechts und kommt ihnen entgegen.

Die Gesetzesvorlagen gegen die Kommunisten und gegen die politischen Freiheiten, welche die Regierung dem Reichstag unterbreitet hat, entsprachen den Forderungen der Lappo-Leitung. Auch der Reichspräsident hat der Bewegung gegenüber eine wohlwollende Stellung eingenommen. Damit ist Finnland in eine ganz unhaltbare Lage versetzt worden:

die Regierung, welche berufen ist, die Verfassung zu schützen, arbeitet in solidarer Gemeinschaft mit den Umstürzlern.

Als Beweis der Nachgiebigkeit und Passivität des Kabinetts kann folgendes angeführt werden. Bisher ist noch kein einziger Täter für die Gewalthandlungen, deren man Hunderte zählt, bestraft worden, obgleich aller Welt bekannt ist, wer die Schuldigen sind. Somit ist die ganze finnische Bevölkerung der Gnade der bewaffneten Banden ausgeliefert. Nicht nur Kommunisten, sondern auch Sozialdemokraten und sogar bürgerliche Politiker werden gewaltsam entführt.

„Welche Ergebnisse erwarten Sie von den finnischen Reichstagswahlen und welche Bedeutung können sie für die innere Entwicklung Ihres Landes haben?"

„Die bevorstehenden Reichstagswahlen sind von größter politischer Tragweite für uns. Die Lappo-Leute wollen einzig und allein ihre Anhänger in den Reichstag entsenden. Sie terrorisieren die bürgerlichen Parteien und fordern die Aufstellung von Kandidaten, welche ohne Bedenken für das Lappo-Programm sind. Der springende Punkt der Wahlen ist,

ob sich im Reichstag eine Mehrheit von zwei Dritteln der Abgeordneten für die Lappo-Gesetze bilden wird,

denn mit einem Drittel der Stimmen ist die Opposition in der Lage, die Annahme der Gesetzesvorlagen zu verhindern. Die Sozialdemokratische Partei Finnlands hofft allein ein Drittel der Mandate zu erringen, um imstande zu sein, der administrativen Willkür, welche in den Gesetzen vorgesehen ist, vorzubeugen. Allerdings werden die Lappo-Leute, falls sie die Zweidrittelmehrheit nicht erhalten sollten, laut ihrer Erklärung die Herstellung der Diktatur erstreben. Dies wird die Prüfungsstunde sein.

Ist Ihnen etwas über die Beziehungen der leitenden Lappo-Organe zu dem deutschen Stahlhelm bekannt?

Von diesen Beziehungen ist uns ziemlich viel durch die finnische Presse bekanntgeworden. Einige Personen, die sich der Bewegung angeschlossen haben und ihre besonderen Ziele verfolgen, erklären ganz offen, daß sie in Deutschland mit den Führern des Stahlhelms Fühlung hatten. Mit Begeisterung berichteten sie über die Organisation, Ausrüstung usw. des Stahlhelms.

Welche Stellung nimmt die finnische Sozialdemokratie zu den Ereignissen ein?

Die Sozialdemokratische Partei Finnlands ist gegenwärtig die einzige Partei des Landes, welche die Verfassung und die Gesetze schützt. Aus dem Lappo-Lager wird der Sozialdemokratie der Vorwurf gemacht, daß sie sich „für den Bolschewismus" einsetze. Diese Behauptung ist vollkommen aus der Luft gegriffen. Eher ist das Gegenteil der Fall. In den letzten zehn Jahren hat die Sozialdemokratie zur Genüge bewiesen, daß sie die einzige Partei ist, welche konsequent die Politik der Kommunisten bekämpft. Man hat auch die Behauptung lanciert, daß die Haltung der Sozialdemokraten die Auflösung des Reichstages und die neuen Wahlen verursacht habe. Diese Behauptung bedeutet die Wahrheit auf den Kopf zu stellen. Die Sozialdemokraten waren zu einem Kompromiß geneigt, sie waren bereit, für die Gesetzesvorlagen in einer Form zu stimmen, für die auch die Mehrheit der bürgerlichen Parteien hätte gewonnen werden können. Aber die Regierung forderte die Annahme der Gesetzesvorlagen in der ursprünglichen Form ohne jegliche Aenderung.

Wie sich die nächste Zukunft gestalten wird, schloß Tanner seine Ausführungen, läßt sich noch nicht übersehen. Ich, für meine Person, glaube immer noch optimistisch sein zu können und hoffe, daß der wahre demokratische Geist der finnischen Nation die Aufrechterhaltung der demokratischen Verfassung sichern wird.

Das Parlament der Bauarbeiter.

Sozialistische Wirtschaft statt der kapitalistischen Mißwirtschaft!

Frankfurt a. M., 30. September. (Eigenbericht.)

Am Dienstag ergriff Eggert vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund das Wort, um sich mit der Argumentation des Unternehmertums auseinanderzusetzen. Er bezeichnete es als Schwindel, wenn gesagt wird, die Unternehmer können die sozialen Lasten nicht tragen. Die deutsche Wirtschaft leide nicht an einer Ueberproduktion, sondern an einem Unterverbrauch. Das deutsche Unternehmertum soll nur nicht glauben, daß sich die große Auseinandersetzung nur allein auf das Baugewerbe beschränke.

Den Bericht für die Schriftleitung des „Grundstein" erstattete Schmidt. Rosenfeld-Tuttlingen gab den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Der Bundestag ist mit 314 Abgeordneten beschickt, ferner sind anwesend 16 Mitglieder vom Bundesvorstand, 18 Bezirksleiter, 15 Sekretäre, 2 Mitglieder vom Bundesausschuß, 2 Behördenvertreter und 30 aus- und inländische Gäste.

Es folgte die Aussprache über den Vorstandsbericht und die zahlreichen Anträge. Es sprachen Delegierte aus allen Teilen Deutschlands und einig waren alle in den Forderungen:

Restlose Verwendung der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau, Einführung der Krisenunterstützung für die Bauarbeiter durch das Reich, Beibehaltung der Zwangswirtschaft,

da die Aufhebung eine ungeheure Verteuerung der Mieten herbeiführen würde, **Verbesserung des Bauarbeiterschutzes, Einführung der 44-Stunden-Arbeitswoche.**

Gutschmidt-Berlin wies auf die Kampfansage der Unternehmer, auf den Abbau der Löhne und die Maßnahmen der Regierung Brüning hin. Im ganzen Reich sollten die Gewerkschaften für die 44-Stunden-Woche und gegen den Lohnabbau demonstrieren.

Ruff-Reutlingen schilderte die trostlosen Verhältnisse in Württemberg, wo 70 Proz. der Facharbeiter arbeitslos sind. Die Schultheiße verweigern die Arbeitslosenunterstützung, wenn der Bauarbeiter noch eine Ziege im Stall hat. So herrsche größtes Elend.

Thomas-Frankfurt a. M., Vorsitzender des Dachdecker-Verbandes, erklärte sich gegen die Arbeitszeitverkürzung um eine halbe Stunde täglich und befürwortete eine Wochenarbeit von 5 Tagen. Thomas kam auch auf das Anschwellen der nationalsozialistischen Stimmen zu sprechen und betonte, daß man diese Tatsache nicht überschätzen, aber auch nicht unterschätzen dürfe. Viel bedenklicher als die 6,5 Millionen nationalsozialistische Stimmen seien die Vorgänge in der Reichswehr, die der Leipziger Prozeß enthüllt habe. Es sei Tatsache, daß in alle Verwaltungszweige nationalsozialistische Beamte eingedrungen sind. Die Stunde werde nicht fern sein, wo die Gewerkschaften die Republik wieder einmal retten müßten. Der Feind steht rechts! Das Gebot der Stunde laute:

Sicherung der demokratischen Republik.

Es wurde eine Entschließung zur Wirtschafts- und Sozialpolitik angenommen, in der es u. a. heißt: „Es ist als sicher anzunehmen, daß auch nach Ueberwindung der jetzigen Wirtschaftskrise sehr viel Arbeitskräfte in eine privatkapitalistisch betriebene Wirtschaft nicht mehr eingeordnet werden können. Die Ueberwindung dieser Wirtschaftsform und ihre Ablösung durch eine sozialistische wird mehr und mehr zu einer unbedingten Notwendigkeit, um erträgliche Existenzbedingungen für alle Menschen zu sichern. Der Bundestag fordert deshalb alle Mitglieder des Deutschen Baugewerksbundes auf, im Verein mit der gesamten deutschen Arbeiterschaft alle Maßnahmen zu unterstützen, die der **Ueberwindung des Kapitalismus und der Errichtung einer sozialistischen Wirtschaft** dienen können. Insbesondere ist die Vorbereitung der dem Sozialismus dienenden gemeinwirtschaftlichen Einrichtungen aller Art mit allen Kräften zu fördern.

Von der Regierung und von den politischen Parteien fordert der Bundestag insbesondere, daß sie die vom Privatkapitalismus geschaffene Herrschaft und Kontrollorganisationen

Kartelle, Syndikate, Trusts, Monopole unter die Staatsgewalt

zwingen, damit sie nicht mehr ausschließlich dem Profitinteresse, sondern der Versorgung des Volkes mit den Gütern des Lebens dienstbar gemacht werden können. Immer dringender und unabweisbarer wird ferner die Aufgabe, die Dauer des normalen Arbeitstages durch weitere Verkürzung dem durch die Rationalisierung der Betriebe vielfältig gesteigerten Wirkungsgrad der menschlichen Arbeitsleistung anzupassen. Der Lohn muß in viel höherem Maße als es bisher geschieht als Kaufkraft und Regulator der Güterverteilung gewertet werden.

Der Bundestag fordert deshalb alle Mitglieder auf, **Ueberstundenleistungen standhaft zu verweigern** und ihre gewerkschaftliche Kraft bereitzuhalten, um in künftigen Tarifverträgen weitere Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen zu erzwingen. Von den gesetzgebenden Körperschaften muß erwartet werden, daß sie diese Bestrebungen der Arbeiterschaft fördern und jede gesetzgeberische Maßnahme vermeiden, die die durch die Gewerkschaften mühsam erkämpfte Lebenshaltung der Arbeiterschaft in Gefahr bringt.

Der Bundestag fordert von der Regierung Maßnahmen zur **Stabilisierung der Bauwirtschaft.** Erforderlich ist die Aufstellung eines mehrjährigen Bauprogramms, die Bereitstellung von Baukapital zu erschwinglichen Zinssätzen und volle Bewegungsfreiheit der Kommunen in der Baufinanzierung. Für die Bereitstellung von Baukapital ist besonders wichtig, daß die Hauszinssteuer für die Dauer des aufzustellenden Wohnungsbauprogramms gesichert und in ihrem vollen Ertrage für den Wohnungsbau verwendet wird."

Morgen Verkehrssabotage?

Kein Grund zu Befürchtungen.

Wie aus einer Konferenz des Gesamtverbandes, der freigewerkschaftlichen Organisation der Berliner Verkehrsarbeiter, zu ersehen war, besteht in Gewerkschaftskreisen keinerlei Befürchtung, daß die oberwitzige Parole der Kommunisten und Nationalsozialisten, wegen der Entlassungen bei der Berliner Verkehrsgesellschaft am 2. Oktober durch Streik und Sabotage den Verkehr stillzulegen, von der Belegschaft befolgt wird.

Man ist der Ueberzeugung, daß die im Betrieb tätigen Verkehrsarbeiter ihre Existenz durch Befolgung der radikalen Parolen nicht gefährden werden. Das zeigt auch die Funktionärversammlung der am Tarifvertrag beteiligten freien Gewerkschaften, in der beinahe mit Einstimmigkeit die Tarifänderung gebilligt wurde, durch die eine Entlassung in größerem Ausmaß, als sie später tatsächlich zur Durchführung kam, vermieden wurde. Die Entlassung betraf übrigens nicht nur Kommunisten und Nationalsozialisten, wie behauptet wird. Beim Gesamtverband allein haben sich heute bereits über hundert entlassene Arbeiter der BVG. gemeldet, und man vermutet, daß in der Zahl von rund 650 Entlassenen sich auch viele Unorganisierte und parteipolitisch Indifferente befinden.

Wie wir von der Direktion der BVG. erfahren, besteht auch hier die Ueberzeugung, daß der törichten Parole der Radikalen für den 2. Oktober aus den Kreisen der Angestellten nicht gefolgt wird.

Die Bauschlosser sind kampfbereit.

Sie lassen sich das Lohnabbaudiktat nicht gefallen.

Mit dem herausfordernden Vorstoß des Schutzverbandes Berliner Schlossereien beschäftigte sich am Montag in den Sophiensälen eine überfüllte Versammlung der freigewerkschaftlich organisierten Bauschlosser und Hilfsarbeiter in den Bauschlossereien. Der Schutzverband hat, wie am Sonnabend im „Vorwärts" bereits mitgeteilt, den Berliner Bauschlossern den Lohntarif zum 1. Oktober gekündigt, um die Löhne und Akkorde um 30 bis 40 Proz. abzubauen. Obendrein wollten sie eine ganze Reihe weiterer Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen vornehmen. Die Parteiverhandlungen scheiterten, da die Unternehmer alle Abbauforderungen aufrechterhielten und sich lediglich bereit erklärten, die **Löhne und Akkorde „nur" um 20 Proz.** anstatt um 30 bis 40 Proz. abzubauen.

Genosse Fuchs vom Metallarbeiter-Verband, der über den Verauf der Tarifverhandlungen berichtete, brachte unzweideutig zum Ausdruck, daß die Gewerkschaften auf keinen Fall sich dem Diktat des Schutzverbandes fügen werden. Sie werden vielmehr die organisierten Bauschlosser mit allen zur Verfügung stehenden Kräften bei der **Abwehr dieses Unternehmervorstoßes** unterstützen.

Die Versammlung, die von einem einheitlichen Kampfwillen beseelt war, lehnte es ab, über die Abbauvorschläge der Unternehmer zu diskutieren. Einmütig wurde zum Ausdruck gebracht, daß jeder Versuch der Unternehmer, ihre Absichten in die Tat umzusetzen, mit der **Arbeitsniederlegung** beantwortet werden würde. Der von der Branchenleitung und den Vertrauensleuten der straff organisierten Bauschlosserbranche gefaßte Beschluß, vor der Eröffnung des Abwehrkampfes noch entsprechend den statutarischen Bestimmungen **den Schlichtungsausschuß anzurufen**, wurde auch von der Versammlung, an der über 1000 Branchenangehörige teilnahmen, gegen etwa 20 Stimmen gutgeheißen.

*

Wie wir erfahren, ist bereits in einigen Betrieben des Schutzverbandes Berliner Schlossereien den Betriebsräten angekündigt worden, daß die Unternehmer ihre Arbeiter ab heute, Mittwoch, einfach zu niedrigeren Löhnen beschäftigen wollen. Das Vorgehen der Unternehmer ist genau so wenig einheitlich wie es ihre Forderungen waren, die sie in den Parteiverhandlungen vorbrachten. In einigen Betrieben wollen sie einen Lohnabbau um 25 Pf. je Stunde diktieren, in anderen Betrieben wieder einen Abbau der Löhne und Akkorde um 10 Prozent. U. a. ist dieses Ansinnen an die Belegschaften der Betriebe Ade-Arnheim in Reinickendorf, Ventilatorenfabrik Turbon in Reinickendorf und Kuppler in Weißensee gestellt worden. Die Arbeiter dieser Betriebe werden sich darauf nicht einlassen, sondern im Einvernehmen mit dem Metallarbeiter-Verband den Kampf gegen die abbauwütigen Unternehmer aufnehmen. Da die Unternehmer jetzt auch in einzelnen Betrieben verhandeln wollen, dürfen die Arbeiter sich darauf nicht einlassen. Verhandelt wird nur von Organisation zu Organisation.

Ein Gewerkschaftsjubilar.

Heute kann der Branchenleiter der Herrenmaßbranche Reinhold Faustmann im Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verband, Filiale Berlin, auf eine 25jährige Tätigkeit als Angestellter der Organisation zurückblicken.

Wo es bisher galt, für die Interessen der Kollegenschaft einzutreten, war Reinhold Faustmann stets zu finden. Das große Ziel der Arbeiterbewegung hat ihn bei seiner Tätigkeit stets geleitet, daneben fand er aber auch noch Zeit, sich den Parteiarbeiten zu widmen, so daß auch die Partei ihn stets auf dem Posten fand.

Möge es dem 58jährigen Jubilar noch recht lange vergönnt sein, im Interesse des Bekleidungsarbeiter-Verbandes sowie der Partei zu wirken.

Drohender Streik im Fuhrgewerbe.

Die Scharfmacher auf dem Holzweg.

Heute fällt beim Schlichtungsausschuß die Entscheidung darüber, ob es am Sonnabend im Berliner Schwerfuhrgewerbe zu einem Streik kommt oder nicht. Die Fuhrherren hatten bekanntlich den Lohntarifvertrag für das Berliner Schwerfuhrgewerbe zum 1. Oktober gekündigt. Sie sind jeder Verhandlung über den Neuabschluß des Vertrages ausgewichen. Die Fuhrherrninnung bzw. der Innungsvorstand hat seine Mitglieder einfach angewiesen, in den Betrieben Anschläge herauszubringen, wonach für die Lohnwoche vom 27. September bis 3. Oktober ein im Durchschnitt um 11,50 M. je Woche niedrigerer Lohn als bisher diktiert wird. Diese Anschläge, die inzwischen schon erfolgt sind, haben in den Kreisen der Arbeiter des Berliner Schwerfuhrgewerbes hellste Empörung hervorgerufen.

In einzelnen Betrieben war die Arbeit schon am Sonnabend eingestellt worden. Sie wurde auf Anweisung der Organisationsleitung jedoch vorläufig wieder aufgenommen, um das Ergebnis der heutigen Schlichtungsverhandlungen abzuwarten. Soviel kann heute schon mit aller Bestimmtheit gesagt werden, **daß am Sonnabend der Streik im Berliner Schwerfuhrgewerbe in vollem Gange ist, wenn die Unternehmer am Freitag den Lohn auch nur um einen Pfennig kürzen** oder der Schlichtungsausschuß den Unternehmern etwa entgegenkommt. Der Gesamt-Verband hat bereits alle Vorbereitungen für den Streik getroffen und ist fest entschlossen, ihn mit aller Schärfe durchzuführen.

Beim Vorsitzenden des Berliner Schlichtungsausschusses liegt nunmehr die Verantwortung für den Arbeitsfrieden im Berliner Schwerfuhrgewerbe. Daß die Fuhrherren den Konflikt absichtlich heraufbeschworen haben, beweist allein die Tatsache, daß auf Betreiben der Scharfmacher unter ihnen bei der letzten Innungswahl die liberalen Elemente ausgeschifft wurden. Die Scharfmacher unter Führung des Obermeisters Tilgnet haben jetzt das Heft in der Hand. Sie haben schon vor Jahren angekündigt, daß die Löhne im Schwerfuhrgewerbe radikal abgebaut werden würden, wenn ihnen einmal die Führung der Innung anvertraut wird.

Die Funktionäre der Branche der rund 2500 Arbeiter des Schwerfuhrgewerbes nehmen heute, Mittwoch, um 19½ Uhr im Sitzungssaal der Ortsverwaltung des Gesamt-Verbandes, Johannesstr. 14/15, zu der kritischen Situation Stellung.

Noch eine revolutionäre Streikpleite.

Die RGO. „siegt" sich tot.

Nachdem die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition den bei Dr. Paul Meyer angezettelten Streik verloren hat und 16 irregeführte Arbeiter auf der Straße geblieben sind, mußte sie auch den Streik bei L. Lehmann, Teppich-, Plüsch- und Möbelstoffweberei Rummelsburg, den sie in unverantwortlicher Weise aufgezogen hatte, resultatlos abbrechen.

Bei dieser Firma wurde schon lange verkürzt gearbeitet und da die Firma sich auch noch in Zahlungsschwierigkeiten befand und den Betrieb schließen wollte, schien es der RGO. die richtige Zeit zu einem revolutionären Streik. Die Firma hatte wenig Arbeit und die Arbeiter hatten Zeit genug zum Streiken. Der revolutionären Streikleitung, in der die Betriebsfremden das große Wort hatten, ging es ganz gegen den Strich, daß die Gewerkschaft ihre Mitglieder, die nicht den Vorwurf des Streikbruches auf sich nehmen wollten und deshalb auch mit hinausgingen, von Anfang an unterstützte, ohne den Streik gutzuheißen und daran beteiligt zu sein. Trotzdem mußte die „Rote Fahne" die Lüge verbreiten, die Gewerkschaft unterstützt ihre Leute nicht. Die RGO. wollte sogar die Gewerkschaftsmitglieder mit Sammellisten zum Betteln in die Betriebe schicken. Als von ihren Anhängern in der fünften Woche 20 Leute als Streikbrecher wieder in den Betrieb gingen und sich diese Zahl in der achten Woche auf 30 erhöhte, freuten sich die „Revolutionäre", als von den Gewerkschaftsmitgliedern in der achten Woche eine Kollegin und ein Kollege dem „vorbildlichen" Beispiel der oppositionell Eingestellten folgten und ebenfalls in den Betrieb gingen. Freudestrahlend verkündeten sie in dem sogenannten Arbeiterblatt: Der reformistische Textilarbeiter-Verband hat seine Mitglieder zum Streikbruch veranlaßt. Sie konnten weiter lügen, daß nun nach mehreren Wochen Unklarheit feststehe, daß die Firma den Betrieb einige Monate stillegen will und deshalb der Streik „siegreich" abgebrochen werden muß. Die Wahrheit ist, daß schon im Anschluß an frühere Verhandlungen am 23. August 1930 über den Stillegungsantrag der Firma vor dem Gewerbeaufsichtsamt verhandelt wurde. Der revolutionäre Betriebsratsvorsitzende erschien wohlweislich erst am Schluß der Verhandlung und verlas eine bombastische Erklärung, die ohne jeden Eindruck blieb.

Da die den Unorganisierten vor Ausbruch des Streiks versprochene Unterstützung nur ein paarmal gezahlt wurde und dann ausblieb, mußte der Streik von der RGO. natürlich abgeblasen werden, da sonst der Betrieb von den revolutionären Arbeitslustigen überlaufen wäre, die nicht mehr mitmachen wollten.

Sieht die Arbeiterschaft immer noch nicht ein, daß die RGO. gar kein Interesse an der Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage hat, sondern sie nur zu ihren politischen Zwecken mißbrauchen will und sie zuletzt auf der Straße liegen läßt? Sieht die Arbeiterschaft nicht endlich ein, daß nur die freien Gewerkschaften ihre Rechte gewissenhaft vertreten? Wenn ja, dann muß sie den Maulhelden der RGO. die Gefolgschaft versagen und zu ihren Gewerkschaften zurückkehren, die jederzeit für die berechtigten Forderungen ihrer Mitglieder eintreten.

48-Stunden-Woche im Leunawerk.

700 Arbeiter vor Entlassung bewahrt.

Halle, 30. September.

Die Ammoniakwerke Merseburg, G. m. b. H. (Leunawerk), gehen in den durchlaufenden Wechselschichtbetrieben von der 56-Stunden-Woche auf die 48-Stunden-Woche über. Dadurch können rund 700 Arbeiter, die seither mit Notstandsarbeiten beschäftigt waren, wieder in den regulären Produktionsbetrieb eingegliedert und somit vor Entlassungen bewahrt werden. Diese Maßnahme ist vorübergehend bis zum Eintritt besserer wirtschaftlicher Verhältnisse vorgesehen.

*

Die wahnwitzige Wirtschaft des Unternehmertums bringt es mit sich, daß auch nur die vorübergehende Beseitigung der 56stündigen Arbeitswoche, die vorübergehende Einführung der technisch überholten 48-Stunden-Woche als ein Zeichen endlich beginnender Einsicht begrüßt werden muß.

Ueberlange Arbeitszeit ist unter den heutigen Verhältnissen ein Verbrechen an der Arbeiterschaft, das — nicht nur im Leunawerk — gutgemacht werden muß.

Textilarbeiterinnen streiken in Tokio.

In einer Fabrik in Tokio sind am Montag wegen Lohndifferenzen 2000 Textilarbeiterinnen in den Ausstand getreten. 200 Polizisten sollten die vor den Fabriktoren demonstrierenden Frauen auseinandertreiben. Sie wehrten sich jedoch und nahmen sechs Polizisten gefangen. Polizeilichen Verstärkungen gelang es später, die Festgehaltenen zu befreien.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Kreismitgliederversammlung des Südkreises im Jugendheim des Gesamtverbandes, Engelufer 24—25. — Heute, Mittwoch, 19½ Uhr, sagen die Gruppen: **Baumschulenweg:** Jugendheim Ernststr. 16, Heimbesprechung. — **Schöneweide-Ost:** Jugendheim Zekdenicker Str. 24—25, Heimbesprechung. — **Adlershof:** Gruppenheim Adlershof, Bismarckstr. 1, Heimbesprechung. — **Weißensee:** Jugendheim Parkstr. 36, Heimbesprechung. — **Nordring:** Jugendheim Sonnenburger Str. 20, Heimbesprechung. Verbandsbuch und Heimausweis mitbringen. — **Am Sonntag, dem 5. Oktober 1930, um 15 Uhr,** ist im Theater am Bülowplatz die Jugendvorstellung. Zur Aufführung gelangt: „Die Weber", Schauspiel von Gerhart Hauptmann. Eintrittspreis 80 Pfennig. Karten sind in der Jugendzentrale, Gewerkschaftshaus, Engelufer 24—25, Zimmer 26, zu haben.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Mittwoch, sind folgende Veranstaltungen: **Gesundbrunnen:** Jugendheim Ortsstr. 10, pt. Arbeitsgemeinschaft: „Einführung in den Sozialismus". Leiter: Wilhelm Lewinski. — **Reinickendorf:** Jugendheim Lindauer Straße 2 (Baracke), Stegreifspiele unter Leitung von Albert Manasse. — **Charlottenburg:** Jugendheim Rosenstr. 4. Wir besuchen die Versammlung des Werbebezirkes. — **Schöneberger Vorstadt:** Jugendheim der Schule Kaiserallee 81. Liederabend. Leiter: Ernst Grebe. Außerdem jeden Sonnabend von 18 bis 20 Uhr Singegemeinschaft, von 20 bis 22 Uhr Arbeitsgemeinschaft: „Sozialismus". — **Oberspree:** Niederschöneweide, Berliner Str. 31 (Schule). Wir üben neue Lieder unter Leitung von Albert Manasse. — **Nordost:** Jugendheim Danziger Str. 62, Baracke 3. „Lacht euch gesund." Martha John. — **Steglitz:** Jugendheim der Schule Goßlerstr. 61. Vortrag: „Moderne Kunst". Referent: Dr. Berger. — **Neukölln:** Jugendheim Böhmische Str. 1—4, Ecke Kanner Straße. Wir besuchen die Versammlung des Werbebezirks. — **Südost:** Jugendheim Wrangelstr. 128. Lichtbildervortrag: „Heinrich Zille, ein Künstler des arbeitenden Volkes". Referent: Georg Heidrunn. — **Spandau:** Jugendheim Lindenufer 1. Wir besuchen die Versammlung des Werbebezirkes. — **Potsdam-Nowawes:** Jugendherberge Nowawes, Priesterstraße. Vortrag: „Aus der Geschichte der freien Gewerkschaftsbewegung". Referent: Herbert Dewald.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Ehlern; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 3 Beilagen.

Leidenschaften des Stadtsekretärs.

Drei Jahre Gefängnis wegen veruntreuter 60 000 Mark.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte den Stadtsekretär Wolf wegen fortgesetzten Betrugs in Tateinheit mit schwerer Urkundenfälschung und wegen Amtsunterschlagung zu drei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust.

Vor etwa drei Jahren entdeckte der Berliner Stadtsekretär Wolf, zu dessen Obliegenheiten u. a. die Auszahlung von Gehältern gehörte, in seiner Kasse ein Manko von nicht allzu großem Ausmaße. Um es zu decken, kam er auf die unglückliche Idee, zu wetten. Das Manko aber wurde größer. Der Stadtsekretär wettete weiter — mit dem gleichen negativen Erfolg. Um nun trotzdem zu Geld zu kommen, wandte er eine Methode an, die ihm derart sicher schien, daß er das Geld bald auch zu anderen Zwecken als zur Deckung des Fehlbetrages benutzte. Er schaffte sich ein Auto an, besuchte Tanzdielen, machte Damenbekanntschaften und hielt sich Verhältnisse.

Was war aber in den städtischen Beamten, der Jahrzehnte hindurch ohne Tadel seine Pflichten erfüllt hatte, plötzlich gefahren? Der Sachverständige stellte bei ihm zwar eine schwere erbliche Belastung fest, bestritt jedoch, daß etwa eine Lues, die sich der mit der ehelichen Treue es nicht besonders ernst nehmende Gatte im Jahre 1925 zugezogen hatte, die Ursache der plötzlichen Charakteränderung war. Sprach nicht auch das Raffinement, mit der der Stadtsekretär seine Betrügereien drei Jahre hindurch betrieb, gegen eine geistige Erkrankung? Die Urteilsbegründung brachte jedenfalls diese Ansicht zum Ausdruck.

W. ließ eine nicht existierende Firma Chr. O. Schmidt, Dresdener Str. 65, entstehen, verfertigte Rechnungen über nicht ausgeführte Lieferungen, bescheinigte die Richtigkeit der Rechnungen, fälschte Inventarisierungsvermerke der Schulleiter, stellte auf die Firma Chr. O. Schmidt lautende Kassenanweisungen aus und legte sie seinem Direktor zur Unterschrift vor. Manchmal unterschrieb er sie auch an dessen Stelle.

Noch raffinierter verfuhr der Stadtsekretär, um zu dem Gelde zu gelangen.

Er suchte eine alte Bekannte auf, erzählte ihr, er lebe in Scheidung und bat sie, seine Briefe an ihre Adresse kommen lassen zu dürfen. Darauf befestigte er an ihrer Wohnung ein Schild, brachte einen Briefkasten an und konnte so unbehindert von der Bank, bei der er ein Konto eingerichtet hatte, die erforderlichen Mitteilungen erhalten. Die Sache kam zum Klappen, als während seines Aufenthalts in Ahlbeck, wohin er mit seiner Frau in seinem gleichfalls auf fremden Namen gekauften Auto gefahren war, die Rechnungen von der Firma Chr. O. Schmidt plötzlich aufhörten.

Daß W. seine Betrügereien, die ihm im Laufe von drei Jahren 58 000 Mark brachten — 2600 Mark hatte er an einkassierten Schulgeldern unterschlagen —, so lange fortsetzen konnte, mag dem Umstande zuzuschreiben sein, daß er ein Doppelleben führte.

Seinen Dienst versah er bis zum letzten Augenblick mit größter Pflichttreue.

Der Zuschnitt seines Haushalts ließ in keiner Weise vermuten, daß so große Summen durch seine Hände gingen. Was er außerhalb des Hauses trieb, davon ahnte seine Frau nur das eine: daß er es mit der ehelichen Treue nicht besonders ernst nahm. Der Ueberfluß an Tränen half dem Angeklagten vor Gericht nichts. Dem Antrag des Staatsanwalts auf drei Jahre Gefängnis entsprach das Gericht ohne weiteres. Es versagte dem Stadtsekretär trotz allem nicht mildernde Umstände; sonst hätte das Urteil auf Zuchthaus lauten müssen. Das unselige Rennwetten hat mit W. einen Menschen mehr auf dem Gewissen.

Schutz den Mietern!

Vorstoß der sozialdemokratischen Rathausfraktion für die Pförtnerwohnungen.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion bringt in der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag folgenden Dringlichkeitsantrag ein:

Der preußische Minister für Volkswohlfahrt hat durch eine Verordnung vom 10. September 1930 den Mieterschutz für Portierwohnungen beseitigt. Hierdurch sind allein in Berlin etwa 100 000 Familien jeden Mieterschutzes vom 1. April 1931 ab beraubt. Die Unterbringung dieser Mieter stellt die Stadt Berlin vor unlösbare Aufgaben. Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, bei den zuständigen Stellen die Aufhebung dieser Verordnung zu beantragen.

Politische Schießerei in Berlin O.

Schwer bewaffneter Nazi schießt Gegner über den Haufen.

Eine politische Auseinandersetzung zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten endete gestern abend wieder einmal mit einer Schießerei. Der Nationalsozialist Herbert Paetzel schoß auf den Kommunisten Erich Steinhauer und verletzte ihn durch Bruststeckschuß und Kniedschuß schwer.

Der 20jährige Tischler Herbert Paetzel aus der Normannenstraße wurde in der Frankfurter Allee von einem Kommunisten erkannt und sofort in eine erregt geführte Debatte verwickelt. Es hatte sich auch bald eine größere Menschenmenge um die Kampfhähne versammelt und der 23jährige Kommunist Erich Steinhauer aus der Friedrich-Karl-Straße ging besonders temperamentvoll gegen den Nationalsozialisten an. Lange kämpften die beiden jungen Leute, aber nicht mit geistigen Waffen, sondern gingen kurzer Hand zu Tätlichkeiten über. Der Kommunist glaubte in dem Zuschauerkreis besonders viel politische Freunde zu haben und wollte den Nationalsozialisten niederschlagen. Dieser wehrte sich zunächst kräftig, griff dann aber, ohne daß ihn jemand hindern konnte, in seine Tasche, zog einen Revolver hervor und gab zwei Schüsse ab, die beide den Kommunisten Steinhauer verletzten. Die Menge nahm den Täter fest. Die herbeigerufene Polizei brachte den Verletzten nach dem Krankenhaus Friedrichshain, wo festgestellt wurde, daß Steinhauer einen Bruststeckschuß und am Knie einen Durchschuß davongetragen hat. Die zweite Kugel, die das Knie glatt durchschlagen hatte, zertrümmerte noch eine Fensterscheibe einer Straßenbahn. Ein Straßenpassant wurde durch die umherfliegenden Glassplitter leicht verletzt.

Bei seiner ersten Vernehmung behauptete der Nationalsozialist, in Notwehr geschossen zu haben. Da sich genügend Zeugen gemeldet haben, wird sich sicher feststellen lassen, ob diese Angaben zutreffen. Auf alle Fälle steht fest, daß ein Nationalsozialist wieder einmal eine scharf geladene Waffe bei sich hatte. Die Nationalsozialisten bilden nach wie vor die größte Gefahr für den Bestand der öffentlichen Ruhe und Ordnung.

Die neue Stadtbibliothek.

Heute Wiedereröffnung — Die neuen Räume im Marstall.

Die Stadtbibliothek, die wegen der Verlegung der Räume in den Spreeflügel des Marstalls mehrere Monate geschlossen bleiben mußte, wird nach vollendetem Umzug heute, Mittwoch, dem 1. Oktober, wieder der Oeffentlichkeit zugänglich sein. Der Umzug der Stadtbibliothek war bekanntlich dadurch notwendig geworden, daß der preußische Fiskus der Stadt die bisherigen Räume im Marstall gekündigt hatte, weil dort das Ibero-Amerikanische Institut untergebracht wird. Ueber die Notwendigkeit dieser „Aktion" gingen die Meinungen bekanntlich sehr auseinander und der „Vorwärts" hat in einem Artikel „Wo früher Wilhelms Pferde scharrten" (Stadtbeilage vom 8. August 1930) nachgewiesen, daß mit einfacheren Mitteln und mit ein wenig gesundem Menschenverstand leicht ein besseres Ergebnis hätte erreicht werden können.

Die neuen Räume sind äußerst zweckmäßig hergerichtet. Ausleihe, großer Lesesaal und Zeitungslesesaal liegen in einer Korridorflucht, und die beiden letzteren Säle sind außerdem erheblich größer als die bisherigen. In der Ausleihe steht dem Leser ein alphabetischer Zettelkatalog zur Verfügung, der schon jetzt fast den gesamten Bestand der Bibliothek nachweist. Die Bibliothek, die unter den großen wissenschaftlichen Büchereien der Reichshauptstadt eine hervorragende Stellung einnimmt, ist besonders nach ihrer Reorganisation in den letzten Jahren in stetig sich steigernder Frequenz von Lesern aus allen geistig arbeitenden Schichten der Bevölkerung benutzt worden. Einige Zahlen, die der Leiter der Bibliothek, Professor Dr. Fritz, bei der heutigen Besichtigung anführte, lassen das erkennen. Im Jahre 1929 wurden rund 178 000 Bände verliehen, den großen Lesesaal besuchten 94 000 Personen, den Zeitungslesesaal über 120 000. Die Stadtbibliothek enthält neben ihren Bücherbeständen eine große Reihe von Sammlungen wertvoller älterer Literatur, sowie von Handschriften, die in Zukunft in Form von Ausstellungen breiteren Kreisen der Bevölkerung zugänglich gemacht werden sollen. Besonders zu nennen ist die Görlitz-Lübeck-Stiftung, eine überaus kostbare Bibliothek deutscher Literatur in Drucken vom 16. bis zum 19. Jahrhundert und mit Schriften zur Geschichte Berlins und der Mark Brandenburg.

Der Leiter der Bibliothek sprach die Hoffnung aus, daß, wenn die Stadtbibliothek auch vorläufig im Marstallgebäude recht gut untergebracht ist, doch nach der schon lange geplante Neubau der Bibliothek verwirklicht werden kann, allein schon mit Rücksicht auf die starke jährliche Vermehrung des Bücherbestandes. Die Bibliothek ist werktäglich von 10 bis 21 Uhr geöffnet. Der Gesamtbestand beträgt 250 000 Bände, rund 900 Zeitschriften und 250 abonnierte Zeitungen. 7000 Bände sind als wissenschaftliche Handbibliothek im Lesesaal aufgestellt.

Zörgiebel bleibt in Berlin.

Trotz des bereits veröffentlichten amtlichen Dementis wird erneut von einem Berliner Abendblatt die Meldung gebracht, der Berliner Polizeipräsident Zörgiebel würde zum Regierungspräsidenten von Wiesbaden ernannt werden. Von diesem Blatte ist behauptet worden, Zörgiebel weile zur Kur in Wiesbaden und würde nicht auf seinem Posten zurückkehren. Wie von maßgebender Stelle ausdrücklich erklärt wird, sind diese Meldungen unzutreffend. Zörgiebel weilt auch gar nicht in Wiesbaden.

Halsmann begnadigt.

Bundespräsident Miklas läßt Gnade vor Recht ergehen.

Wien, 30. September.

Bei den alljährlichen Begnadigungen unterzeichnete der Bundespräsident Miklas heute u. a. die Begnadigung des Studenten Philipp Halsmann, der auf Grund eines Indizienbeweises wegen Totschlags an seinem Vater vom Innsbrucker Schwurgericht zu vier Jahren schweren Kerkers verurteilt worden war.

Der junge Mensch, dessen Prozeß seinerzeit die Oeffentlichkeit in Atem hielt, wird nunmehr Gelegenheit haben, unbehindert und in voller Freiheit die von ihm ersehnte und erwünschte Rehabilitierung zu betreiben.

Walter A. Persich

4]

Vielleicht morgen...

Urheberrecht. Nachdruck verboten. Gustav Kiepenheuer Verlag A.-G., Berlin-Charlottenburg.

3.

Werla, dieser untersetzte Mann mit einem richtigen Schnauzbart — den er gern zur Seite strich — saß allein in der Küche, neben sich die Petroleumlampe und das Parteiblatt, vor sich den Topf mit Grünkohl und Knackwurst. Immer wieder ließ er die Gabel sinken, oft starrten seine Augen für ganze Minuten in das Glas der Lampe und er merkte nicht einmal, daß die Mütze noch immer auf dem Kopfe saß und die dicke Baumwolljoppe sich über dem Rücken spannte, wie er doch sonst liebte, sich zu den Mahlzeiten ein wenig umständlich und prustend zu waschen. Wie er hereingetreten war und den Brief gelesen hatte, so saß er am Tisch.

„Hör' mal, der Betriebsrat . . ."

Gleich lachte er kurz vor sich hin — Mensch, sagte er, nun aber schweigend, nur für sich, sie liegt im Krankenhaus! Vielleicht, ja wahrscheinlich unter Schmerzen, die ein Mann nie begreift . . . So wird ein Mensch geboren — liegt es solange zurück, daß man als junger Kerl über jede schwangere Frau unflätig lacht, daß diese ganze Geschichte eher ein Straßenwitz als eine schwierige Angelegenheit war? Einmal schleppte er mit einem Kameraden in Flandern eine kreischende Bäuerin zum Feldlazarett. Die brachte zwischen Verwundeten und Sterbenden einen Jungen zur Welt. Man erschoß Menschen, man verstümmelte alles Leben ringsum — und Frauen mußten schreien und bluten, damit wieder Menschen leben würden. Mit dem Gedanken wurde er vernünftig — in mancher Art und Weise — und der Gedanke gab dem Krieg den Rest, auch bei ihm.

Der Lampendocht blakte. Werla wollte die Petroleumkanne suchen — plötzlich blieb er mitten in der Küche stehen. Könnte er nicht längst auf dem Wege zum Krankenhaus sein? Oder war es zu früh, würde man ihn auslachen? Man darf sich Aerzten, Heilgehilfen und Krankenschwestern gegenüber nie eine Schwäche anmerken lassen, war eine seiner Lebensregeln und sie hat mancherlei für sich.

Die leere Wohnung hatte ein Gesicht. In die Stuben mochte er gar nicht sehen, jeder Stuhl, das Bett erinnerte ihn an Annie. Auf dem kleinen Flur, kaum drei Menschen konnten da nebeneinander stehen, blies er die Lampe aus, stopfte er das frische Tabakpaket in die Tasche und verschloß umständlich die Tür. Dann blickte er eine Weile vor dem Torbogen über die Straße und nahm sich vor, den Weg zur Entbindungsanstalt nicht zu fahren, um nicht zu guter Letzt doch vorzeitig dort zu sein . . .

Eine Stunde später stand der Arbeiter, Ehemann und Vater Werla mit verschmitztem Gesicht auf dem Perron einer Straßenbahn und summte nach der Melodie eines bekannten Schlagers, unhörbar für Schaffner und Fahrgäste, in sich hinein:

Ein Junge, ein ganzer, ein richtiger Junge!

Kurz vor seiner Wohnung machte er kehrt: Annies Mutter mußte schließlich Bescheid haben. Dort blieb er auch die Nacht.

Sonntag.

Zwei Stunden, von zwei bis vier Uhr, durfte man Annie besuchen.

Berthold Werla bügelte seine Sonntagshose, quälte sich zehn Minuten mit einem weißen Kragen, knotete mit akrobatischen Finessen den grünen Schlips, bis der endlich ungefähr saß, wie er sollte. Nachdem suchte er zusammen, was er für die Frau besorgt hatte: Eier, Butter Keks, eine Tafel Schokolade. Vor dem Eingang zum Krankenhaus kaufte er Tulpen, die sich eisig anfühlten, und dann marschierte er wichtig durch die langen Gänge.

Stimmengewirr, Krankengeruch. Weiße Betten im Zimmer. Eine Pflegerin. Seltsames dünnes Kindergeschrei. An einem Bett saß ein Mann wie er, und sprach leise und ganz natürlich mit einer Frau. Werla dachte, man müsse hier den Hut abnehmen, war sehr nervös und blickte mit seinen erstaunlich schwarzen großen Augen in die Runde.

Nein, dieses war nicht das richtige Zimmer. Er wandte sich zum Gehen. Ha — da lag sie ja, gleich neben der Tür, Annie! Und wie nett sie aussah! Ihr Bett hatte er nicht gesehen — vor Freude hätte er sich am liebsten Ohrfeigen gegeben! Sie lächelte. Verwandelt, klüger, reifer erschien die Frau. So hatte er sie nicht im Gedächtnis, und so war sie auch nicht gegangen. Gewiß nicht, man konnte so sehr ein Gesicht, mit dem man täglich lebt, vergessen.

Wir müssen uns erst wieder kennenlernen, erklärte er sich. Die Verwunderung hinderte ihn, ihr gleich die Hand zu geben. Seine Pakete und die Blumen baute er auf die Bettdecke und sah sich lange ihr Gesicht, diese Fläche aus Güte und Ruhe an. Annie lächelte noch immer.

„Guten Tag Bert, kommt Mutter auch? Bist du in diesen Tagen zurechtgekommen?" Sie stützte sich auf den Arm und hielt ihm nochmals ihre Hand hin, die in wenigen Tagen, ungewohnt des Nichtstuns, dünn und gelb geworden war. Ging das denn so — auf die einfache Art, zu sprechen, als sei nichts geschehen inzwischen?

„Ja, Mutter will kommen, etwas später. Sie hat in ihrer Wohnung viel Arbeit. Ich soll dich grüßen. Du legst dich wohl besser wieder, Annie. Kräftig siehst du nicht aus."

Werla setzte sich unten aufs Bett, beschäftigte sich mit dem Auspacken der Pakete, legte alles auf dem Nachtschrank zurecht und sagte beim Aufräumen, ohne vom Buntdruck der Schokoladenpackung aufzublicken: „Und — und ich gratulier dir. Bist 'n fixes Mädel — wo ist denn eigentlich der Racker?"

Jetzt strahlte Annie. Der Mann mußte aus dem schmalen Gang zwischen den Betten hinaustreten. Am Fußgestänge des Bettes hing ein Drahtkorb und darin, wohlverpackt, lag puppenwinzig, rötliche Hände gegen den Kopf gepreßt, der Junge. Er schlief — wie ein kleiner Affe, dachte Berthold, aber das durfte man wohl nicht aussprechen . . .

„Kann man ihn anfassen?" fragte er vorsichtshalber.

Man darf Säuglinge in den Arm nehmen — der vorsichtige Papa packte das Bündel, schob es mit breiten Händen über seine Muskeln und sah sich das kleine Wesen ohne eigentliches Gesicht eine Weile aus der Nähe an. Das Baby ließ sich im Schlaf nicht stören, er schob es in sein Hängelager zurück wie ein Postpaket mit der Aufschrift „Vorsicht, zerbrechlich!"

„War es schlimm?"

Die kantigen Züge der Frau mit den leicht hervortretenden Backenknochen wirkten jetzt jünger, wenn sie sprach, ihre Haut gewann etwas Farbe.

„Es dauerte keine Stunde, Bert, geschrien habe ich doch, obgleich ich es nicht wollte. Man kann nicht immer die Zähne zusammenbeißen, wenn man tief Luft holt — man hat es sich schlimmer gedacht. Seit gestern ist mir recht wohl, nur blute ich noch stark, und das findet der Arzt bedenklich. Der Kleine wiegt beinahe sieben Pfund."

(Fortsetzung folgt.)

Rundfunk ohne Störung?

Arbeiter-Radiobund hat den Weg gezeigt / Wird endlich Entscheidendes geschehen?

Es gibt keinen Rundfunkteilnehmer, der nicht unter den leidigen Störungen des Empfanges zu leiden hätte. Von atmosphärischen Nebengeräuschen abgesehen, werden sie durch Straßenbahnen, Heilgeräte, bei Benutzung elektrischer Wirtschaftsgegenstände usw. hervorgerufen. Alle im Rundfunk beteiligten Kreise, die Hörer selbst, Post, Reichs-Rundfunk-Gesellschaft, Industrie, sowie die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke, sind mehr oder weniger bemüht, die Schäden zu beheben. Von seiten des Arbeiter-Radiobundes wurde durch die Mitgliedschaft und durch sein Organ „Arbeiterfunk" seit Jahr und Tag um Abhilfe gekämpft. Es ist stark kritisiert worden, daß weder Reichspost noch Reichs-Rundfunk-Gesellschaft Neigung verspürten, entscheidende Maßnahmen gegen die Störungen zu treffen. Man wendet sich auch heute noch gegen die behördliche Auffassung, die es verabsäumt, genügende finanzielle Mittel für Abhilfe bereitzustellen. Immerhin ist es gelungen, einen der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft beigeordneten „Ausschuß für Rundfunkstörungen einzurichten, dem bezirkliche Störungsausschüsse innerhalb der Sendebezirke angegliedert sind. Von allen Hörern wird die Tätigkeit der Funkhilfe und ihrer Helfer begrüßt.

Wenn die Entstörungsversuche der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft trotzdem keine absolute Zustimmung finden, muß bedacht werden, daß das Arbeitsgebiet neu ist und daß sie vor allem von seiten der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke nicht ausreichend unterstützt wird. Diese Fachgruppe hatte zu einer Pressekonferenz eingeladen, auf der Vertreter der „Vereinigung der Elektrizitätswerke" vor einem angeblich einseitigen Interessenstandpunkt des Rundfunks und seiner Hörer warnten. Der Inhalt beider Referate erweckte durchaus den Eindruck, als ob privatwirtschaftliche Interessen eine Anzahl Verpflichtungen auf staatliche Finanzen abwälzen wollen. Von der Rundfunkindustrie wurde gleichzeitig eine Verbesserung der Entstörungsvorrichtungen verlangt, an deren Vervollkommnung ohnehin schon seit langer Zeit und dauernd gearbeitet wird. Positive Vorschläge dieser Vereinigung erfolgen nur derart, daß die Rundfunkbehörden ersucht wurden, stärkere Sender zu bauen, während Energie die Störungen übertönen sollte.

Die Referenten stellten sich ferner auf den Standpunkt, schärfere Benutzungsvorschriften für die Hörer zu verlangen. Sie verurteilte Gerichtsentscheidungen, die den Hörern recht geben und denen sie übrigens einen guten Empfang nur durch den Bezirkssender zusprachen. Das ganze Gebiet sei noch nicht reif für eine rechtliche Regelung sowohl durch die Rechtsprechung als auch durch polizeiliche Verordnungen ihrer Städte. Angriffe wurden gegen Rundfunkkommissar Dr. Bredow gerichtet, der in seinem wohlerwogenen Bericht zur Weltkraftkonferenz nicht darauf verzichten konnte, an die Starkstromerzeugung gewisse Anforderungen für die Störungsbefreiung zu stellen. Diese Bredowschen Vorschläge wurden von den Referenten als „Verruf alles dessen angesehen, was Starkstrom geschaffen hat". Der Verband ist leicht zu beleidigen, wenn er an seine eigenen Verpflichtungen erinnert wird, von denen übrigens wenig oder fast gar nicht gesprochen wurde. Wie nichtssagend erscheint die Konferenz also schon deshalb. Die Redner gefielen sich darin, nur zu versichern, daß die Starkstromerzeugung dem Rundfunk freundlich gegenüberstände. Einnahmen, die der Rundfunk bringt, wurden vergessen anzugeben.

Die Diskussion brachte eine fast einmütige Ablehnung des Standpunktes der Referenten zum Ausdruck. **Scharf kritisiert wurde, daß weder Rundfunkpresse noch Vertreter des Störungsausschusses, in dem Vertreter der Ministerien und der großen Verbände sowie die Starkstromerzeugung selbst vertreten sind,** aufgefordert wurden, zu erscheinen, um zu den Referaten Stellung zu nehmen. Diese „Vergeßlichkeit" des Verbandes hat zur Folge, daß die anwesenden Berichterstatter, also auch die Oeffentlichkeit, völlig einseitig orientiert wird.

Nur diese Feststellung macht es notwendig, die Konferenz der „Fachgruppe der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke des Reichsverbandes der deutschen Industrie" zu erwähnen. Sie muß zur Folge haben, daß sowohl Reichspost als auch Reichs-Rundfunk-Gesellschaft Veranlassung nehmen, den Kampf gegen Rundfunkstörungen im Interesse des Rundfunks überhaupt und im besonderen im Interesse der Hörer immer intensiver zu führen. F. Se.

„Freie Sozialistische Hochschule."

Der erste Vortrag im kommenden Wintersemester 1930/31 findet am Sonnabend, dem 11. Oktober, 19½ Uhr, im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Straße 3, statt. Genosse Prof. Dr. Hermann Heller-Berlin spricht über das Thema **„Faschismus als Nationalsozialismus"**.

Eintrittskarten zum Preise von 50 Pf. sind an folgenden Verkaufsstellen zu haben: Frauenbüro der SPD., Lindenstraße 2, 2. Hof, links 2 Treppen. — Arbeiterwohlfahrt, Lindenstraße 3, 2. Hof, links 2 Treppen. — Bezirksbildungsausschuß, Lindenstraße 3, 2. Hof, links 2 Treppen. — Buchhandlung J. H. W. Dietz Nachf., Lindenstraße 2. — Touristenverein „Die Naturfreunde", Johannisstraße 15. — Deutscher Holzarbeiterverband, Am Köllnischen Park 2 und Rungestraße 30. — Verlagsgesellschaft des ADGB., Abteilung Sortiment, Inselstraße 6a. — Zentralverband der Angestellten, Hedemannstraße 12. — Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, Dreibundstraße 5. — Zigarrengeschäft Horich, Engelufer 24/25. — Verband der graphischen Hilfsarbeiter, Ritterstraße, Ecke Luisenufer. — Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstraße 65.

Allgemeine Wetterlage.

In einem großen Teile Deutschlands kam es am Dienstag zu weitverbreiteten Regenfällen. Die größten Regenmengen — bis zu 16 Millimeter — fielen in Mitteldeutschland. Nur im Donaugebiet blieb es trocken; an der Ostseeküste war der Himmel vielfach heiter. Das flache Tief, das uns die Regenfälle brachte, zieht jetzt langsam nach Osten ab. Zugleich strömen auf der Rückseite eines nordrussischen Tiefs kühle Luftmassen über Skandinavien südwärts, in deren Bereich wir kommen werden.

*

Wetteraussichten für Berlin: Uebergang zu kühlerem und wechselnd bewölktem Wetter mit vereinzelten leichten Schauern. — **Für Deutschland:** Ueberall wechselnd bewölktes Wetter mit einzelnen Schauern und weiterer Abkühlung.

Heute Urteil im Böß-Verfahren.

Die Grundstückverkäufe vor dem Untersuchungsausschuß.

Die gestrige Verhandlung des Disziplinarverfahrens gegen Oberbürgermeister Böß vor dem 9. Senat des Oberverwaltungsgerichts zog sich ebenfalls wieder bis in die späten Abendstunden hin, da eine Reihe von Zeugen zu den einzelnen Anschuldigungspunkten gehört wurde. Das Urteil wird voraussichtlich erst am heutigen Mittwoch in einem besonderen Verkündungstermin gefällt werden.

*

In nichtöffentlicher Sitzung beschloß der Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtags, gegen die Mißwirtschaft in der Berliner Stadtverwaltung am Mittwoch zu den letzten Referaten des Berichterstatters Zeugen zu vernehmen. Zur Angelegenheit der Sonderfonds des Oberbürgermeisters Böß sollen dabei gehört werden Herr Böß selbst, sein Bürodirektor, Magistratsdirektor Schulz, sowie Intendant Eger, der Leiter der Festspiele. Für die Grundstückseinkäufe der BVG. sind als Zeugen zunächst vorgesehen Magistratsrat Grundstücksdezernent Jungemeister, Rechtsanwalt Lackner und ein Vertreter der Berolina-Gesellschaft.

Am Dienstag nahm der Untersuchungsausschuß den Bericht des Abg. Koennecke (Dnat.) über die Grundstücksankäufe der BVG. entgegen. Der Bericht bezog sich auf die Käufe Schnellbahn Gesundbrunnen—Neukölln. Zunächst wurde referiert über die Häuser Kottbusser Damm 39 und 40/41. Die Häuser wiesen Einheitssteuerwerte auf von 150 000, 102 000 und 117 780 Mark und erzielten Kaufpreise von 372 841, 194 868 und 323 624 Mark.

Sodann wurden die Ankäufe der Grundstücke Alexanderstraße 1 (Loeser u. Wolff), Alexanderplatz 3 (Theseusgesellschaft), Alexanderplatz 1—2 (Aschinger-Gesellschaft) und Alexanderstraße 71 (Spiegelglasgesellschaft) behandelt, bei deren Ankauf der Abg. Heilmann als Schlichter für die Mietsstreitigkeiten tätig war, während für die Häuser am Kottbusser Damm der frühere Minister Siering Schlichter war.

Für das Grundstück in der Alexanderstr. 1, so führte der Abg. Koennecke aus, wurde ein Kaufpreis von 8 750 000 Mark gezahlt. Auffällig ist der Unterschied zu dem Grundvermögenswert in Höhe von 2,4 Millionen und zu dem Einheitswert von 2,6 Millionen. — Bei Ankauf des Grundstückes Alexanderplatz 3, das die Schnellbahngesellschaft von der Theseusgesellschaft erworben hat, ist gleichfalls auffällig die Differenz zwischen Kaufpreis und Grundsteuer bzw. Einheitswert. Der Kaufpreis betrug 2 493 750 Mark, der Grundvermögenssteuerwert 900 000 Mark, der Einheitswert 891 000 Mark. Für das Aschinger-Grundstück Alexanderplatz 1—2 betrug der Kaufpreis 10 Millionen, der Grundvermögenssteuerwert 2 775 000 Mark, der Einheitswert 2 789 000 Mark. Auffällig erscheint hier ein Betrag von 3,4 Millionen als Entschädigung auf Grund bestehender Mietverträge. Für das sogenannte Stahlhaus (Alexanderstraße 71, Dircksenstraße) wurden 4 400 000 Mark als Kaufpreis gezahlt. Der Grundsteuerwert betrug 2 800 000 Mark, der Einheitswert 1 862 000 Mark. Eigentümerin war die Berolina, Spiegelglas A.-G., die ihre Tätigkeit als Spiegelglasgesellschaft nie ausgeübt hat. Der Berichterstatter schilderte den heftigen Kampf der Nordsüdbahn A.-G. um Herabsetzung der Wertzuwachssteuer und um eine Provision, die von der Bank für Kommunal- und Grundkredit A.-G. gefordert wurde. In einer nichtöffentlichen Sitzung wurde über den weiteren Gang der Beratung verhandelt.

Zeugenvernehmung im Frenzel-Prozeß.

Verhandlungen über Zulassung der Presse.

Im Verlauf der gestrigen Verhandlung regten die Rechtsanwälte Dr. Brandt und Blumenhein bei dem Gericht an, die Oeffentlichkeit in diesem Prozeß durch Zulassung von Pressevertretern wenigstens in beschränktem Umfange wieder herzustellen, um auf diese Weise zu vermeiden, daß unvollständige Berichte in die Oeffentlichkeit gelangen. Der Vorsitzende Hellwig erklärte demgegenüber, daß die Vernehmung der Hauptbelastungszeugen, insbesondere der beiden Töchter Frenzels, Gertrud und Hildegard, unter allen Umständen unter völligem Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfinden müsse, im übrigen verhielte er sich aber diesem Vorschlag gegenüber nicht unbedingt ablehnend. Die Verteidigung übernahm es, sich hinsichtlich der Frage einer beschränkten Zulassung der Berichterstatter mit den Vertretern der Presse in Verbindung zu setzen, um dem Gericht geeignete Vorschläge unterbreiten zu können. Im übrigen wurde in der gestrigen Verhandlung mit der Zeugenvernehmung begonnen, die sich jedoch zunächst lediglich um Vorfragen drehte.

Frenzels Ehefrau, seine frühere Sekretärin Frau Bell, und sein Bruder wurden vernommen, deren Aussagen fast in keiner Weise von denen in der ersten Instanz abwichen. Frenzel habe damals ehrenwörtlich versichert, daß er schuldlos sei, was er ihm auch geglaubt habe.

Die Zeugenvernehmung wird am heutigen Mittwoch fortgesetzt.

Bezirksausschuß für sozialistische Bildungsarbeit Berlin
Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Veranstaltungen der aktuellen Kleinkunstbühne

durch die Kreisausschüsse:

12. Kreis Steglitz und 11. Kreis Schöneberg, Sonntag, den 5. Oktober, abends 8 Uhr, großer Bürgersaal im Rathaus Friedenau, am Lauterplatz. Eintritt 75 Pf.

3. Kreis Wedding, Dienstag, den 7. Oktober, abends 8 Uhr, großer Saal Hochschulbrauerei, Amrumer Ecke Seestraße. Eintritt 60 Pf.

5. Kreis Friedrichshain, Donnerstag, den 9. Oktober, abends 8 Uhr, Andreasfestsäle, Andreasstr. 21. Eintritt 60 Pf.

14. Kreis Neukölln, Freitag, den 10. Oktober, abends 8 Uhr, **Neue Welt,** Hasenheide, Neuer Saal. Eintritt 60 Pf.

120. Abteilung Friedrichsfelde, Sonnabend, den 18. Oktober, abends ½8 Uhr, Tempels Festsäle, Prinzenallee 45.

PROGRAMM

Seht her! Staunt auf!

Ein Querschnitt durch unser heutiges Leben. Zeittheater-Kurzstücke. Schauspiel, Tänze, Musik.

„Songs" . . . . Texte von Erich Kästner
Bergmannslied . . . . Fritz Droop
Rekord . . . . Erich Weinert
Der kleine Roman, eine Gartenlaubengeschichte.
Des Kaisers neue Kleider (nach dem Märchen von Andersen).
Barlala, eine Moritat nach dem alten Volkslied.
Der zurückgekehrte Ehemann, eine exzentrische Szene.
Aus Deutschlands Leierkasten.
„Nie wieder Krieg" . . . . Tucholsky

MITWIRKENDE: Die aktuelle Kleinkunstbühne (Künstlergemeinschaft Gelsenkirchen-Recklinghausen). Darsteller: Mali Blanck, Elka Haedrich, Gret Schnirer, Julius Klee, Otto Lutz, Günther Ruschin, Fritz Hagen. Regie: Otto Lutz. Tanzregie: Elka Haedrich. Bühnenbild: Julius Klee. Musikalische Begleitung: Leonhard Heinrich.

Eintrittskarten sind bei den Funktionären und an der Abendkasse zu haben.

Absturz englischer Armeeflugzeuge.

Zwei Piloten getötet.

London, 30. September.

Ein schweres Flugzeugunglück ereignete sich in der Nähe der Ortschaft Arundel in Sussex, als drei dicht zusammen fliegende Flugzeuge der englischen Armee bei dichtem Nebel in eine auf einem Hügel stehende Baumgruppe hineinflogen. Alle drei Apparate wurden schwer beschädigt. Von den Piloten wurde einer auf der Stelle getötet, ein zweiter erlitt so schwere Verletzungen, daß er im Krankenhaus starb, und ein dritter kam wie durch ein Wunder mit leichten Verletzungen davon.

Sprechchor für Proletarische Feierstunden. Die Uebungsstunde findet in dieser Woche am Freitag, 19½ Uhr, im Gesangssaal der Sophienschule, Weinmeisterstr. 16/17, statt. Es wird zur Novemberfeier geprobt, darum müssen alle bestimmt und pünktlich erscheinen.

Funkwinkel.

Das Hörspiel nach Alfred Döblins Buch „Berlin-Alexanderplatz" leidet aus nicht genau bekannten Ursachen an chronischer Vertagung. Nachdem es jetzt bereits im Abendprogramm angekündigt war, verschwand es wieder in der Versenkung; sang- und klanglos kann man allerdings nicht gut sagen, da als Ersatz eine Uebertragung aus der Lindenoper gebracht wurde: „Cavalleria rusticana" und „Bajazzi", die ihre vielseitige Verwendbarkeit schon oft bewährt haben. **Wer sich für das Hörspiel einschalten wollte, kam mitten in die Mascagni-Oper herein.** Eine Erklärung für die Programmänderung wäre nach Schluß dieser Oper doch mindestens am Platz gewesen; leider kam sie nicht. Tes.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 3

„Baldur"-Fahrt nach Kezin am 4. und 5. Oktober. Abfahrt am Sonnabend, dem 4. Oktober, um 19 Uhr, ab Spandau. Teilnehmergebühr 5 M. inkl. 2 mal Kaffee, Mittagessen und Uebernachtung. Teilnehmerkarten sind noch erhältlich. Alle Jugendgenossinnen und -genossen, die bisher noch an keine „Baldur"-Fahrt teilgenommen haben, sollten nicht versäumen, die letzte Fahrt in diesem Jahre mitzumachen.

Einzelkarten für die Jugendvorstellung in der Volksbühne am 5. Oktober (pro Karte 80 Pf.) sind noch erhältlich.

Streichorchester Groß-Berlin. Heute, 19½ Uhr, Pflichtprobe im Heim Seestr. Ecke Turiner Straße.

Abteilungsmitgliederversammlungen, heute, 19½ Uhr:

Gesundbrunnen II: Heim Christianiastr. 38. — **Wedding:** Heim Turiner Straße. — **Hohenschönhausen:** Heim Vinetastraße Straße. — **Frankfurter Viertel:** Heim Frankfurter Allee 307 (Gewerkschaftsmitgliedsbuch-Kontrolle). — **Petersburger Viertel:** Heim Ebertystr. 12. — **Reichenberger Viertel:** Heim Britzer Str. 27—30. — **Charlottenburg-Nord:** Heim Olbersstraße. — **Lindenhof:** Heim der Siedlung. — **Spandau (N.-F.):** Heim Lindenufer. — **Lankwitz:** Gemeindeschule, Schulstraße. — **Wannsee:** Schule Charlottenstraße. — **Friedrichshagen:** Friedrichstr. 87. — **Friedrichsfelde:** Heim in Lichtenberg, Gunterstr. 44. — **Karlshorst:** Schule Adolfstr. 25. — **Lichtenberg-Mitte:** Heim Scharnweberstraße 29. — **Neu-Lichtenberg:** Heim Hauffstraße. — **Mahlsdorf:** Heim Melanchthonstraße. — **Tempelhof:** Heim Gößstraße.

*

Arnimplatz: Treffpunkt zur Werbebezirksmitgliederversammlung 19½ Uhr „Sozialisten-Ecke". — **Norden:** Heim Lortzing- Ecke Graunstraße, „Internationaler Jugendtag". — **Luisenstadt:** Heim Wassertorstr. 9. Politisch-satirischer Abend. — **Britz:** Funktionärsitzung im „Hufeisen". — **Lichtenberg-Nordwest:** Heim Rathausstraße, Baracke 5. Heimabend.

Werbebezirk Prenzlauer Berg: 20 Uhr Mitgliederversammlung im Heim Danziger Str. 62. Vortrag: „Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik".

Werbebezirk Reinickendorf: Funktionärsitzung im Heim in Tegel, Bahnhofstraße 15. Mitgliedsbuch mitbringen.

Werbebezirk Tiergarten: Sprechchor. Wichtige Probe. Schule Waldenserstraße 21, 19½ Uhr. Alle müssen erscheinen.

Werbebezirk Neukölln: Sprechchorprobe im Heim Kanner Straße. Alle müssen erscheinen. Außerdem wichtige Werbeausschußsitzung im Parteibüro. Ausgabe von Werbematerial und Adressen. Alle Gruppen müssen vertreten sein.

Werbebezirk Kreuzberg: 20 Uhr Jüngerenkursus im Heim Reizer Str. 37/38.

Sport.

Rennen zu Hoppegarten am Dienstag, dem 30. September.

1. Rennen. 1. Fathia (O. Schmidt), 2. Bravo, 3. Vorzenländer. Toto: 16:10. Platz: 11, 14, 12:10. Ferner liefen: Antonius, Bussard, Mydling, Limpurg.

2. Rennen. 1. Palfrey (O. Schmidt), 2. Wiener Blut, 3. Jria. Toto: 16:10. Platz: 11, 14:10. Ferner liefen: Osmunda.

3. Rennen. 1. Lambo (W. Schmidt), 2. Preisler, 2. Kavallerist. Toto: 35:10. Platz: 16, 13:10. Ferner liefen: Felek, Dionys, Barre.

4. Rennen. 1. Erika (Rastenberger), 2. Masalda, 3. Narziß. Toto: 29:10. Platz: 17, 16:10. Ferner liefen: Geranium, Fara.

5. Rennen. 1. Lehnsherr (Printen), 2. Anakar, 3. Lichtenstrahl II. Toto: 157:10. Platz: 45, 26, 53:10. Ferner liefen: Castor, Kurmärker, Malvani, Flavius, Favorit, Falir, Musketier, Teutone, Teddy, Konkurrent, Nachworan.

6. Rennen. 1. Belska (Huguenin), 2. Ich will, 3. Makrele. Toto: 30:10. Platz: 24, 42:10. Ferner liefen: Belez, Fragola, Wasserquelle.

7. Rennen. 1. Gassenjunge (Huguenin), 2. Mongole, 3. Steinfeld, 4. Kerner. Toto: 45:10. Platz: 14, 24, 17, 19:10. Ferner liefen: Duos ena, Roderich, Dogmatiker, Khedive, Gilgamesch, Mydear, Kabbel, Historia, Fiametta.

BERLIN
HAMBURG
ALTONA
KÖLN
ESSEN
DÜSSELDORF
HANNOVER

Die C&A Brenninkmeyer Seite

DORTMUND
DUISBURG
MAGDEBURG
FRANKFURT a/M
WUPPERTAL
BREMEN

Jahrgang 1930

Gewidmet allen Freunden unseres Hauses und denen, die es werden wollen.

Copyright by Kurt Lisser Reklame 1930 Nachdruck von Wort und Bild verboten!

Nummer 37

Welcher Kaufmann hätte nicht seine Freude, wenn er einen Brief bekommt, der so anhebt:

„Es ist mir ein Vergnügen, Ihnen mitteilen zu können, daß sich der vor längerer Zeit bei Ihnen gekaufte Anzug bis heute tadellos getragen hat."

Wenn es dann in dem Brief des Herrn F...t weiter heißt:

„Die Bedenken, die Ware könne wegen ihrer Billigkeit nichts taugen, sind bei uns verschwunden, weil wir uns eben durch den Kauf eines Anzuges von der Güte desselben überzeugen konnten."

so freut einen natürlich die Anerkennung und die Nettigkeit, sie uns schriftlich mitzuteilen. Aber sie wundert uns nicht.

Denn wer sollte unsere Ware kennen – wer ihre Qualitäten, wenn nicht wir!

Und wo nähmen wir den Mut her, ein Vermögen für unsere Reklame auszugeben, wüßten wir nicht, daß

was immer bei uns gekauft wird – auch das billigste – so beschaffen ist, daß der Käufer damit so zufrieden sein kann, daß er wiederkommt, daß er uns weiter empfiehlt.

Der Amerikaner – – Meister auf dem diffizilen Instrument der Reklame – sagt: man kann alle Leute einmal übers Ohr hauen, manche Leute immer – aber man kann nicht alle Leute immer zum besten halten.

Annähernd 20 Jahre sind's her, daß wir uns in Deutschland niedergelassen haben. Ein Geschäft nach dem anderen wurde seitdem eröffnet (heute sind's 15) – immer gewaltiger wächst der Umsatz, weil die alten Kunden bleiben und jeden Tag neue hinzukommen.

Kann man bei einer solchen Firma kaufen?

Muß man nicht?

Bedauernswert, wer abseits steht aus Vorurteil oder Unkenntnis, denn er gibt wesentliche Vorteile aus der Hand, die er haben könnte.

Klug ist, wer prüft und vergleicht – wer die Vorteile, die wir jedem bieten, für sich ausnutzt – und wer unserer Aufforderung folgt:

Urahne, Großmutter, Mutter und Kind – – –

Der Zeichnung gleich war wohl unser aller Vorstellung, als wir in der Schule dieses Schwabsche Gedicht lernten.

Wie anders heute, wo man, wenn auch vielleicht mit ein wenig galanter Uebertreibung, das Gedicht so variieren könnte:

Urahne, Großmutter, Mutter und Kind
Kaum noch voneinander zu unterscheiden sind.

Der Versfuß holpert ein bißerl, das ist wahr! Aber die Hauptsache stimmt doch, daß heute jede Frau, ob jung oder alt, groß oder klein, stark oder schmächtig, sich nach der neuesten Mode kleiden will, und daß jede sich bemüht, so schön auszusehen wie nur möglich.

Und wie leicht wird's der Frau heute gemacht, das zu erreichen, noch dazu zu Preisen, an die man sicherlich, als das Schwabsche Gedicht entstand, nie gedacht hatte. So gibt's z. B. bei uns

Für die Urahne

Diesen eleganten Frauen-Mantel aus schönem Ripsstoff, ganz auf kunstseidenem Duchesse gefüttert, mit großem Kragen und Stulpen aus Ejaré-Pelz, in schöner, moderner Verarbeitung. Der Mantel ist in allen Größen bis Gr. 52 erhältlich und kostet nur **54.00**

Für die Großmutter

Den nebenstehenden hocheleganten Mantel aus gutem, dunklem Phantasie-Velours, ganz auf schönem Kunstseiden-Duchesse-Futter. Er wirkt mit seinen tiefen, eingelegten Seitenfalten und dem großen, wertvollen Opossum-Kragen sowie Manschetten äußerst vornehm und ist sehr preiswert für **78.00**

Für die Mutter

Den hübschen Mantel, den die nebenstehende Abbildung zeigt, mit Pelzgarnierung an Kragen, Aermel und Saum, ganz gefüttert und mit der modernen Biesen- und Steppverzierung im Rücken. Er ist in schönen Modefarben vorrätig zu dem fabelhaften Preise von **29.00**

Mme. Terfren Laïla, die indische Seherin

ist jetzt nach Deutschland berufen worden, und man erwartet mit Spannung ihre Prophezeiungen über die Zukunft Deutschlands.

Wenn's geht, den Vorhang, der die Zukunft verhüllt, etwas zu heben, das ist ja ein Wunsch, der von altersher allen Menschen gleich gemeinsam war und ist.

So werden wir ja nun bald ganz genau wissen, wie es uns allen in Zukunft gehen wird, und hoffentlich wird es uns dann nicht leid tun, gefragt zu haben.

Aber vielleicht sagt uns Mme. Laïla auch eine bessere Zukunft voraus. Der Anfang dazu ist ja schon gemacht mit dem Preisabbau, der eingesetzt hat und der immer weitere Kreise zieht.

Wir z. B., die wir uns ja stets bemüht haben, die Preise für Herren-Kleidung auf ein denkbar niedriges Niveau zu bringen, arbeiten ständig weiter daran, beste Ware zu kleinsten Preisen zu bringen.

Und die immer stärker werdende Anfrage nach unserer Kleidung ist wohl ein deutlicher Beweis dafür, wie sehr wir mit unserem Preisabbau den Wünschen der Herrenwelt entgegengekommen sind.

Auch Sie werden es kaum für möglich halten, einen Mantel wie den hier abgebildeten hochmodernen Winter-Ulster aus sehr tragfähigem Cheviot, mit schöner karierter Abseite, auf Kunstseide gefüttert, mit kunstseidenem Aermelfutter (ein Mantel gleicher Qualität kostete vorm Jahre 79.50 M.) jetzt für nur 65.00 kaufen zu können.

Aber das ist nur ein Beispiel. Kommen Sie einmal zu uns. An vielen tausenden Anzügen und Mänteln können Sie sehen, wie rücksichtslos wir bei unserem Preisabbau vorgegangen sind.

Und Sie werden mit uns einer Meinung sein, daß die Aussichten auf wirtschaftliche Besserung durchaus begründet sind — einerlei, was Mme. Terfren Laïla dazu sagen mag.

RÄTSEL

Der Rand ist schön geschwungen, / Die Form famos gelungen, / Die Farbe ist modern, / Die Frauen haben's gern. / Das Ganze ist entzückend, / Die Kleidsamkeit berückend, / Der Preis ist nur sehr klein! / Was mag das sein?

Auflösung:

Es ist hier vorrätig in Filzform, mit kleinem Farben, mit kühnlicher zweifarbiger Stoffeinfassung und fleckiger Garnitur. Der „phantastische" Schmuckbandhalter kostet nur **3.90**

Das Familien-Album.

..... und das hier ist meine Kusine Inge. Hübsch, nicht wahr?

Ja, und sie geht immer riesig elegant und nach der neuesten Mode angezogen, trotzdem sie bei ihrem bescheidenen Einkommen sicherlich auch rechnen muß.

Wie sie das macht, ist mir unklar, aber in dem Kleid auf dem Bild sieht sie doch wieder direkt süß aus, nicht wahr?

Wie leicht ist des Rätsels Lösung! Inge ist ein junges, modernes Mädel, die mit beiden Füßen fest auf der Erde steht und längst erkannt hat, daß es für ihren Wunsch: immer hübsch auszusehen und immer modern gekleidet zu sein, nichts besseres gibt, als bei uns zu kaufen.

Und da rührt auch dieses entzückende Kleid her, in dem Inge „so süß" aussieht.

Es ist aus dem modernen Flamingo; die große, sehr schicke Tunika mit eleganter Knopfgarnierung, dazu reizende Georgettegarnitur und zarter Blumenstuff, und kostet bei uns nur 24.75

Tun Sie's Inge gleich! Auch Sie können immer reizvoll und modisch gekleidet sein, und es braucht Sie doch nur ganz wenig Geld zu kosten!

Ein neuer Auszähl-Vers

Bricke — bracke — brei —
Der Fritz ist nicht dabei;
Der Fritze ging mit der Mama
Zum Kindertag zu C. & A.
Ganz neue Sachen kriegt er da,
Denn billig ist's bei C. & A.
Bricke — bracke — brack —

Mittwoch ist Kindertag

Kennen Sie den?

Die kleine Ursel bekommt von ihrem Onkel 20 Pf. geschenkt. Freut sich, aber sagt nichts.

„Weißt Du denn nicht, was man zu sagen hat?" sagt die Mutter. „Wie sage ich immer, wenn ich vom Vater Geld bekomme?"

„Ach so!" sagt Ursel — — „So wenig?"

☆

Alle in dieser Seite enthaltenen Angebote stehen Ihnen ab Mittwoch früh bei uns zur Verfügung. Schriftliche Bestellungen können nicht berücksichtigt werden!

GEHEN SIE ZU C&A BRENNINKMEYER

Oranienstr. 40
Am Oranienplatz

Chausseestr. 113
Beim Stettiner Bahnhof

Königstraße 33
Am Bahnhof Alexanderplatz

Herren- bzw. Knaben-Kleidung in den beiden Geschäften: Königstr. / Chausseestr.

Persil

wird billiger!

Mit dem heutigen Tage treten für Persil folgende neue Verkaufspreise in Kraft:

für das Normalpaket 40 Pfg.
für das Doppelpaket 75 Pfg.

Diese Preisermäßigung ist vor allem möglich geworden durch die immer mehr steigende Beliebtheit, der sich dieses einzigartige Waschmittel in der gesamten deutschen Hausfrauenschaft erfreut. Die überragende Güte, die von jeher sein hervorstechendstes Merkmal war, wird es im Verein mit dem neuen verbilligten Preis noch mehr zum Liebling der Hausfrau und ihrem unentbehrlichen Helfer machen!

Persil wird niemals lose, sondern nur in der bekannten Originalpackung verkauft.

Henkel & Cie. A.G.
Düsseldorf

---

10 Pf. 100 Stück
Quittungs-, Rabatt- u. Reklamemarken
gegen Nachahmung gesetzl. gesch.
fertigt seit 45 Jahr als Spezialität
Conrad Müller
Leipzig-Schkeuditz

Verkäufe

Teppichhaus Emil Lefever, Berlin, seit 1885 nur Oranienstraße 158. Zahlungserleichterung ohne Aufschlag. Neuer Katalog kostenfrei.

Linoleum. Gallat, Kolonienstraße 9.

Total-Ausverkauf. Teppiche, Gardinen, Läuferstoffe, Tisch-, Diwandecken zu jedem annehmbaren Preise wegen vollständiger Geschäftsaufgabe. Teppichhaus Aderbach, Friedrichstraße 163, I., Ecke Behrenstraße.

Möbel

Patentmatratzen „Primissimo“, Metallbetten, Auflegematratzen, Chaiselongues. Walter, Stargarderstraße achtzehn. Kein Laden.

Heine-Schlafzimmer
direkt ab eigener Spezialgroßfabrik ohne jeden Zwischenhandel. Große Auswahl. Beste Qualitäten. Bequeme Teilzahlung. Besuchen Sie uns, es lohnt sich für Sie. Hugo Heine, Möbelfabrik, Propellerwerk, Berlin O. 34, Warschauerstr. 38, Fabrikgebäude, II. Hof (kein Laden). Verkaufszeit 8—19 Uhr.

Möbelkäufer merke Kredit und bar Möbelbazar, große Auswahl. Kleine Preise! Beispielsweise:
Schlafzimmer 455.—, Speisezimmer 317.—, Herrenzimmer 389.—, Spiegelschränke 118.—, Diwangarnitur 38.—, Anrichtetische 90.—, Messingbettstelle 66.—, Kleiderschränke 48.—, Chaiselongues 38.—, Metallbettstelle 18.—, Auflegematratze 13.—. Sonstige Möbel angemessene Preise. Teilzahlung aufschlagfrei. Wochenraten, Monatsraten. Kassenrabatt bis zehn Prozent, auch auf Anzahlungen. Kleine auch ohne Anzahlungen. Kredite bis zwei Jahre. Möbelhaus. Katalog franko. Hauptgeschäft: Stralsk. Schloßstraße 107; 2. Geschäft: Neukölln, Hermannplatz 7; 3. Geschäft: Berlin-Allianz-Straße 95.—, Unterstrundbahn; 4. Geschäft: Kottbusser Straße 23, gegenüber Elitekinos.

Möbel-Kamerling. Kastanienallee 58. Herrenzimmer, Gobelingarnituren, Klubtische, Armlehnsessel. Riesenauswahl. Spottpreise. Zahlungserleichterung.

Achtung. Kassakäufer! Prachtvolles Schlafzimmer, hochfein gearbeitet, 490.—. Hancke, Möbelhaus, Alte Jakobstraße 96.

Preise, die sprechen! Ware, die lacht! hab' ich Ihnen, meine Lieben, zugedacht! Kaufen Sie jetzt. Schlafzimmer, Eiche, mit Frisiertoilette 375.—. Schlafzimmer, Nußbaum, 390.—. Schlafzimmer, polierte, Mahagoni, Birke, 685.—. Speisezimmer Eiche, mit Tisch und echten Lederstühlen 350.—. Herrenzimmer, Gelegenheitskauf, Bibliothek 2.30 Meter, komplett, mit echten Lederstühlen nur 465.—. Bücherschränke 45.—. Küchen, weiß und lasiert, 78.—. Ankleideschränke 65.—. Vertikos 10.—. Ruhebetten, Schreibtische, Standuhren, Klubsessel, Riesenauswahl, spottbillig! Ankleideschränke, Nußbaum, mit Spiegel 98.—. Das versäume niemand! Schroers Möbelhaus im Fabrikgebäude Kastanienallee 45—49. Haltestelle Zionskirchplatz. Vorzeiger 5 Prozent Extra-Rabatt.

Musikinstrumente

Einkpianos, überaus preiswert, Pianofabrik Link, Brunnenstraße 35.

Pianos — Flügel. Riesenlager, Rechstein, Blüthner, Steinway, Schwechten, Salonpianos 275.—, 350.—, 425.—, gebrauchte. Abendroth, Potsdamerstr. 74.

Pianos, neu und gebraucht, mit herrlicher Tonfülle, kleine Raten, sehr preiswert. Langjährige Garantie. Herz, Stresemannstraße 14 und Brunnenstraße 191.

Radio

Anoden, Neutrigor 4.40, Hunderter 4.90, Sparröhren 2.50. Apparate Teilzahlung. Schönleinstraße 2.

Fahrräder

Gebrauchte Fahrräder 15.—, 20.—, 25.—, 30.—, 35.—. Machnow, Weimarterstraße 14.

Posten straßenfreie, auch schwere, schon Winterpreise, fast verschenkt. Schönhauser Allee 49a.

Laternen 1.50, Fahrradsocken 3.90, Schläuche 1.30, Pedalen 1.50, Vorderräder 3.90. Schönleinstraße 2.

Soviel Soße wie von 2 Pfund Braten

Ob Sie ein halbes Pfund Rumpsteak oder Bratwürste, ob Sie nur Knorr Makkaroni, Kartoffeln und Gemüse auf den Tisch bringen wollen, immer können Sie so viel Bratensoße mitservieren, als hätten Sie einen großen Braten zubereitet. Denn 1 Würfel „Knorr-Bratensoße“ zu 15 Pfg. gibt soviel Tunke wie 2 Pfund Braten.

Kaufgesuche

Zahngebisse. Platinabfälle, Lötzinn, Blei, Quecksilber, Silberschmelze, Goldschmelzerei Christionat, Köpenickerstraße 39 (Haltestelle Adalbertstraße).

Unterricht

Schnellfördernde Privatzirkel, Kurzschrift, Maschinenschreiben, Buchhaltung. Büchertreuser Aulich, Gneisenaustraße 1, Spittelmarkt.

Rackow kaufmännische Privatschule, W. und Dr. A. Rackow, Wilhelmstraße 49, nahe Leipzigerstraße; Tauentzienstraße 1; Alexanderplatz 50. — Oktober beginnen Vierteljahres-, Halbjahres- und Jahreslehrgänge zur Ausbildung in Buchhaltungs-, Korrespondenz- bzw. Sekretariatsarbeiten oder für allgemeine Bürotätigkeit. — Wahlfreie Einzelfächer für Erwachsene. Besondere Abendlehrgänge. — Deutsche und ausländische Sprachlehrer.

Technische Privatschule, Diplom-Ingenieur Stefkmacher, Friedrichstr. 118/13. Maschinenbau, Elektrotechnik, Galvanotechnik, Ausbildung zu technischen Zeichnerinnen, Tageslehrgänge, Abendlehrgänge.

Immer noch keinen Führerschein? Vergrößern Sie Ihre Chance! Wir bilden Sie in kurzer Zeit zum perfekten Kraftfahrzeugführer aus! Günstige Bedingung, Ratenweise Zahlung des Honorars. Fordern Sie Angebote! Autofahrschule Purgaller, Bismarckstraße 84, Steinplatz 6647.

Schwerhörige und Ertaubte. Ablesen der Sprache vom Munde unterrichtet Elfe Bläsmann, Schäferstraße 11. Jannowitz 5081.

Verschiedenes

Detektivbureau Gloschei, Chausseestraße 77, Fernsprecher Wedding 7866. Beobachtungen. Ermittlungen. Auskünfte allerorts.

Wäschereien

Köpenicker Dampfwäscherei „Charlotte“, Grünauerstraße 35a, Telephon F. 4, 6687, wäscht ohne Anwendung scharfer Mittel, trocknet im Freien. Billigste Preisberechnung. Abholung täglich.

Genossen, die Wäsche nur zur Dampfwäscherei „Merkur“, Berlin O. 112, Frankfurter Allee 301, Andreas 2820. Preisliste verlangen. Freie Abholung täglich durch Automobile. Mitglied SPD. und RB.

Vermietungen

Zimmer

Möbliertes Zimmer, Bad, Telephon. Brunner, Kottbusser Damm 78.

Arbeitsmarkt

Stellengesuche

Saffianmaschineschneider, Genosse, 24 Jahre, sucht Stellung. Jannowsky, Berlin W. 30, Goltzstraße 36.

Am Montag, dem 29. September, verschied infolge eines Unglücksfalles unser Mitarbeiter und Kollege, der Redaktionsbote

Georg Weimann

im Alter von 19 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Geschäftsleitung und Personal des Vorwärts-Verlag G.m.b.H.

Blumenspenden
jeder Art
liefert preiswert
Paul Golletz
vorm. Robert Meyer
Mariannenstraße 9
Ecke Naunynstraße
Amt Moritzpl. 10803.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Todesanzeige

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter

Georg Tluste

am 25. September gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Einäscherung findet am Donnerstag, dem 2. Oktober, 18 Uhr, im Krematorium Berlin, Gerichtstr. statt.

Rege Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung

Zeichenbedarf bei JUERGENS
Alexanderplatz
Neue Königstr. 43

200 Mark Belohnung

zahlt für Herbeischaffen der auf dem Neubau Albionstr. gestohlenen Fußboden- und Emaillelacke **Schwarz,** Neukölln 5898.

Vor Ankauf wird gewarnt!

Wenn Menschen auseinandergehen,
Heißt weinend es: „Auf Wiedersehen!“
Wer Hühneraugen hat, jedoch
Sagt „Lebewohl“* und lächelt noch.

*) Gemeint ist natürlich das berühmte, von vielen Aerzten empfohlene **Hühneraugen-Lebewohl** und **Lebewohl-Ballenscheiben,** Blechdose (8 Pflaster) 75 Pf., **Lebewohl-Fußbad** gegen empfindliche Füße und Fußschweiß, Schachtel (2 Bäder) 80 Pf., erhältlich in Apotheken und Drogerien. Wenn Sie keine Enttäuschungen erleben wollen, verlangen Sie ausdrücklich das **echte Lebewohl in Blechdosen** und weisen andere, angeblich „ebensogute“ Mittel zurück.

Der unmögliche Gefrierfleischersatz

Der Reichstag muß sich gegen die Bonswirtschaft aussprechen

Im Ueberwachungsausschuß des Reichstags wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, das zollfreie Gefrierfleischkontingent wieder einzuführen. Wir geben im folgenden ein Bild der Entwicklung:

Am 14. April d. J. gab der Reichstag — mit sehr geringer Mehrheit — dem Verlangen der Regierung Brüning-Schiele nach, das zollfreie Gefrierfleischkontingent von 50 000 Tonnen aufzuheben, um im vermeintlichen Interesse der Landwirtschaft den Absatz des deutschen Fleisches zu heben. Der Minister Schiele versprach bei dieser Gelegenheit, um das Zentrum seinen Wünschen gefügig zu machen, den minderbemittelten Bevölkerungsschichten den bisherigen Fleischgenuß anstatt durch das billige Gefrierfleisch durch verbilligtes frisches Inlandsfleisch zu ermöglichen. Es fehlten aber die Mittel für diese Verbilligungsaktion. Die Rechnung, daß die Einfuhr voll zollpflichtigem Gefrierfleisch die Gelder bringt, hatte einen Haken. Es wurde zunächst gleichzeitig mit der Aufhebung des Gefrierfleischkontingents der § 12 des Fleischbeschaugesetzes wieder eingeführt. Nach diesem Paragraphen darf geschlachtetes Vieh nur in Verbindung mit den dazu gehörenden Innenteilen eingeführt werden. Somit war überhaupt die Einfuhr von Gefrierfleisch unterbunden, so daß auch Zolleinnahmen aus der Gefrierfleischeinfuhr gar nicht mehr in Frage kommen.

Der famose Plan mit dem Renntierfleisch.

Um die Forderung mehrerer Großstädte, vor allem Berlins, nach Belieferung der Arbeitslosen und Wohlfahrtsunterstützten mit billigem Fleisch zu beschwichtigen, versuchte man im Reichsernährungsministerium die empörte öffentliche Meinung auf den neuen deutsch-finnischen Handelsvertrag hinzuweisen, der eine Herabsetzung der Zölle für Renntierfleisch vorsieht. Nach Ansicht des Herrn Schiele sollte nun Renntierfleisch als Ersatz des Gefrierfleisches an die arme Bevölkerung zur Verteilung gelangen.

Dieser Vorschlag wirkte geradezu wie Hohn. Die Einfuhr von geschlachteten Renntieren betrug in der Vorkriegszeit weniger als 1000 Stück, nach dem Kriege war die Einfuhr absolut unbedeutend, dagegen umfaßte das aufgehobene Gefrierfleischkontingent ungefähr 200 000 Rinder! Dazu wird die Renntiererhaltung immer mehr eingeschränkt. Außerdem kostet selbst unverzolltes Renntierfleisch erheblich mehr als deutsches Rotwildfleisch, dem es in der Qualität sehr ähnlich ist.

Renntierfleisch konnte also höchstens in den Küchen der Hotels eine Rolle spielen, nie aber im Kochtopf des Arbeitslosen.

Mit dem heutigen Tage ist nun auch das letzte zollfreie Gefrierfleischkontingent von 12 500 Tonnen erschöpft, das dem Gefrierfleischhandel nachträglich noch zugestanden wurde, weil es vor der Aufhebung des 50 000-Tonnen-Kontingents schon gekauft war. Minister Schiele mußte jetzt wohl oder übel seinem Versprechen, Ersatz für das billige Gefrierfleisch zu schaffen, nachkommen. Der alte Vorschlag wurde wieder hervorgeholt, an die

Minderbemittelten Fleischbons zu verteilen, die vom Fleischer beim Einkauf von Frischfleisch in Zahlung genommen werden.

Vor einigen Tagen ist bekannt geworden, daß für die „Fleischverbilligungsaktion" vorläufig bis zum 1. April 10 Millionen Mark zur Verfügung gestellt sind, die aus den Einnahmen des erhöhten Weizenzolles genommen werden sollen.

Wie wir erfahren, sollen durch die Landesregierungen die Gemeinden, die bisher zum zollfreien Gefrierfleischbezug zugelassen waren, veranlaßt werden, den Kreis der tatsächlichen Minderbemittelten durch die Fürsorge- und Wohlfahrtsämter listenmäßig festzustellen. Auf Grund dieser Liste soll dann die Abgabe von Fleischmarken zu je 10 Pf. für ein halbes Pfund frisches Fleisch erfolgen. Dagegen sind von dem Bezug durch Fleischmarken sämtliche anderen in Fleischerläden erhältlichen Waren wie Speck, Schmalz, Würste und dergleichen ausgenommen.

Die für die Verbilligungsaktion bereitgestellten Mittel — jährlich 20 Millionen Mark — sind völlig unzureichend, da die Ersparnis der Fleischkonsumenten durch den Verbrauch von Gefrierfleisch ungefähr 50 bis 60 Millionen jährlich gegenüber dem Frischfleischverbrauch betrug. Die Verbilligung ist nur ein sehr magerer Ersatz für das Gefrierfleisch: Im Großhandel kostet Ochsenfleisch je Zentner 94 bis 99 Mark, Gefrierfleisch dagegen nur 52 Mark, **so daß Gefrierfleisch 45 Proz. billiger ist als Frischfleisch. Die Verbilligung durch einen Fleischbon von 20 Pf. je Pfund kann aber bei den jetzigen Kleinhandelspreisen von 1 Mark bis 1,20 Mark für billiges Rindfleisch und 1,30 Mark für Schweinefleisch nicht mehr als 16 Proz. oder höchstens 20 Proz. betragen.**

Außerdem wird durch dieses kriegsmäßige Bezugsscheinsystem wieder Schiebereien Tür und Tor geöffnet und ein schwunghafter Handel mit den Fleischbons vorbereitet. Der Fleischverbrauch wird teurer und viele werden aus Not Fleischbons verkaufen, um sich noch lebenswichtigere Nahrungsmittel beschaffen zu können. Dann werden Leute, die sowieso Fleisch kaufen können, ihr Fleisch durch die Bons einfach billiger erhalten. Der Konsum an inländischem Frischfleisch wird also dadurch nicht erhöht werden und auch die Landwirtschaft hat keinen Nutzen.

Die Frage des Gefrierfleischersatzes ist also völlig unzureichend gelöst.

Die traurige soziale Lage erfordert aber dringend auch eine Verbilligung der Ernährung. Die Reichsregierung muß daher von dem neuen Reichstag gezwungen werden, für alle minderbemittelten Bevölkerungsschichten das notwendige Fleisch zu erschwingbaren Preisen zur Verfügung zu stellen.

Den einfachsten Weg, die Wiedereinführung des zollfreien Gefrierfleischkontingents, hat der Ueberwachungsausschuß jetzt gewiesen. Damit würde sich auch das Reich unnötige Kosten ersparen,

denn bekanntlich hat der Gefrierfleischhandel einen Prozeß auf Schadenersatz von vielen Millionen, der am 12. Oktober verhandelt wird, gegen das Reich angestrengt. Dieser Prozeß wird wahrscheinlich vom Reich verloren werden, da gesetzlich festgelegt war, daß die Gefrierfleischeinfuhr bis Ende 1933 nicht durch gesetzliche Bestimmungen behindert werden darf. Auch der Landwirtschaft entsteht durch die Wiedereinführung des Kontingents kein Schaden, denn die 50 000 Tonnen Gefrierfleisch machen nur 2 Proz. unserer gesamten Fleischversorgung aus, so daß das Gefrierfleisch gar kein Konkurrent für das deutsche Frischfleisch ist.

Schwerverdiener an der Ruhr.

Gute-Hoffnungs-Hütte erhöht Dividende von 7 auf 10 Prozent – und macht scharf!

Die Gutehoffnungshütte, Aktienverein für Bergbau und Hüttenbetrieb, Nürnberg, wird, wie jetzt bekanntgegeben wird, auf ihr 80-Millionen-Kapital für das Geschäftsjahr 1929/30 (1. Juli bis 30. Juni) eine von 7 auf 10 Prozent erhöhte Dividende (!) zur Ausschüttung bringen. Diese Erhöhung ist möglich vor allem deshalb, weil der Reingewinn der schwerindustriellen Oberhausener Werke von 3,94 auf 5 Millionen Mark gestiegen ist. Es wird hinzugefügt, daß diese Gewinnquote, auf eine produzierte Tonne umgerechnet, den Durchschnittsgewinn der Montanindustrie entsprechen dürfte.

Ein ausgesprochenes Krisenjahr, ein starker Rückgang der Produktion, und eine solche Gewinnsteigerung — und dabei ist es die Schwerindustrie, die jetzt die rücksichtslose Lohnsenkung fördert und die Preissenkung sabotiert. Und eine solche Preis- und Lohnpolitik wird von dem neuen Regierungsprogramm gefördert.

Lebenshaltungsindex September 146,9 Proz.

Das Statistische Reichsamt teilt mit: Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats September auf 146,9 gegenüber 148,8 im Vormonat. Ausschlaggebend war die Senkung der Ernährungsausgaben. Hier haben vor allem die Preise für Kartoffeln und Gemüse erheblich nachgegeben. Die Preise für Bekleidungsgegenstände haben ihren Rückgang verstärkt fortgesetzt. Die Kosten der Heizung haben sich infolge Abbaues der Sommerrabatte, die Ausgaben für den sonstigen Bedarf besonders durch die Heraufsetzung der Personentarife der Reichsbahn erhöht. Die Indexziffern für die einzelnen Gruppen betragen (1913/14 = 100) für Ernährung 141,7, für Wohnung 130,5, für Heizung und Beleuchtung 152,4, für Bekleidung 160,8, für den sonstigen Bedarf einschließlich Verkehr 195,5.

Der Preisabbau für Reifen.

So unwirksam wie nur möglich.

Kaum ein Rohstoff hat bei der allgemeinen Preisrevolution in der Weltwirtschaft derartige Preiseinbrüche zu verzeichnen gehabt, wie der Rohkautschuk. Bei einem Rekordtiefstand von 32 Pfennig je engl. Pfund war der Kautschukpreis auf weniger als ein Sechstel der Preise von 1925 gesunken. Trotzdem sind die Gummireifenpreise in Deutschland mit Hilfe einer rigorosen Kartellpolitik auf dem Stande von 1925 gehalten worden, obwohl auch ein anderer wichtiger Rohstoff, die Baumwolle, die Gestehungskosten für Gummireifen durch ständiges Sinken der Baumwollpreise erheblich verbilligt hat.

Vor den Wahlen hieß es, daß eine 30prozentige Senkung der Reifenpreise in Deutschland eintreten sollte, aber wie das gesamte Preissenkungsprogramm der Regierung, war auch diese Ankündigung eine fette Wahlente. Jetzt endlich hat sich das Reifenkartell, der Verein deutscher Gummireifen-Fabriken, unter dem wachsenden Druck der Krise zu einer Senkung der Preise entschlossen, und zwar sollen die Preise für Personenwagenreifen um 5 Proz. und für Lastwagenreifen um 10 Proz. herabgesetzt werden.

Dieser Preisabbau ist im Hinblick auf die Verbilligung der Rohstoffe gänzlich ungenügend, da der Kautschuk sich im Laufe der letzten vier Jahre um 85 Proz. und die Baumwolle allein in den letzten neun Monaten sich um fast 60 Proz. verbilligt haben. Außerdem hätten schon die Rationalisierungsgewinne, die in der Reifenindustrie durch scharfe Konzentrationsmaßnahmen besonders groß sind, allein schon genügt, um einen stärkeren Preisabbau zu rechtfertigen. Das Reifenkartell wird im Ernst selbst nicht daran glauben, daß diese geringe Preissenkung irgendwie anregend auf die Lastwagen- und Autoindustrie einwirken wird.

Züricher Elektrobank.

Sie verstärkt ihre deutsche Interessen.

Die Züricher Elektrobank (Bank für elektrische Unternehmungen in Zürich), die trotz der allgemeinen Krise ihre Dividende für das Jahr 1929 von 10 auf 12 Proz. hat steigern können, hat ihre Beteiligungen erheblich erweitert. Insgesamt haben sich die Beteiligungen und Kontokorrentvorschüsse an Tochtergesellschaften von 75,6 auf 115,9 Millionen Schweizer Franken vergrößert. Die Beteiligungen an deutschen Gesellschaften waren 1928 von 18,8 auf 14,6 Mill. M. zurückgegangen, da die Elektrobank einen Teil ihrer Beteiligungen an einige zusammen mit belgischen und italienischen Gruppen gegründete Dachgesellschaften weitergegeben hatte. Die verminderte Beteiligung der Elektrobank bedeutete also nicht etwa einen verringerten ausländischen Einfluß auf deutsche Elektrizitätsunternehmungen.

Nunmehr wird (für den 30. Juni 1930) ein neues Ansteigen der deutschen Beteiligungen von 14,6 auf 16,3 Mill. M. verzeichnet, wozu noch erhebliche Vorschüsse kommen. Es ist noch nicht bekannt, ob zu den früheren deutschen Beteiligungen (Lech-Elektrizitätswerke, Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft, Rheinfelden usw.) noch neue getreten oder ob kurzfristige Kredite in Aktienbesitz umgewandelt worden sind. Die erst vor einigen Monaten beschlossene Kapitalerhöhung von 75 auf 100 Millionen Franken, die einen Kapitalzufluß von etwa 150 Mill. M. bedeutete, läßt vermuten, daß die Elektrobank ihre Expansion in der deutschen Elektrizitätswirtschaft fortzusetzen beabsichtigt.

Kupferpreis weiter gefallen.

Aber die Produktion ist im August gestiegen!

Da die bisherigen Preisherabsetzungen nirgends in der Welt weder den Konsum noch den Handel zu größeren Käufen veranlaßt haben, hat das Kupferexportkartell den Preis für ein englisches Pfund Kupfer auf 10,30 Cents herabsetzen müssen. Neben den steigenden Vorräten drücken die amerika-

Vom Preise hängt es ab

ob Sie sich zum Kauf entschließen. In allen unseren Preislagen ist der Schuh, den Sie kaufen, die höchste Gegenleistung an Qualität, Verarbeitung und Haltbarkeit. Unsere Riesenproduktion zwingt uns sehr scharf zu kalkulieren nach dem Prinzip: Großer Umsatz – kleiner Nutzen. Darum kaufen Sie stets preiswert bei

12.50
15.50
18.50
21.–
24.–

MARKE SALAMANDER

SALAMANDER

nischen Lohnhütten mit ihrer Unterbietungspolitik dauernd auf den Preis.

Das Erstaunliche dabei ist nun, daß die Augustproduktion an Kupfer höher als in den beiden Vormonaten ist; die Hüttenproduktion der ganzen Welt betrug im August 136 900 Tonnen gegen 132 500 Tonnen im Juli und 135 000 Tonnen im Juni. Davon entfielen auf Amerika 101 000 Tonnen (gegen 97 800 bzw. 89 500 Tonnen) und auf Deutschland 5200 Tonnen (gegen 4200 bzw. 3800 Tonnen). Auch ein Zeichen für das „gute" Arbeiten des kapitalistischen Marktmechanismus!

Preissturz für Kork.

Linoleumpreise können weiter gesenkt werden.

Kork, bekanntlich neben Leinöl und Jute der wichtigste Rohstoff der Linoleumindustrie, hat in den letzten Monaten gleich anderen Rohstoffen starke Preisrückgänge erfahren; geringwertige Korkrinde ist um etwa 15 Proz. und Korkabfälle sind sogar um 30 bis 40 Proz. billiger geworden. Dagegen soll bei anderen Korksorten ein Preisrückgang bisher nicht zu verzeichnen sein. Insbesondere die Stockung im Bauwesen und die daraus entspringende Verminderung des Bedarfs an Linoleum und Isoliermaterialien hat große Vorräte entstehen lassen.

Der europäische Korkbedarf wird in der Hauptsache von dem früher belgischen, jetzt spanischen Korktrust (Compania Generale del Corcho, Barcelona) gedeckt, der in Spanien, Portugal und Nordafrika über ausgedehnte Eichenwälder verfügt und in fast allen Industrieländern Europas große verarbeitende Unternehmungen beherrscht. In Deutschland wird von ihm die Vereinigte Korkindustrie A.-G. (12,5 Millionen Mark Aktienkapital), eine Dachgesellschaft für die hauptsächlichsten deutschen Kork-Gesellschaften, kontrolliert. Der Hauptkonkurrent dieses Korktrusts, der bisher in Europa eine fast lückenlose Monopolstellung innehatte, ist die amerikanische Armstrong Cork Co., die ebenfalls in Spanien und Portugal Wälder und Einkaufsorganisationen beherrscht.

Weniger die Konkurrenz der europäischen und der amerikanischen Gruppe hat den Preisfall veranlaßt als das Mißverhältnis zwischen Produktion und Absatz infolge der allgemeinen Krise. Die Regierung von Spanien hat einem weiteren Preissturz insofern vorgebeugt, als sie verboten hat, eine Eiche mehr als einmal innerhalb von 10 Jahren zu schälen. Ob die nun zu erwartende Produktionseinschränkung ausreichen wird, um den jetzigen Preisstand zu halten, bleibt abzuwarten.

Auf jeden Fall bietet sich durch diese Verbilligung eines wichtigen Rohstoffes dem Linoleumtrust eine neue Gelegenheit, die Linoleumpreise weiter herabzusetzen.

Ungeschmälerte Elektrogewinne.

Die Elektrizitäts-A.-G. vorm. W. Lahmeyer u. Co., Frankfurt a. M., ist einer der bedeutendsten deutschen Elektrokonzerne, nicht so sehr wegen der Fabrikation elektrotechnischer Maschinen, Apparate und Anlagen, sondern wegen seines großen Machtbereichs innerhalb der deutschen Energiewirtschaft dank der zahlreichen Tochtergesellschaften und Beteiligungen. Das am 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr 1929/30 ergab fast den gleichen hohen Ueberschuß von 2,45 Mill. M. wie das Vorjahr (2,44 Mill.). Davon wird auf das Stammkapital von 18 Mill. wieder die hohe Dividende von 12 Prozent verteilt, während die Vorzugsaktien (10 000 M.) die satzungsgemäße Dividende von 6 Proz. erhalten.

Dividenden für Gardinen.

Plauener Gardinenfabrik 6 Prozent.

Die Gardinenfabrik Plauen A.-G., Plauen i. Vogtl., weist für das am 30. Juni beendigte Geschäftsjahr 1929/30 einen Rückgang des Bruttogewinns von 0,74 auf 0,65 Mill., des Reingewinns von 0,23 auf 0,17 Mill. aus, weshalb die Dividende auf das Kapital von 1,9 Mill. von 10 auf 6 Proz. herabgesetzt wird.

Die mit der steigenden Arbeitslosigkeit immer stärker schwindende Kaufkraft hat zu einem Wechsel in der Nachfrage nach Gardinen von den besseren zu den schlechteren Qualitäten geführt, so daß die Maschinen für geringere Qualitäten voll beschäftigt waren.

Während das Exportgeschäft sich auf der Höhe des Vorjahres hielt, ist der Absatz von Dekorationsstoffen sehr schlecht geworden. Nachfrage besteht nur nach allerbilligsten Mustern, um die noch ein scharfer Konkurrenzkampf geführt wird. Da man mit einer Besserung in absehbarer Zeit nicht rechnet, soll der Betrieb in Auma i. Thür. stillgelegt werden.

Das neue statistische Jahrbuch für 1930 (793 und 52 Seiten, Preis 6,80 M.) ist soeben im Verlag von Reimar Hobbing erschienen. Das Material wird in der gleichen Form wie früher geboten, ist aber wesentlich vermehrt worden. So sind in diesem Sammelband die Ergebnisse der Betriebszählung und der gewerblichen Produktionserhebungen, der Lohnstatistik, der Untersuchungen über die Reichs-, Länder- und Gemeindefinanzen und anderes mehr aufgenommen worden. Auch der Teil mit den internationalen Uebersichten wurde erweitert, so zum Beispiel durch Uebersichten über das internationale Finanz- und Schuldenwesen und über die industrielle Produktion. Vergleichszahlen für frühere Jahre, graphische Darstellungen und ein eingehendes Sachregister erleichtern den Gebrauch dieses unentbehrlichen Bandes.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

5. **Kreis Friedrichshain.** Donnerstag, 2. Oktober, 20 Uhr, in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21. **Veranstaltung der Proletarischen Kleinkunstbühne. Inhalt: Ein Querschnitt durch unser Leben. Zeittheater. Kurzstücke. Schauspiel. Tänze. Musik. 7 Mitwirkende. Eintritt 50 Pf. Wir bitten die Genossen, sich diesen Abend unbedingt freizuhalten und vollzählig zu erscheinen. Karten sind bei den Funktionären zu haben.**

9. **Kreis Wilmersdorf.** Donnerstag, 2. Oktober, 20 Uhr, bei Zillenfeld, Uhland- Ecke Günzelstraße, Sitzung des Kreisvorstandes mit allen Abteilungsleitern.

> 10. **Kreis Zehlendorf. Heute, 18½ Uhr, Kreisvorstandssitzung im Lokal Lindenpark. Um 20 Uhr Kreismitgliederversammlung ebendort. Thema: „Die politische Lage". Referent: Siegfried Aufhäuser, M. d. R.**

13. **Kreis Tempelhof.** Heute, 18½ Uhr, Bezirksversammlung im Lyzeum Germaniastraße.

14. **Kreis Neukölln.** Die Abteilungsleiter holen Donnerstag, 2. Oktober, die Mitteilungen vom Parteibüro ab. Vorstandssitzung findet nicht statt.

20. **Kreis Reinickendorf. Kreisbildungsausschuß.** Donnerstag, 2. Oktober, 20 Uhr, im Volkshaus, Reinickendorf-West, Scharnweberstr. 114, wichtige Sitzung. Jeder Abteilungsbildungsausschuß muß vertreten sein.

Kreis Weißensee. Donnerstag, 2. Oktober, 20 Uhr, Kreishelfersitzung bei Genossen Schulz, Hohenschönhausen, Verlängerte Hedwigstr. 3.

Heute, Mittwoch, 1. Oktober:

7. **Abt.** Fahnen und Transparente von der Reichstagswahl sind abzuliefern beim Genossen Lehmann, Ackerstr. 174, Vorwärts-Spedition.

24. **Abt. Für die Mitglieder des Wohnblocks Carl Legien findet ein außerordentlicher Zahlabend im Lokal Schulz, Carmen-Sylva-Str. 30, um 20 Uhr statt. Vortrag: „Die politische Lage nach der Wahl". Referent: Genosse Salzer.**

67. **Abt. Grunewald.** 20 Uhr bei Wursbacher Vorstandssitzung mit den Funktionären.

77. **Abt. Schöneberg.** 20 Uhr bei Jürgens, Barbarossastr. 5a, Vorstandssitzung mit den Bezirksführern.

81. **Abt. Friedenau.** 20 Uhr bei Klabe, Handjerystr. 60–61, Bildungsgruppe jüngerer Parteigenossen. Besprechung über Winterarbeitsplan.

83. **Abt. Lichterfelde.** Achtung! Die ordentliche Funktionärsitzung findet nicht am Mittwoch, dem 1. Oktober, sondern am **Donnerstag, dem 2. Oktober,** 20 Uhr, bei Quandt, Moltkestr. 31, Ecke Hindenburgdamm, statt.

111. **Abt. Bohnsdorf.** Heute, 20½ Uhr, ist die **Parteibibliothek im Lokal** von Paul Heimann, Waltersdorfer Str. 100, geöffnet. Parteimitglieder können gegen Vorlegung des Parteibuches Bücher entleihen.

128./130. **Abt. Pankow.** 20 Uhr im Lokal Sängerheim, Florastr. 90, Elternversammlung der 1. Mädchenschule, Schönholzer Straße. Referent: Wilhelm Mietzke.

Morgen, Donnerstag, 2. Oktober:

4. **Abt.** 19½ Uhr bei Brandis, Stralauer Str. 18, Funktionärsitzung.

33. **Abt.** 19½ Uhr Funktionärsitzung bei Lopaf, Bennestr. 8.

36. **Abt.** 19½ Uhr bei Busch, Tilsiter Str. 27, Funktionärsitzung.

78. **Abt. Schöneberg.** 20 Uhr bei Ratho, Prinz-Georg-Str. 10, Funktionärsitzung.

92. **Abt. Neukölln.** 19½ Uhr allgemeine Mitgliederversammlung in der Aula der Karl-Marx-Schule, Kaiser-Friedrich-Str. 208. Referent: Ministerialrat Tejessy. Aussprache über die politische Lage.

106. **Abt. Johannisthal.** 20 Uhr bei Blochwitz, Park- Ecke Herrenhausstraße, Funktionärsitzung.

Theater, Lichtspiele usw.

Mittwoch, 1. 10. **Staats-Oper** Unter d. Linden R.-S. 1 Geschl. Vorstellg. **Der Rosenkavalier** Ende 24 Uhr

Mittwoch, 1. 10. **Städt. Oper** Bismarckstr. Turnus II 20 Uhr **Die Entführung aus dem Serail** Ende 22½ Uhr

Staats-Oper Am Platz der Republik. Vorst. 147 20 Uhr **Der fliegende Holländer** Oeffentl. Kartenverkauf Ende 22¾ Uhr

Staatl. Schausph. (am Gendarmenmarkt). A.-V. 27 20 Uhr **Bürger Schippel** Ende g. 22½ Uhr

Staatl. Schiller-Theater, Charlbg. 20 Uhr **Florian Geyer** Ende gegen 22¼ Uhr

Winter Garten 8.15 Uhr — Rauchen erlaubt **Heute Premiere.**

Volksbühne Theater am Bülowplatz. Täglich 8 Uhr **Die Weber** v. G. Hauptmann Regie: K. H. Martin.

Lustspielhaus Dir.: Hans Löpschitz Täglich 8¼ Uhr **Meine Schwester und ich** Musik von Benatzky Lory Leux, Kurt von Möllendorf

Staatl. Schiller-Th. 8 Uhr **Florian Geyer**

Staatsoper Am Pl. d. Republik 8 Uhr **Der fliegende Holländer**

Lessing-Theater Weidendamm 2797 u. 5846 8 Uhr Gastspiel der Piscatorbühne **§ 218** (Frauen in Not) von Credé Regie: Piscator.

Theater am Schiffbauerdamm 1.–5. Oktob. geschlossen. Montag, 6. Oktober 8 Uhr: Uraufführung: **Jud Süß!** Inszenierung: Leopold Jeßner.

Rose-Theater Gr. Frankfurter Str. 132 Tel. Alex 3422 u. 3494 8.15 Uhr: **Braut v. Messina** mit Irene Triesch als Isabella.

Neues Theater — am Zoo — Am Bahnh. Zoo. Stpl. 6554 Täglich 8¼ Uhr **Lommel** in der Posse **Paul und Pauline** Rundfunkhörer halbe Preise.

N. ISRAEL BERLIN C2 · SPANDAUER STRASSE · KÖNIGSTRASSE

DONNERSTAG, 2. OKTOBER BLEIBT DAS KAUFHAUS **GESCHLOSSEN**

CIRCUS VARIETÉ BUSCH

Tägl. 2 Vorst. — Tel. Weidendamm 3640

Ab Heute

● vollständig neues Programm! ●

14 internationale Höchstleistungen!

u. a. 3 Sisters Carré zu Pferde Lydia Walterstein, die eleg. Reiterin Bogannys Schulstube, amerik. Neuheit.

Cubanos Sprung aus der Circuskuppel auf ein Trapez.

Sanders Miniaturcircus.

Die billigen Preise:

nachm. 4½ U.: 30 Pf.–1.50 M.
abends 8½ U.: 30 Pf.–3.– M.

Der umgebaute Circus ist die schönste und modernste Vergnügungsstätte Berlins!

Kommen Sie in den Schulferien mit Ihren Kindern zu uns! — Sie werden immer wieder kommen!!

Deutsches Theater 8 Uhr **Der Kaiser von Amerika** von Bernard Shaw Titelrolle: Werner Krauß Regie: Max Reinhardt.

Kammerspiele 8½ Uhr **Die Schule der Frauen** von Molière. Regie: Hans Deppe.

Die Komödie 8½ Uhr **Der Schwierige** Lustsp. v. Hugo v. Hofmannsthal Regie: Max Reinhardt.

Komische Oper 8½ Uhr **Das Mädel am Steuer** Operette v. Gilbert

Deutsches Künstler-Theat. Tel. Barbarossa 3937 8¼ Uhr **Jim und Jill** Operette v. Vivian Ellis Preise von 1 M. aufwärts

Renaissance-Theater Steinplatz 6780. 9¼ Uhr Die **Wunder-Bar** Revuestück

Metropol-Theater Täglich 8¼ Uhr Sensationeller Operettenerfolg! Unter pers. Leitung des Komponisten **Viktoria und ihr Husar**

Zimmer: 1 Bett Mk. 7.- bis 11.- 2 Betten 13.- bis 22.- Bad: Mk. 3.- Salon: 10.- Keine höheren Preise. Eine Großmacht europäischer Hotels Berlin **HOTEL EXCELSIOR** a. Anh. Bhf.

HAUS VATERLAND Das preiswerte Vergnügungs-Restaurant Berlins Betrieb Kempinski

Barnowsky-Bühnen Theater in der Stresemannstr. Täglich 8¼ Uhr **Marguerite: 3** Lustspiel von Schwiefert

Komödienhaus 8¼ Täglich 8¼ **Konto X** von Bernauer und Oesterreicher

Theater am Kottb. Tor Kottbusser Str. 6 Tel. Moritzpl. 16877. Tägl. 8¼ U., Sonnt. nach 3¼ Uhr **Elite-Sänger** Präsident Zunkel Gr. Trompeterburleske **Schorsch Ruselli**

Berliner Ulk-Trio Neukölln. Lahnstr. 74/75.1

Der **gute Kapitän-Kautabak** ist in den meisten Zigarrengesch. erhältl. C. Röcker, Berlin Lichtenberger Straße 22. Königst. 3661

SCALA Tägl. 5 u. 8½ Uhr — B 5 Barb. 9256 Tägl. 1–6 M — Nachm. halbe Preise

Ab heute: Abschieds-Gastspiel Tägl. 2 × **Grock** und weitere internat. Attraktionen

PLAZA Alex. E 4 8066-68 Tägl. 5, 8³⁰. Sonnt., 2, 5, 8³⁰

HEUTE PREMIERE: **Bella Siris** die berühmte nordische Tänzerin **4 Poppescus** am siebenfachen Reck **2 Spyras** i. ihrer Szene „Dienstmann Nr. 17" und weitere internation. Attraktionen

Theater i. d. Behrenstr. 53-54 Direktion: Ralph Arthur Roberts 8¼ **Das häßliche Mädchen** Englisch — Roberts — Riemann.

Irene Triesch als Isabella

„Gehet hin und erbauet euch! Das Publikum war gebannt, gefesselt, ergriffen, aufgewühlt. Begeisterter Beifall."

So urteilt Julius Knopf in der „Börsenztg." über die **„Braut von Messina"** in unserem Theater. — Ludwig Sternaux im „Lokal-Anzeiger" schrieb: „Ein seltener Abend, ein schönster Abend, der wundervoll mitreißt."

Wochentags 8¹⁵ Uhr u. Sbd. um 7 Uhr und um 10¹⁵ Uhr: „Die Braut von Messina".

Kassenpreise von 50 Pf. bis 3 M. (Garderobe u. Programm je 25 Pf.)

Theater für d. Kinder: Jed. Mittwoch nachm. 5 U.: Hänsel u. Gretel. Jed. Sonnabd. nachm. 4³⁰ U.: Dornröschen. (Preise v. 30 Pf bis 1.50 M.)

ROSE THEATER Gr. Frankfurter Str. 132 Billettkasse: Alex. 3422 u. 3494

GROSS. SCHAUSPIELHAUS 8 **Lustige Witwe** Hesterberg, Hansen, Arno, Schollwer, Jankuhn, Schaeffers, Winkelstern, Desni. REGIE: CHARELL

8¼ Uhr **CASINO-THEATER** 8¼ Uhr Lothringer Straße 37.

Für unsere Leser: Gutschein 1–4 Personen. Fauteuil 1,25 M., Sessel 1,75 M., Parkett 0,75 M Rang 0,60 M. Nur vom 1. bis 31. Oktober 1930 **Der Schlager aller Possen! Hurrah, ein Junge!** und ein erstkl. buntes Programm.

Laß Blumen sprechen! und das neue Programm der **Stettiner Sänger** im **Reichshallen-Theater** allabendlich 8 Uhr und Sonntag nachmittag 3½ Uhr (nachm. zu halben Pr.) Dönhoff-Brettl: Varieté · Konzert · Tanz.

117. Abt. Lichtenberg. 19½ Uhr bei Klose, wichtige Funktionärsitzung.
119. Abt. Lichtenberg. 20 Uhr bei Bark, Möllendorffstraße, Funktionärsitzung. Besondere Einladung erfolgt nicht.
124. Abt. Mahlsdorf. Sozialistische Arbeitsgemeinschaft. Nächste Zusammenkunft Donnerstag, 2. Oktober. Die Nachrichten erscheinen in Zukunft unter der Rubrik „Jungsozialistische Vereinigung“.

Freitag, 3. Oktober:

79. Abt. Schöneberg-Friedenau. 20 Uhr Funktionärsitzung bei Podlichus, Sachsendamm 40. Vortrag: „Die politische Lage“. Referent: Georg Wendt. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet. Die noch fehlenden Transparente und Fahnen sind bei Reimann, Sedanstr. 17, abzugeben.

Frauenveranstaltungen.

19. Kreis Pankow. Alle Genossinnen beteiligen sich am Freitag, dem 3. Oktober, 19½ Uhr, an der Filmveranstaltung im Konzerthaus Lindner, Pankow, Breite Str. 34.
29. Abt. Freitag, 3. Oktober, 16 Uhr, in der Badeanstalt Bärwaldstraße Schwimm- und Badeabend. Treffpunkt Neues Schwimmbad.

Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt.

2. Kreis Tiergarten. Mittwoch, 1. Oktober, 14½ Uhr, Besichtigung des Stadtbades Mitte. Treffpunkt Gartenstr. 6, vor dem Bad. Daran anschließend um 17 Uhr Besichtigung des Lehrlingsheimes, Luisenstr. 36. Alle Genossinnen und Genossen, die daran teilnehmen wollen, sind herzlich eingeladen.

7. Kreis Charlottenburg. 2. Kursusabend, Freitag, 3. Oktober, pünktlich 20½ Uhr, Rathaus Charlottenburg, Zimmer 2. „Grundsätze und Praxis der sozialen Gerichtshilfe.“ Referentin: Genossin Paula Kurgaß.

19. Kreis Pankow. Große Filmveranstaltung am Freitag, dem 3. Oktober, im Konzerthaus Lindner (Kasinosaal), pünktlich 19½ Uhr. Es wird der Film: „Mutter Krausens Fahrt ins Glück“ gezeigt mit musikalischer Unterhaltung. Ferner wird der Genosse Stadtrat Fabiunke zu diesem Film einen Vortrag halten über: „Wohnungsnot und Wohnungspolitik“. Eintrittspreis 30 Pf. Die Genossen(innen) aus allen Abteilungen des 19. Kreises werden ersucht, sich recht zahlreich zu beteiligen.

20. Kreis Reinickendorf. 2. Kursusabend, Freitag, 3. Oktober, 20 Uhr, im Rathaus Reinickendorf-Ost, Hauptstr. 46, Zimmer 60. „Das geltende Fürsorgerecht.“ Referentin: Genossin Lotte Lemke. Alle in der Wohlfahrtspflege stehenden Helfer und Helferinnen müssen daran teilnehmen.

Jungsozialistische Vereinigung Groß-Berlin.

Achtung, Instrumentalgruppe der Jungsozialistischen Vereinigung! Alle Genossen der Jungsozialisten sowie alle älteren Genossen der Arbeiter-Jugend, die irgendein Instrument spielen (außer Mandoline), haben heute, 18½ Uhr, im Jugendheim Charlottenburg, Rosinenstr. 4, zu erscheinen.

Charlottenburg. Heute Probe der „Roten Mäuse“ um 20 Uhr im Jugendheim. Morgen Kreismitgliederversammlung der Partei in Ahlerts Festsälen, Berliner Str. 88.

Gruppe Mahlsdorf. Zusammenkunft am Donnerstag, dem 2. Oktober. Genosse Seigewasser spricht über die Stellung der Jungen in der Partei. Aeltere Parteigenossen und SAJ.-Genossen sind eingeladen.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Kreis Weißensee. Am Donnerstag, dem 2. Oktober, ist Kreishelfersitzung beim Genossen Schulz, Hohenschönhausen, Verlängerte Hedwigstr. 3.

Kreis Neukölln. Bildungsobleute. Heute, 17 Uhr, erste Zusammenkunft der Bildungsschule im Heim Ganghoferstraße. Jede Gruppe muß vertreten sein. Die Obleute bringen die Winterarbeitspläne der Gruppe mit. Ebenso Fragebogen der Helferkurse. — Gruppe Falke. Achtung, Eltern! Die für heute angesetzte Elternversammlung kann leider wegen Raumschwierigkeiten wieder nicht stattfinden.

Geburtstage, Jubiläen usw.

3. Kreis Friedrichshain und 33. Abt. Unserem Kreisvorsitzenden, dem Genossen Georg Buchmann, Stralauer Allee 25, zu seinem 25jährigen Parteijubiläum die herzlichsten Glückwünsche. Wir wünschen unserem treuen Mitstreiter noch recht frohe Jahre der Mitarbeit.

33. Abt. Unserem Genossen Arnold Manns, Stralau, Friedrich-Junge-Straße 2, zum 25jährigen Parteijubiläum die herzlichsten Glückwünsche.

36. Abt. Unserer lieben Genossin Martha Schröder zum 25jährigen Parteijubiläum die herzlichsten Glückwünsche.

42. Abt. Unserem lieben Genossen Ernst Poppe und Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit.

63. Abt. Neukölln. Unserem Genossen Karl Mühlenweg zum 25jährigen Parteijubiläum herzlichste Glückwünsche.

166. Abt. Johannisthal. Unserem Genossen Paul Geiländer, Am schwarzen Weger 11, zum 25jährigen Parteijubiläum die herzlichsten Glückwünsche.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

42. Abt. 130. Bezirk. Unsere langjährige Genossin Konstanze Fischer, Heimstraße 22, ist am Sonntag früh, dem 28. September, nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 67 Jahren gestorben. Ehre ihrem Andenken. Die Einäscherung findet am Donnerstag, dem 2. Oktober, 16 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt.

33. Abt. Unser Genosse Alfred Mertens, Stralauer Allee 25, ist im Alter von 57 Jahren verstorben. Die Einäscherung findet am Donnerstag, dem 2. Oktober, 16½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt. Um rege Beteiligung wird gebeten.
Der Vorstand.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37—38, Hof 2 Tr.

Gauvorstand. Donnerstag, 2. Oktober, Zusammenkunft der Rheins- und Swinemünde-Fahrer in Landré's Weißbierstuben, Klosterstraße 76. — Mittwoch, 1. Oktober, Mitte. 3. Kameradschaft. 20 Uhr Versammlung bei Brandis, Stralauer Str. 10. Friedrichshain. Kameradschaft Frankfurt. 20 Uhr Kameradschaftsversammlung bei Graubner, Voigtstr. 15. Prenzlauer Berg. Kameradschaft Wörther Platz. Kamerad Lorenz ist plötzlich verstorben. Einäscherung um 16 Uhr im Krematorium Gerichtstraße. Rege Beteiligung Pflicht. Kreuzberg. Mitgliederversammlungen um 20 Uhr: Zug II bei Krepp, Planufer 75—76. Zug VII im Reichenberger Hof, Reichenberger Straße 147. Zug VIII bei Abam, Lübbener Str. 30. Erscheinen Pflicht. Lichtenberg. Kameradschaft Gustav Tempel. Funktionärversammlung bei Rabenast, Normannenstr. 28. Abrechnung der Marken. — Donnerstag, 2. Oktober, Friedrichshain. Kameradschaft Stralau. Unser Kamerad Alfred Mertens ist plötzlich verstorben. Einäscherung Donnerstag, 16½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg. Um rege Beteiligung wird gebeten. Prenzlauer Berg. Die erweiterte Vorstandssitzung und die Kameradschaftsversammlung der Kameradschaft Vollan am Donnerstag fallen aus. Weitere Nachrichten folgen. Steglitz (Ortsverein). 20 Uhr Funktionärsitzung bei Rosenthal, Lichterfelde, Händelplatz 3. Prenzlauer Berg. Jungbanner. 20 Uhr Kreismitgliederversammlung in der Löwenbrauerei, Hoch- Ecke Sabitstraße. Erscheinen aller Jungkameraden ist Pflicht. Kreuzberg (Ortsverein). Letzter Termin zum Ausstellen der Bahnkarten Donnerstag, 2., und 9. Oktober. Rudverriege Berlin. 19 bis 21 Uhr Kastenrudern bei Sand, am Bahnhof Tiergarten, Stadtbahnbogen. Beginn eines Anfängerkursus daselbst. — Pankow (Ortsverein). Freitag, 3. Oktober, 20 Uhr, Vollversammlung im „Türkischen Zelt“, Breite Straße.

Arbeiter-Samariter-Bund, Kolonne Berlin.

Geschäftsstelle: N. 24, Gr. Hamburger Str. 26. Tel.: D 1 Norden 3348.

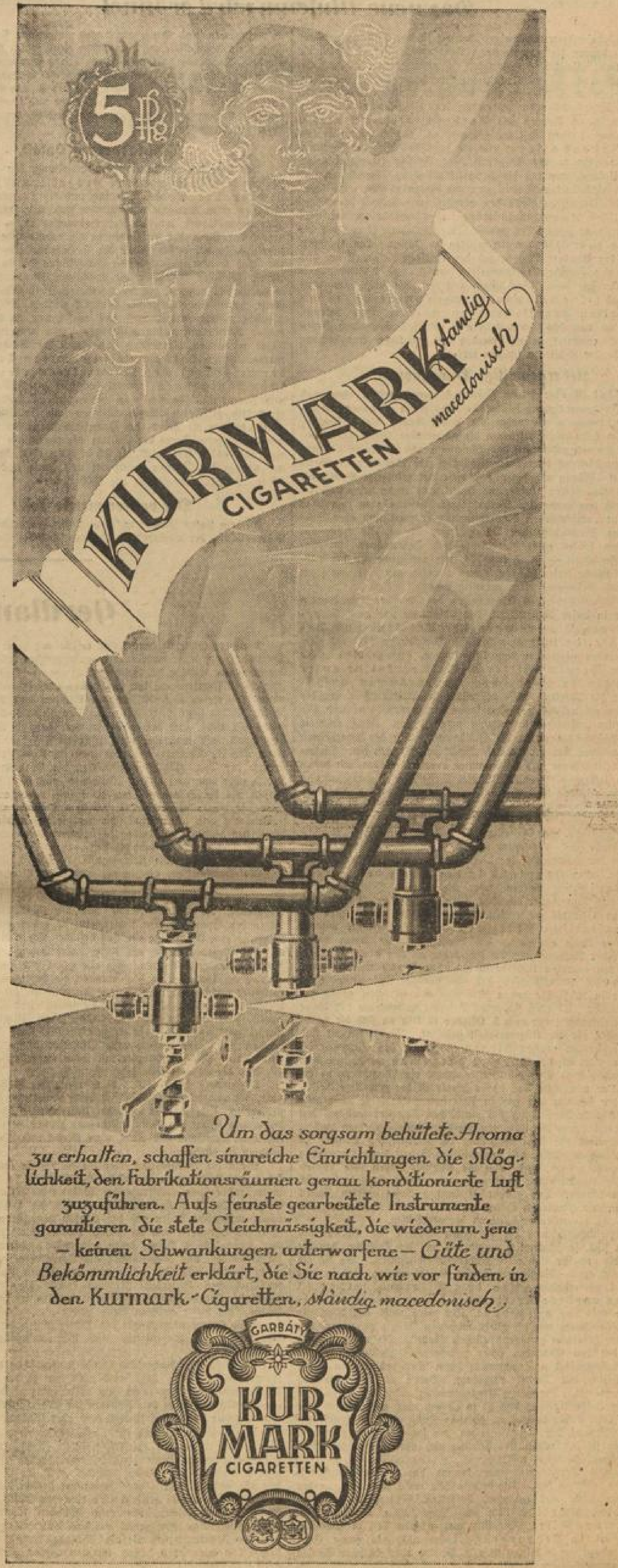
Achtung, Abteilungsleiter! Ausschußsitzung am 1. Oktober 1930.

Selbsthilfebund der Körperbehinderten (Reichsbund Deutscher Krüppel e. V.). Landesverband Berlin-Brandenburg. Geschäftsstelle: SO. 16, Schmidstr. 8a. Es finden folgende Versammlungen statt: Mitte: 13. Oktober im Vereinshaus „Südost“, Michaelkirch- Ecke Wusterhausener Straße. Beginn 8 Uhr. — Tiergarten: 20. Oktober im „Kleinen Gesellschaftshaus“, Stromstr. 28. Beginn 8 Uhr. — Wedding: 2. Oktober im Lokal Schmann, Schönwalder Str. 28. Beginn 8 Uhr. — Prenzlauer Berg: 2. Oktober in den „Berolina-Festsälen“, Schönhauser Allee 28. Beginn 8 Uhr. — Friedrichshain: 1. Oktober im „Tilsiter Vereinshaus“, Tilsiter Str. 64. Beginn 8 Uhr. — Charlottenburg: 18. Oktober im Lokal Bäsich, Schloßstr. 45. Beginn 8 Uhr. — Spandau: 28. Oktober im Lokal Brunner, Falkenhagener Str. 30. Beginn 7½ Uhr. — Schöneberg: 11. Oktober im Lokal Vorbergstr. 11. Beginn 8 Uhr. — Treptow-Köpenick: 9. Oktober im Lokal Streubel, Baumschulen- Ecke Scheiblerstraße. Beginn 8 Uhr. — Lichtenberg: 28. Oktober im Lokal Jungstr. 16. Beginn 8 Uhr.

Landsmannschaft der Schleswig-Holsteiner zu Berlin, Geschäftsstelle S. 14, Prinzenstr. 61. Donnerstag, 2. Oktober, 20 Uhr, im Dresdener Garten, Dresdener Straße 43, Schleswig-Holsteinischer Heimatabend. — Hoch un Platt — för jeden wat. Vorträge, Gesang, Geschäftliches, Berichte, Aufnahme neuer Mitglieder. Gemütliches Beisammensein. Landsleute, Gäste — Damen und Herren — willkommen.

Arbeiter-Radio-Bund Deutschlands E. V., Ortsgruppe Groß-Berlin, Untergruppe Prenzlauer Berg. Donnerstag, 2. Oktober, im Lokal von Klug, Danziger Str. 71, 20 Uhr, Bastelabend. Für Partei- und Gewerkschaftsmitglieder kostenlose Auskunft und Beratung in allen Rundfunkangelegenheiten, spez. Störungen. Gäste jederzeit willkommen.

Kostenloser Unterricht in Gesang und rhythmisch-tänzerischer Gymnastik für Kinder, Jugendliche und Erwachsene wird im Rahmen der Kunstgemeinschaft Koloboro d'Arquis leihkundig erteilt jeden Mittwoch im städt. Jugendheim am Belle-Alliance-Platz 1. Gesang für Kinder (ab 9 Jahr) und Jugendliche ab 17½ Uhr, Tanzgymnastik ab 19¼ Uhr und für Erwachsene ab 20¼ Uhr. Aufnahme jederzeit (auch ohne Vorbildung). Eltern unterstützt unsere neugegründete Arbeiter-Kinder-Sing- und Bewegungsschule.



Fast ein Vierteljahrhundert

Das neue Museum wird eröffnet

Nach zweiundzwanzigjähriger Bauzeit ist das Museumsgebäude am Kupfergraben fertig geworden. Nicht vollständig: es fehlen die Zugangsteile, also die Spreebrücke, die abschließende Säulenhalle, der Portalvorbau — man muß, um überhaupt hineinzugelangen, das Kaiser-Friedrich-Museum oder das Neue Museum durchschreiten und die Ueberbrückungen in einem der Flügelbauten benutzen. Außerdem ist im Innern das Vorderasiatische Museum nur zu einem kleinen Teil fertig geworden. Kein ganz würdiger Zustand also; er gibt ein deutliches Bild der deutschen Situation: ein in der Kaiserzeit über Gebühr imposant aufgezogenes Unternehmen hat die Republik als Erbe übernehmen und mit ihren beschränkten Mitteln zu Ende führen müssen. Die Vollendung des Fehlenden bleibt den nächsten zwei Jahren überlassen; die staatlichen Aufwendungen müssen eben verteilt werden. Es wäre aber nicht zweckmäßig gewesen, die Welt noch länger auf die Eröffnung dieser Sammlungen warten zu lassen. Die Hundertjahrfeier der Berliner Museen gab den richtigen Zeitpunkt an, und die halb provisorische Eröffnungsfeier am 1. und 2. Oktober entspricht sehr gut der Aufrichtigkeit, mit der das arm gewordene Deutschland seine Leistungsgrenzen und seine großen kulturellen Verpflichtungen in einem Atem bekennt. Die Heimat und das Ausland, die in gleicher Spannung diesen Augenblick erwartet haben, werden die glückliche Ausgleichung widerstrebender Kräfte zu schätzen wissen.

Uebergewaltige Dimensionen.

Messel ist über seinen Plänen hinweggestorben, ohne auch nur die Fundamentierung seines Museums erlebt zu haben. Ludwig Hoffmann übernahm die Durchführung dieses Werkes. Im ganzen kann man Hoffmann die notwendige Pietät gegen den größeren Freund zubilligen; das Museum macht in seinem Aeußern ganz jenen Eindruck vornehmer Klassizität, die Messels beste Werke auszeichnet. Fügen wir hinzu, daß diese Art gebildeter Architektur in ihrer akademischen Kühle uns heute nicht mehr zeitgemäß erscheint, daß das großartige Pathos ihrer Riesenfassaden uns allzu sehr an den verschollenen Imperialismus erinnert und eher Ausdruck einer übermenschlichen Distanzierung scheint, als Hülle für die edelsten Güter einer Kontinente und Jahrtausende umspannenden Menschheit — so ist das doch nur entsagend vor der vollendeten Tatsache dieses schönen Baues gemeint, den eine uns schon fernliegende Gesinnung allzu gewaltig begann.

Alle Einwände gegen Einzelheiten des Aeußern wie Innern verblassen in dieser Resignation: das Erstaunen vor den übergewaltigen Dimensionen der Antiken- und Babylonsäle, die selbst amerikanische Verhältnisse übertrumpfen, das Befremden gegenüber dem Unterfangen, ganze Gebäude aus dem Bereich antiker Mittelmeerkultur unter Glasdecken in nordischen Innenräumen aufzustellen; die Empfindlichkeit gegenüber der Nüchternheit, mit der im Innern ein unsichtbarer Sparkommissar gewirtschaftet und alle Möglichkeiten wärmerer Stimmung vereitelt hat. Man erinnert sich der Kosten, die allein die Fundamentierung des ungeheuren Steinbaues über dem berüchtigten „Kolk" verschlungen hat. Diesem gefräßigen Ungeheuer sind die Summen geopfert worden, mit denen man den liebenswürdigen Geist der Messelschen Raumgestaltung hätte materialisieren können.

Haus ohne Namen?

Wie soll man den Messelbau in Zukunft nennen? „Deutsches Museum" bezeichnet nur das eine Drittel, den linken Flügel an der Stadtbahn; die drei Säle mit hellenistisch-römischer Architektur, deren Hauptstück in der Mitte der Pergamonaltar bildet, werden zwar die stärkste Anziehung auf Deutsche und Amerikaner ausüben, können aber dem Ganzen auch nicht ihren Stempel aufdrücken. Am wenigsten aber wird die Vorderasiatische Abteilung im rechten Flügel namenbestimmende Kraft entfalten. Die Weisen und die Laien stehen ratlos vor der Namensfrage, die sich weder an den Erbauer Messel noch an den geistigen Urheber Wilhelm Bode wenden kann.

Ueber die Unmöglichkeit der Aufstellung spätantiker Baufragmente in 20 Meter hohen Museumssälen ist schon genug geäußert worden. Es muß sich jeder Besucher unbefangen mit dieser Frage auseinandersetzen; **vom 3. Oktober 12 Uhr an sind die neuen Sammlungen für die Allgemeinheit geöffnet.** Im Mittelsaal sind die Ueberreste des großen Altars aufgebaut, den Eumenes II. um 170 v. Chr. auf der Burg zu Pergamon weihte, um dem entscheidenden Sieg über die Gallierstämme ein Monument zu errichten. Der wichtigste Teil dieses Werks ist der gewaltige Reliefstreifen, der sich um den ganzen Unterbau zieht; seine machtvolle und hinreißende Darstellung des mythischen Kampfes zwischen den Griechengöttern und den Giganten, die den Himmel stürmen wollen, ist als Symbol für den Sieg über die barbarischen Galater zu deuten. Heute empfinden wir den geistigen Gehalt dieser stürmischen Szenen wohl anders, und selbst die Künstler haben ihre Parteinahme für die Besiegten nicht ganz, wenn auch wohl unbewußt, verbergen können. Das großartige Pathos dieses antiken Barock hat in den uns erhaltenen Teilen den Ausdruck des Leidens bei den Unterlegenen bisweilen erschütternd hervorgehoben.

So gleichgültig uns die klassischen Namen der Götter und Giganten sind, so schmerzlich empfinden wir die Tatsache, daß die der Reliefs und ihr Bau auseinandergerissen wurden. Die Reliefs sind nämlich an die Wände des Saales versetzt worden, weil sie dort besseres Licht erhalten. Von dem Altarbau selber ist nur das vordere Drittel mit der mächtigen Freitreppe wieder aufgebaut. Es wäre wohl das Richtigste gewesen, überhaupt nur die allein wichtigen Reliefs zu zeigen, den Altar aber in einem genügend großen Modell. Die wilhelminische Epoche hat den Gedanken einer naturgroßen Rekonstruktion in einem Museumssaal aufgenommen; dann aber bekam man Angst und hat nur ein Drittel aufgebaut. Damit ist nun eigentlich niemand gedient. Der ganze Fragenkomplex rührt an alle Tiefen unserer geistigen Existenz und ist so einfach nicht zu erledigen. Es kommt letzten Endes darauf an, ob man Kunst als eine Angelegenheit der Bildung, der Repräsentation, des sogen. Prestiges ansieht, oder aber sie der echten Empfindung und dem Herzensbedürfnis des einzelnen überlassen will.

In dem Pergamonmuseum kommt das persönliche Kunstempfinden leicht zu kurz. Die beiden Säle rechts und links, in den Ausmaßen nicht viel geringer, enthalten Bruchstücke von Tempeln, Markthallen und dergl. aus Magnesia, Pergamon, Milet. Sie sind zum größten Teil in Steinguß rekonstruiert, in Lebensgröße, aber nicht als ganze Bauwerke, sondern nur in Einzelteilen, z. B. eine oder ein paar Säulen mit ihrem zugehörigen Gebälk; in dem günstigsten Fall vollständig: in dem des Marktores von Milet aus dem 2. Jahrhundert n. Chr. Es ist nicht ganz klar, für wen diese Mischung aus alten Bautrümmern und Gipsergänzungen aufgeführt sind, für wessen Geist diese Kolossalsäle mit den Resten einer späten Kultur angefüllt wurden. Denn das darf nicht streng genug hervorgehoben werden: wenn die Antike uns noch etwas bedeutet, so kann das nur die griechische sein aus der klassischen Zeit des 6. und 5. Jahrhunderts (Athen, Pästum, Sizilien). Späthellenische und römische Architektur aus der Kaiserzeit, wie sie hier aufgerichtet ist, hat heute nur noch Wert für Archäologen.

Nebukadnezars Palast.

Der Teil der vorderasiatischen Abteilung, den man schon besichtigen kann, ist die sogenannte Prozessionsstraße und das Ischtar-Tor, die von Koldewey und der Deutschen Orientgesellschaft im alten Babylon ausgegraben sind. Sie stammen von dem ungeheuren Palast, den sich Nebuchodonossor II. — der „Nebukadnezar" der Bibel, der die Juden in die babylonische Gefangenschaft führte — in der ersten Hälfte des 6. Jahrhunderts v. Chr. erbaut hat. Aus Hunderttausenden von Bruchstücken sind in dreißigjähriger Arbeit deutscher Gelehrter die mächtigen Mauerbekleidungen zusammengesetzt worden; die nachweisbaren Zwischenstücke wurden ergänzt, damit ein einheitlicher Eindruck entsteht. Hier war die Ergänzung möglich und sinnvoll, weil es sich nur um die Dekorierung glatter Wände mit farbig glasierten Ziegeln handelte und die Vorbilder vorhanden, Abmessung und Form der Bauten nachweisbar waren. Man bekommt einen starken Eindruck von der ursprünglichen Mächtigkeit dieses babylonischen Königshaus, obwohl auch hier das Zusammengedrängte und Fragmentarische sich nicht verleugnet. Gewaltige Friese von gleichartig gebildeten Löwen, Stieren und Fabeltieren in Flachrelief begleiten die Wände der Prozessionsstraße des Gottes Marduk wie des äußeren Tores des Ischtar; der wesentliche Eindruck ist der einer fabelhaften Farbigkeit, die sich in Blau, Gelb, Weiß und Braun auf ungeheuren Flächen ausbreitet und heute noch fast mit derselben Leuchtkraft wirkt wie vor 2500 Jahren.

Der vollkommenste Teil.

In dem linken Flügel, mit dem Kaiser-Friedrich-Museum durch Ueberbrückung der Stadtbahn verbunden, sind die Schätze deutscher und altniederländischer Kunst untergebracht. Jeder Besucher des Kaiser-Friedrich-Museums hat die Häufung der Kunstwerke dort bedauert. Jetzt ist dort Raum geschaffen worden; Geheimrat Friedländer hat bereits die holländischen und flämischen Bilder in den freigewordenen Sälen nach dem Kupfergraben zu gehängt, und man kann die lockere und geschmackvolle Neuordnung mit dankbarem Aufatmen begrüßen. Noch viel intensiver ist die Raumweite in den neuen Sälen des Messelbaus der deutschen Kunst zugute gekommen.

In zwei Geschossen sind Gemälde, Skulpturen, Altäre und Kleinkunst deutscher Herkunft von der Völkerwanderung bis zum Ende des 18. Jahrhunderts eingeordnet. Das (etwas zu hohe) Erdgeschoß ist mit einheitlicher Holzdecke, aber deutlich betonter Unterteilung der langobardischen, romanischen und gotischen Zeit bis etwa 1430 überlassen. Schon hier findet man vieles Neue und Unbekannte — vor allem Architekturteile und eingemauerte Skulpturen —, und das aus dem Kaiser-Friedrich-Museum Bekannte hat durch weiträumige Aufstellung und Beleuchtung einen ganz neuen und lebendigen Akzent erhalten. Im Obergeschoß reihen sich Kabinette mit Seitenlicht und Säle mit Oberlicht in drei Reihen aneinander, enthaltend die Kunst der deutschen Blütezeit von 1430 bis zum Rokoko und die altniederländische Malerei (von van Eyck bis zu Breughel), die ihr völlig artverwandt ist. Die Art der Aufstellung kommt nicht allen Kunstwerken gleichmäßig zugute. Mit Ausnahme der großen, wie Dürer, Holbein, Cranach, der Niederländer usw. sind Malerei und Skulptur gemischt, und man kann sagen, daß diese, im einzelnen glücklich, ja geistreich durchgeführte Kombination der Bildhauerei oft besser bekommt als der Malerei, und daß das Moment des Abwechslungsreich-Unterhaltsamen wohl das Bestimmende hierbei war. Aber das ist, angesichts der Aufgabe der Museen, in erster Reihe dem Volk und nicht den Gelehrten zu dienen, grundsätzlich als der rechte Weg zu bezeichnen. Man gewinnt hier einen wahrhaft überwältigenden Eindruck von der Fülle bildender Schöpferkraft im Deutschland des ausgehenden Mittelalters, und die Untrennbarkeit und Verflochtenheit aller Kunstübungen jener Zeit ist wohl kaum auf bessere Art wiederzugeben als mit solcher Vermischung. Es kommt hinzu, daß die Qualität der Dinge in diesen Räumen und durch diese Aufstellung durchaus gewonnen hat, und daß die Fülle des bedeutenden Neuen in allen Teilen höchlich überrascht und beglückt; so daß wir das Deutsche Museum als den vollkommensten Teil der neuen Sammlungen bezeichnen können.

Paul F. Schmidt.

Gerdland: Die andere Seite

Die enge Gasse ist des Nachts erfüllt von einer seltsam fahlen Dunkelheit, von einer unheimlichen, gespenstischen Stille. Ein Jeder, der zu später Stunde die Gasse entlanggeht, weiß es: hinter diesen schmierigen Fenstern mit den knallgelben oder blutroten Vorhängen wohnt lichtscheues Gesindel, wohnen Lumpen und Verbrecher, verkaufen Dirnen letzte Liebesluft . . . Aus diesen Kellern dringt nur selten ein Laut, und die Stille in der Gasse ist deshalb so beängstigend, weil man nur ahnt, nicht weiß . . . Das alles hier wirkt wie ein Tonfilm, vor dem man im Kino sitzt, und plötzlich versagt der Ton, plötzlich gestikulieren die Darsteller mit offenem Mund, aber man hört nichts. Tatsächlich, auch die Häuser der Gasse wirken wie die Dekoration, wie die Kulisse eines expressionistischen Films, so bizarr stieren die Giebel in den fahlen Nachthimmel, so merkwürdig gelb und hilflos schwelen die funzelnden Gasflammen hinter den trüben Glasscheiben der uralten Kandelaber, so winkelig sind die Treppen, so krumm die Tore.

Ja, das ist also die Krämergasse.

Die Herrschaften, die immer und überall auch die „andere Seite" in Augenschein nehmen, die auf ihren Ausflügen um die Erde, in den Metropolen und Hafenstädten die „Unterwelt", die Toppkeller, die Chinesenviertel und die Gefängnisse besichtigen, folgen den Spannern, den Schleppern; sie gehen ein paar Schritte, biegen in eine Querstraße ein, und befinden sich in dieser mittelalterlichen, verrufenen Gasse mit ihrer unheimlichen Stille, mit ihrer sinnebetrübenden Düsternis. Sie alle gehen nur auf der einen Seite der Gasse. Nur hier brennen die Laternen, nur hier gibt es hinter verschlossenen Türen jene Attraktionen, die auf „Fremdenverkehr" und „Nervenkitzel", auf „Sensation" und „Rausch, Sünde, Erotik, Nacktheit, Hysterie und Ekstase", auf „Unflat", „faustdicke Gemeinheit" und was weiß ich zurechtfrisiert sind. Aber die Herrschaften sehen nur nachgemachte „Unterweltkönige", nur imitierte Sünde, nur Pseudohochstapler mit ihren Herzallerliebsten.

Und die andere Seite sehen sie nicht . . .

Die andere Seite . . . Nun, wenn die Gasse abgeschminkt, grau, unromantisch, baufällig sich beim unbarmherzigen Tageslicht präsentiert, sieht man den krassen Unterschied. Die andere Seite, die andere Front der Gasse besteht aus großen Häusern; ganz sachlich, ohne Schnörkel und Stuck, ohne Giebel und Zinnen ragen und wuchten sie empor.

Wenn die Dämmerung über die Hafenstadt sinkt, dann begibt sich in der Krämergasse folgendes: Die Portiers, die Minuten später in tressenübersäter, goldstrotzender Uniform die Schaukästen vor die Eingänge der Vergnügungspaläste hängen, die Bardamen, die ihre üppig wogenden Busen auf den Theken deponieren, die Original-american-Barmixer, und die vielen, vielen „Girl" titulierten Mädchen, deren schöne Beine, deren wippenden, nackten Brüste, deren Lächelmünder und Kitzellöckchen als Tanzeinlage zum Dessert gereicht werden, alle, die mit einem krampfigen Lachen, mit einer feuchtfröhlichen Heiterkeit Minuten später die kristallene, kalte, funkelnde Vergnügungsmaschinerie ankurbeln werden, gehen dann in die Tore dieser anderen Seite hinein . . . Diese andere Seite der Gasse besteht nämlich aus den Hinterfronten der Amüsierlokale; hier liegen die Lieferanten- und Bühneneingänge der Luxusrestaurants.

Um diese späte Nachmittagsstunde trotten schon die ersten Liebefrauen ihren Strich. Jetzt wird nicht nur in die Ballhäuser das Menschenmaterial eingeliefert, jetzt rüstet sich auch die andere Seite der „Sensationen" für den Zustrom der Schaulustigen, schminkt sich wie eine alte Dirne, auf kindlich naiv oder sündhaft lockend.

Und dieser Nachmittag ist so wie alle anderen in der Krämergasse. Die klein-, ja: spießbürgerlichen Animiermenschen gehen durch die massiven Hintereingänge, und „drüben" frisieren sich abgebaute Kommis auf „Knüpptuchlude" . . . Es ist ein Nachmittag wie alle anderen hier. Vom Hafen her heulen die Schiffssirenen, und vom Hippodrom erklingt eine blecherne Musik . . . Aber die Girls, diese niedlichen, nützlichen Mädchen kommen heute nach wenigen Minuten schon zurück aus dem Bühneneingang des Musichall, die Figurantinnen, die als Staffage, nackter als nackt, dazustehen und auszusehen haben, kommen wieder. Entlassen! Nachts wird eine Lücke in den hastenden Leuchtpropaganden entstehen, denn das Haus ist geschlossen. Bankrott, oder so etwas ähnliches . . . All diese Mädchen, denen das „Rechtes Bein hoch, linkes Bein hoch", das Brüstewippen und Spagatmachen nichts anderes war als die Arbeit etwa in einer Konservenbüchsenfabrik, an der Schreibmaschine oder im Haushalt, sie alle sind plötzlich brotlos geworden.

So geht im Dämmerschein des Abends der traurige Zug der Mädchen durch die enge Gasse. Matrosen und junge Burschen auf halbem Wege zum Bordell gehen vorbei; Branntweinatem, Blicke und Worte umlauern die Mädchen.

Auf der anderen Seite leuchten schon die Laternen, hinter den knallgelben und blutroten Vorhängen wird schon Betrieb gemacht.

Zuweilen löst sich ein Mädchen aus dem Zug und hängt sich bei einem Matrosen ein. Einige gehen auf die andere Seite und verschwinden in den Kellern; ohne Gruß, scheu und ergeben. Werden sie den vergnügungssüchtigen Fremden das Dirnendasein nur vorgaukeln: auf der anderen Seite!

Bald wird es Nacht sein, dann ist die Gasse erfüllt von einer fahlen Dunkelheit, von einer unheimlichen, gespenstischen Stille.

Beethoven ist unproletarisch

Das Moskauer Abendblatt „Weschernaja Moskwa", das amtliche Organ des Moskauer Stadtsowjets, brandmarkt in seiner Nummer vom 20. September die unpolitische Aufmachung des musikalischen Teils der Moskauer Rundfunkprogramme, und zwar mit folgenden Worten:

„Wie gewöhnlich beschwört und beteuert es der Ansager allabendlich am Mikrophon, die Musik Beethovens sei dem Proletariat durchaus „geistesverwandt" . . . Und dann ertönt ein Lied, in dessen Wortlaut wir es mit einer ganz klaren Ideologie zu tun haben, die keinesfalls willkürliche und subjektive Deutungen zuläßt. Hier dürfen wir also erwarten, daß die harmonische Uebereinstimmung des „fast proletarischen" Beethoven mit dem Pathos des Aufrufes unserer Zentralexekutive garantiert sei! Hören wir die Antwort Funk-Beethovens auf den Aufruf der Zentralexekutive: „In dieses Grabes Dunkel laß' entschlummert mich fein! — Benetze weinend meine Asche nicht mit eitlem Schmerz!" „In dieses Grabes Dunkel" ist ein herrliches Lied; doch wie richten wir es ein, daß es uns wirklich stark und genial klingt, nicht aber — töricht und taktlos? Auf diesen Gedanken sind unsere Musikforscher noch nicht verfallen."

Es bleibt zu hoffen, daß nach diesem Verweis des amtlichen Blattes die sowjetisierten Beethoven-Texte nicht mehr lange auf sich warten lassen werden. Denn was wäre wohl leichter getan, als diesem Liede etwa ein paar Schlagworte aus dem letzten Leitartikel der „Prawda" zugrundezulegen.

Das Rasierklingenwunder

Läßt man eine stumpfe Rasierklinge etwa vier Wochen unbenutzt, so regeneriert sie sich wieder — sie wird scharf und kann neuerdings benutzt werden. Legt man sich eine Mappe von 31 Rasierklingen an, von denen man täglich je eine benutzt und an seine Datumstelle wieder in die Mappe zurücklegt, so kann man die Klingen mehrere Monate lang benutzten, ohne sie neu schleifen zu müssen. Worauf beruht diese Erscheinung?

Unterm Mikroskop zeigt die Rasierklinge eine nicht völlig gradlinige Form, auch wenn sie nicht gebraucht ist. Doch sind die Einbuchtungen klein. Eine gebrauchte Klinge aber zeigt zahlreiche Risse von wechselnder Gestalt. Aus diesen Rissen heraus „wächst" der Stahl durch einen Vorgang, den man mit dem Kristallwachstum vergleichen kann — der vielleicht auch letzten Endes ein Anwachsen kleiner Eisenkristalle vorstellt —, die hinzuwachsenden sehr dünnen Schichten stellen an sich eine neue Schärfung vor, sie verdünnen zudem noch den Rand, von dem sie entsprungen sind. Dadurch wird die Klinge neuerdings scharf. Aber diese Schärfe ist stets etwas „kratzend", weil die Schneide uneben bleibt. Die vorschießenden Teilchen füllen nämlich die durchs erste Rasieren entstandenen Einbuchtungen keineswegs ganz aus, so daß die durch Liegen scharf gewordene Klinge nicht so gradlinig begrenzt ist wie eine neue. Immerhin kann man auf solche Weise die gleiche Klinge mehrmals benutzen und spart daher im Laufe eines Jahres eine beträchtliche Summe.

Wirtschafts- und Finanzplan der Regierung

Der Wortlaut des Regierungsprogramms.

Wir veröffentlichen im folgenden den Wortlaut des Wirtschafts- und Finanzprogramms der Reichsregierung:

Die Reichsregierung hat zugesagt, dem neuen Reichstag eine umfassende Vorlage zur Sanierung der Reichsfinanzen und zur Gesundung der deutschen Wirtschaft zu machen. Diesem Versprechen kommt sie nach. Sie unterbreitet ihre Vorschläge dem deutschen Volk. Die Maßnahmen stellen einen einheitlichen Plan dar. Sie sind in erster Linie auf das gestellt, was im Augenblick finanziell geboten und wirtschaftlich möglich ist. Der Plan gibt aber zugleich den Ausblick auf das, was in Weiterführung der vom Augenblick geforderten Maßnahmen geschehen muß.

Die Vorschläge sind geboren aus der Not der Zeit. Der Zusammenbruch aller Preise der Rohstoffe wie der landwirtschaftlichen Produkte auf dem Weltmarkt hat gezeigt, daß die wirtschaftlichen Anschauungen der Nachkriegszeit, welche davon ausgingen, daß die Völker unter wesentlich höheren Preisen leben würden, also die Kaufkraft des Goldes eine verringerte sein werde, einer Revision bedarf. Zwar ist die Rückwirkung jener Umwälzung noch nicht bis zu allen Bedarfsartikeln unseres Volkes durchgedrungen. Die Höhe der

von Gehalt und Löhnen, von Steuern und Soziallasten bedingten Gestehungskosten

steht hemmend im Wege. Wohl aber hat eine starke Lähmung in der Aufwärtsentwicklung der Weltwirtschaft und der einzelnen Volkswirtschaften Platz gegriffen, die zu einer schweren Wirtschaftskrise geführt hat. Deutschland schien außerdem die aus Krieg, Revolution und Inflation erwachsenen Schwierigkeiten in den vergangenen Jahren steigend dadurch zu überwinden, daß es seine Wirtschaft mit gewaltigen Kapitalzufuhren aus dem Auslande, die in die Milliarden gehen, entwickelte. Diese Periode ist abgelaufen, und an die Stelle der Kapitaleinfuhr trat die Kapitalausfuhr, welche notwendig war, die aufgenommenen Verpflichtungen zu verzinsen und zu tilgen und die Lasten des verlorenen Krieges abzutragen. Die Folge dieser Umkehrung ist der Mangel an Kapital, sind die hohen Zinsen, weiterhin die Unlust der Wirtschaft, irgendwelche Investierungen vorzunehmen, und die steigende Arbeitslosigkeit. Unnötig verschärft wurde die Lage dadurch, daß deutsche Staatsbürger in Sorge um die Zukunft in unverständiger und unverantwortlicher, die Nation und ihre Wirtschaft schädigender Weise ihr Vermögen und Geld in das Ausland geschafft haben.

Das Ergebnis der zurückgehenden Wirtschaft ist ständig steigender Aufwand für die immer noch an Zahl wachsenden Arbeitslosen und hartnäckiger und andauernder Rückgang der Steuereinnahmen. Die vor uns stehende Aufgabe ergibt sich aus diesen Tatsachen. Zunächst gilt es, einen geordneten und ausgeglichenen Etat für das kommende Jahr aufzustellen, damit das erschütterte Vertrauen in unsere Finanzwirtschaft wieder hergestellt und damit unserer Wirtschaft neuer Wille, sich zu betätigen und Arbeit zu schaffen, gegeben wird. Die Unterstützung der Arbeitslosen ist ein Nachteil, sie behandelt nur die Folgen und beseitigt nicht die Ursachen. Es geht darum, die Ursache, das Daniederliegen der Wirtschaft zu bekämpfen und über den Tiefpunkt, an dem wir stehen, hinwegzukommen. Sieht man die Aufgabe so an, dann verbietet sich gerade im Interesse der zur Zeit arbeitslosen, aber arbeitswilligen Elemente jede neue Belastung der Produktion, vielleicht ist

die Entlastung der produktiven Stände

zu fördern nicht nur von unmittelbaren Ausgaben, sondern auch von unnötigem Schreibwerk und Aerger. Eine umfassende Vereinfachung — vor allem des Steuerwesens — ist eine Notwendigkeit. Nicht höhere Steuern, sondern allein Sparmaßnahmen, Entlastung, die Wiederherstellung des Vertrauens sind die Grundideen, die uns führen müssen. Darauf sind unsere Vorschläge aufgebaut. Wir legen sie vor in dem vollen Ernst der Verantwortung, welche die Regierung für das Schicksal Deutschlands trägt. Wir werden sie lösen, indem wir darauf vertrauen, daß das deutsche Volk und seine Vertreter sich entschließen, den Kampf der einzelnen Gruppen und Parteien untereinander zurückzustellen, um mit vereinten und so verstärkten Kräften den Kampf für den Wiederaufstieg zu führen.

I. Reichshaushalt.

1930.

Für das Haushaltsjahr 1930 muß mit einem Fehlbetrage von 750 bis 900 Millionen gerechnet werden. Hiervon entfallen etwa 300 Millionen auf die kommenden Anforderungen der Fürsorge für die Arbeitslosen, etwa 450 bis 600 Millionen auf den Rückgang der Einnahmen infolge der weiteren Verschlechterung der Wirtschaftslage. Die Abdeckung dieses Fehlbetrages wird in den Haushalten der nächsten drei Jahre aus einem besonderen Fonds erfolgen. Durch ein sofort zu verabschiedendes Gesetz wird die Bildung dieses Fonds sichergestellt. Dadurch wird die Beschaffung eines Ueberbrückungskredits ermöglicht und seine Verzinsung und Rückzahlung gewährleistet.

1931.

Durch die Gesamtheit der zu treffenden Maßnahmen wird die Ausgabenseite des Reichshaushalts gegenüber dem Jahre 1930 um rund 1 Milliarde gesenkt. Dadurch werden die Einnahmenrückgänge, mit denen das Reich etwa in gleicher Höhe rechnen muß, aufgewogen.

Der Ausgabensenkung dienen die folgenden Maßnahmen:

1. Gehaltskürzung.

Die Gehaltsbezüge des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers, sowie der Reichsminister und damit gleichzeitig die Diäten der Abgeordneten werden um 20 Proz., die Dienstbezüge der Reichsbeamten sowie die Versorgungsbezüge der Wartegeldempfänger und Ruhegeldempfänger um 6 Proz. gesenkt. Die Senkung erfolgt vom 1. April 1931 ab für die Dauer von drei Jahren. Mit dem gleichen Zeitpunkt fällt die Reichshilfe fort. Von der Kürzung ausgenommen sind die Kinderzulagen. Personen, deren kürzungspflichtige Bezüge 1500 M. jährlich nicht übersteigen, sind von der Kürzung befreit. Durch die Senkung der Bezüge wird für das Reich eine Ersparnis von 120 Millionen Mark erzielt.

Bei der Reichsbahn und der Reichsbank kommen entsprechende Kürzungen in Betracht.

Die Reichsregierung hofft, daß die Beamtenschaft, die sich stets als Stütze des Staates bewährt hat, auch in dieser schweren Zeit willig dieses vorübergehende Opfer im Interesse der Allgemeinheit auf sich nehmen und dadurch die Maßnahmen unterstützen wird, die eine Senkung des gesamten Unkosten- und Preisstandes in Deutschland zum Ziel haben.

2. Kürzungen der Ueberweisungen.

Die Senkung der Beamtengehälter in gleichem Maße bei Ländern und Gemeinden gestattet eine Kürzung der Ueberweisungen um etwa 100 Millionen.

Durch den Rückgang der Einnahmen tritt voraussichtlich eine weitere Kürzung der Ueberweisungen für Länder und Gemeinden um rund 288 Millionen ein.

3. Arbeitslosenversicherung.

Der Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben der Arbeitslosenversicherung soll künftig ohne Inanspruchnahme des Reichshaushalts sichergestellt werden. Der Anteil des Reichs an dem Aufwand für die Krisenfürsorge wird im Haushalt auf 420 Millionen Mark begrenzt. So werden die Schwierigkeiten beseitigt, die bisher stets dadurch entstanden sind, daß die Belastung des Haushalts für die Zwecke der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge nicht von vornherein bestimmt waren.

Eine grundlegende Reform der Arbeitslosenversicherung wird vorbereitet.

4. Abstriche im Reichshaushalt.

Die Ausgabensätze bei den Einzeletats werden gegenüber dem Jahre 1930 um rund 300 Millionen vermindert. Die Abstriche sind bereits mit Zustimmung der beteiligten Reichsministerien durchgeführt. Wenn auch an einzelnen

schmerzhaften Abstrichen selbst bei den sozialen und kulturellen Aufgaben

nicht vorbeigegangen werden konnte, so liegt doch der Schwerpunkt der Einsparungen bei den reinen Verwaltungsausgaben. Die Beseitigung von Behörden wie des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete, der Reichsvermögensverwaltung, des Rheinland-Kommissars, des Reichsausgleichsamts und der Vertretung des Reichs in Bayern, die erheblichen Kürzungen des Aufwands für andere Behörden, wie der Zentrale für Heimatdienst auf die Hälfte und des Statistischen Reichsamts um ein Viertel, geben Zeugnis von diesem Bestreben.

Der Ausgleich im Haushalt 1931 setzt voraus, daß Ledigensteuer und der 5prozentige Zuschlag zur Einkommensteuer aufrechterhalten bleiben. Durch stärkere Belastung des Tabaks unter Schonung der deutschen Erzeugung soll ein Mehrbetrag an Zöllen und Steuern von 167 Millionen Mark gewonnen werden. Im übrigen werden neue Steuerbelastungen vermieden. Wenn trotzdem der Einnahmeausfall auf insgesamt 1 Milliarde angenommen wird, so wird durch diese vorsichtige Schätzung verhindert, daß der Haushalt wieder durch Steuerausfälle erschüttert werden kann.

II. Länder und Gemeinden.

1. Gehaltskürzung.

Die Bezüge der Beamten und Abgeordneten werden wie beim Reich gekürzt.

Soweit heute noch Länder, Gemeinden und andere Körperschaften des öffentlichen Rechts günstigere Bezüge als das Reich gewähren, wird eine entsprechende Revision der Gehaltsregelung erfolgen.

2. Einheitliche Sparmaßnahmen.

Um die Durchführung einheitlicher Spargrundsätze in Reich und Ländern zu sichern, sollen mit den Ländern Vereinbarungen über eine Mitwirkung des Reichs bei der Haushaltsaufstellung der Länder getroffen werden.

3. Verschärfte Haushaltskontrollen.

Das Haushaltsrecht der Länder und Gemeinden soll den strengen Grundsätzen des Reichs angepaßt werden, soweit dies bisher nicht geschehen ist.

Soweit die Gemeinden nicht bis zum 31. März 1931 eine von der Gemeindeverwaltung unabhängige Rechnungsprüfung eingeführt haben, wird eine solche Prüfung durch reichsgesetzliche Vorschrift geschaffen werden.

4. Sparsamere Rechtspflege.

Ein Gesetzentwurf über Ersparnismaßnahmen auf dem Gebiete der Rechtspflege wird vorbereitet.

5. Verwaltungsvereinfachung.

Die Bestrebungen auf eine Verminderung der lokalen Verwaltungs- und Gerichtsbehörden in den Ländern unter Anpassung ihrer Bezirke an die modernen Verkehrsverhältnisse werden mit Nachdruck gemeinsam mit den Ländern betrieben werden.

III. Vereinfachung des Steuersystems.

Die Reichsfinanzverwaltung kostet über 500 Millionen Mark, der Unkostenkoeffizient beträgt mehr als 4½ Prozent. Wenn wir uns auch mit England, wo der Unkostenkoeffizient unter 2 Prozent liegt, wegen seiner ganz anders gearteten Einkommens- und Vermögensverhältnisse nicht vergleichen können, so müssen wir doch danach streben, zu einer wesentlichen Verbilligung der Finanzverwaltung zu gelangen. Das erscheint auch deswegen erforderlich, weil erstens nicht mit Unrecht über die Kompliziertheit des deutschen Steuersystems geklagt wird, worunter die Steuerwilligkeit auch des loyalen Zensiten auf die Dauer leiden muß, und weil zweitens sich die Steuerbehörden heute zuviel mit unlohnenden und unproduktiven Aufgaben befassen und dadurch von denjenigen Arbeiten abgelenkt werden, die größeren finanziellen Erfolg versprechen. Aus diesen Gedankengängen heraus wird ein Gesetzentwurf zur Vereinfachung des Steuersystems vorgelegt, aus dem folgendes besonders hervorgehoben sei:

1. Vereinfachte Besteuerung der Landwirtschaft.

Die Landwirtschaft hat heute Einkommensteuer, Reichsvermögensteuer und Grundvermögensteuer zu zahlen. Die Reichsvermögensteuer soll künftig für Vermögen bis zu 20 000 M. allgemein fortfallen. Dadurch wird ein nicht unerheblicher Teil der Landwirtschaft reichsvermögensteuerfrei werden. Die Einkommensteuer, die die Landwirtschaft zahlt, schwankt schon seit Jahren zwischen 70 und 75 Millionen Mark. Die Veranlagungskosten sind außerordentlich hoch und stehen in keinem Verhältnis zum Aufkommen. Daher sollen künftig die Grundvermögensteuer, die Reichsvermögensteuer und die ersten 10 Proz. der Einkommensteuer (also für die ersten 8000 M. des Einkommens) durch die Einheitssteuer abgegolten sein. Zugrunde gelegt wird der Einheitswert im Sinne des Reichsbewertungsgesetzes, also ein Ertragswert. Dem Umstand, daß die Vermögensteuer künftig für kleine Vermögen (bis zu 20 000 M.) fortfallen soll, und daß kleinere Landwirte wegen der Familienermäßigungen usw. vielfach heute tatsächlich einkommensteuerfrei sind, wird durch eine gewisse Degression Rechnung getragen. Da bei der Einkommensteuer und Reichsvermögensteuer Schuldzinsen bzw. Schulden abgezogen werden, nicht dagegen bei der Grundvermögensteuer, soll künftig bei der Einheitssteuer ein Teil der Schulden abgezogen werden können. Die Höhe der Steuer, die in Tausendsteln des Einheitswertes erhoben wird, sollen, wie das bereits heute bei der Grundvermögensteuer der Fall ist, die Länder und Gemeinden bestimmen, denen diese Steuer allein zufallen soll. Dadurch wird ein alter Wunsch der Landwirtschaft, daß ihre Steuern möglichst den lokalen Steuergläubigern zufließen, erfüllt. Eine Erhöhung der heutigen Gesamtsteuerlast der Landwirtschaft kommt ebensowenig in Frage wie eine progressive Flächensteuer. Die ganze Maßnahme soll vielmehr lediglich der Vereinfachung und der gerechten Behandlung der Steuerzahler dienen.

2. Vereinfachte Besteuerung der Kleingewerbetreibenden.

In ähnlicher Weise wie bei der Landwirtschaft ist auch bei den Kleingewerbetreibenden eine Vereinheitlichung ihrer Steuern in Aussicht genommen. Die Grundlage muß hier naturgemäß der Gewerbeertrag bilden.

Durch die Maßnahmen zu 1 und 2 wird es gelingen, die Zahl der zur Einkommensteuer zu veranlagenden Steuerzahler auf 1 Million zu beschränken und dadurch die Verwaltung erheblich zu verbilligen.

3. Einheitsbewertung und Vermögenssteuer.

Die Vermögenssteuerfreigrenze soll auf 20 000 M. erhöht werden. Dadurch wird sich die Zahl der vermögenssteuerpflichtigen Personen von 1 708 000 um 854 000, also um mehr als die Hälfte ermäßigen. Auch darin liegt für die Verwaltung eine bedeutende Ersparnis, die den zunächst rechnerisch eintretenden Ausfall (etwa 16 Millionen Mark) auf die Dauer erheblich übersteigen wird.

Für das landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Vermögen und für das Grundvermögen soll die Einheitsbewertung künftig nur in Zeitabständen von sechs Jahren vorgenommen werden. Das hat sich als erforderlich erwiesen, weil die sich über das ganze Reichsgebiet erstreckenden Bewertungs- und Veranlagungsarbeiten innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren nicht mit der gebotenen Gründlichkeit vorgenommen werden können.

Für das landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Vermögen sowie für das Grundvermögen soll die Zustellung der Einheitswertbescheide durch die Offenlegung der Einheitswerte ersetzt werden. Dadurch werden an Stelle von 10,6 Millionen Einheitswertbescheiden künftig nur noch 1,6 Millionen Bescheide zuzustellen sein.

Die Neufeststellungen des Vermögens sollen unter Erleichterungen ihrer Voraussetzungen künftig nur noch auf den Schluß eines Jahres vorgenommen werden.

4. Umsatzsteuer.

Unternehmungen mit einem Gesamtumsatz von nicht mehr als 5000 M. sollen fortab der Umsatzsteuer nicht mehr unterliegen. Auch dies liegt im Sinne der oben angedeuteten Tendenz, die Verwaltung von unlohnenden Arbeiten nach Möglichkeit zu befreien.

Das Zwischenhandelsprivileg des § 7 des Umsatzsteuergesetzes soll seiner ursprünglichen Bestimmung gemäß auf den Großhandel beschränkt werden.

5. Das Steuervereinheitlichungsgesetz,

und zwar das Grundsteuerrahmengesetz, das Gewerbesteuerrahmengesetz und das Steueranpassungsgesetz, sollen erneut vorgelegt werden, um die Vereinheitlichung der Besteuerungsgrundlagen und damit auch die Voraussetzungen für eine organische Regelung der Realsteuern bzw. eine Senkung der Realsteuern zu schaffen.

6. Das Steuermilderungsgesetz

läuft, soweit es steuerliche Erleichterungen für wirtschaftlich gebotene Betriebszusammenschlüsse betrifft, am 30. September 1930 ab. Eine allgemeine Verlängerung ist nicht in Aussicht genommen, weil es seine Aufgabe im wesentlichen erfüllt hat. Würde es in seiner jetzigen Gestalt weiter gelten, so würde, da es mehr auf größere als auf die mittleren und kleineren Betriebe zugeschnitten ist und dadurch die Zusammenballung großer Unternehmungen bevorzugt, auch die Gefahr volkswirtschaftlich unerwünschter Transaktionen nicht ganz von der Hand zu weisen sein.

Zur Erleichterung und Verbilligung der deutschen Kreditversorgung und zur Verhinderung von Gründungen im Auslande schlägt die Reichsregierung jedoch auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 9. Juni 1930 eine Senkung der Verkehrssteuer derart vor, daß der Satz der Gesellschaftssteuer allgemein 2 Prozent, bei Vollfusionen, Umwandlungen und Sanierungen 1 Proz., die Grunderwerbssteuer bei Einbringung von Grundstücken in Betriebe zwei Prozent betragen und die Wertzuwachssteuer in solchen Fällen wegfallen soll. Die Wertpapiersteuer soll künftig, gleichviel ob es sich um Inlands- oder Auslandsanleihen handelt, einheitlich 1 Prozent betragen. Der Verordnungsentwurf wird dem Reichsrat und dem Steuerausschuß des Reichstages zur Zustimmung vorgelegt werden.

IV. Neuregelung der Wohnungswirtschaft.

Die Reichsregierung wird die Linie der Wohnungsbaupolitik, die in ihrem zusätzlichen Bauprogramm des Jahres 1930 vorgezeichnet ist, grundsätzlich weiterverfolgen. Oeffentliche Mittel werden nur noch da eingesetzt werden, wo ein wirklicher dringender Bedarf vorhanden ist, und sie werden ausschließlich zur Beseitigung der Wohnungsnot und des Wohnungselends der bedürftigen Schichten unseres Volkes verwendet werden. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Neubauwohnungen unter Wahrung der gesundheitlichen und sozialen Mindestforderungen dem allgemeinen Notstande unseres Volkes angepaßt werden. Die Finanzierung muß weit stärker als bisher auf die Erzielung tragbarer Mieten abgestellt werden. Soweit dieses Ziel nicht durch Kapitalhergabe (Hauszinssteuerhypotheken) allein erreicht werden kann, wird die Verbilligung der Mieten durch besondere Miets- und Zinszuschüsse erfolgen.

Gleichzeitig wird sich die Reichsregierung die Erhaltung des Altwohnraums in Stadt und Land durch Bereitstellung öffentlicher Mittel angelegen sein lassen.

In Ausführung dieser Grundsätze werden im Haushaltsjahr 1931 bis zu 215 000 Wohnungen erstellt werden, und zwar werden 165 000 Kleinwohnungen einfachster Art mit Hilfe von Hauszinssteuermitteln, und bis zu 50 000 Wohnungen ausschließlich aus dem Kapitalmarkt finanziert. Es soll dabei besonders die Aussiedlung aus den Großstädten, möglichst durch die Errichtung von Wirtschaftsheimstätten in ländlichen und vorstädtischen Gebieten angestrebt werden.

Außerdem sollen, abgesehen von der Instandhaltung des Altwohnraums, 40 000 000 Mark für die Errichtung von Gebäuden in der ländlichen Siedlung verwandt werden.

Das Programm wird wie folgt finanziert:

1. 400 Millionen Mark werden aus Hauszinssteuermitteln zur Verfügung gestellt und ausschließlich in den Orten dringenden Bedarfs eingesetzt werden.

2. Weitere 400 Millionen Mark werden im Wege der Einzelbeleihung oder durch Anleihen aufgebracht werden. Bei

der Beschaffung wird das Reich erforderlichenfalls seine Hilfe zur Verfügung stellen.

3. Wohnungen werden mit diesen Mitteln nur in den Orten dringenden Bedarfs gebaut.

4. Der rechtzeitige Beginn und eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Bautätigkeit im Jahre 1931 werden durch ausreichende Zwischenkredite sichergestellt.

5. Zur Erzielung tragbarer Mieten für die besonders bedürftigen Volksschichten in den 1931 zu erstellenden Wohnungen können aus den Hauszinssteuermitteln Zins- und Mietzinszuschüsse gewährt werden.

6. Die Mittel, die zur Finanzierung des Bauprogramms vom Reich aufgebracht werden müssen, werden auf die dem Wohnungsbau noch vorzubehaltenden Hauszinssteuermittel der Länder umgelegt.

Die Reichsregierung wird sich mit Nachdruck dafür einsetzen, daß die Ziele des Programms verwirklicht werden, und damit erreichen, daß die Wohnungsfürsorge weit mehr als bisher besonders den Volksschichten zugute kommt, die seit Jahren am stärksten unter der Wohnungsnot und dem Wohnungselend gelitten haben.

Die endgültige Verabschiedung des vom Reichskabinett bereits gebilligten Entwurfs eines Gesetzes über Maßnahmen zur Verbilligung des mit öffentlichen Mitteln geförderten Kleinwohnungsbaues wird ebenso wie die Verabschiedung des Entwurfs eines Gesetzes über die Gemeinnützigkeit von Wohnungsunternehmen unter Anpassung an vorstehende Grundsätze nachdrücklich gefördert werden.

Die Verwendung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau soll im Rahmen des Gesamtplans bis zum 1. April 1935 im wesentlichen abgebaut werden.

Im engen Zusammenhang damit sollen der ländlichen Siedlung öffentliche Mittel im steigenden Maße zugeführt werden, und zwar im Jahre 1932/33 75 Millionen Mark, 1933/34 100 Millionen Mark, 1934/35 125 Millionen Mark.

Die von der Reichsregierung gemeinsam mit der preußischen Staatsregierung geschaffene Deutsche Siedlungsbank wird gleichfalls die Förderung der ländlichen Siedlung dienen.

Neben der ländlichen Siedlung und in enger Verbindung mit ihr wird der Landarbeiterwohnungsbau planmäßig fortgesetzt werden.

Die auf dem Gebiete des Wohnungsbaues und der Siedlung durchgeführten Maßnahmen gestatten es dann auch,

die Wohnungszwangswirtschaft weiter zu lockern

und schließlich ganz aufzuheben. Das Reichsmietengesetz (die zwangsweise Festsetzung der Miete) und das Mieterschutzgesetz (der Kündigungsschutz) sollen alsbald für solche Räume aufgehoben werden, für die das Wohnungsmangelgesetz (die Zwangsbeschlagnahme von Wohnungen) nicht mehr gilt. Hiervon sollen jedoch die bisherigen Mieter nicht betroffen werden; die Aufhebung soll nur erfolgen, soweit diese Räume frei und neu vermietet werden. Außerdem sind gewisse Lockerungen des Mieterschutzes vorgesehen, insbesondere soll künftig die Berufung auf die gesetzliche Miete nach einmal getroffener Vereinbarung in bestimmten Fällen ausgeschlossen sein. Die endgültige Aufhebung des Wohnungsmangelgesetzes soll am 1. April 1934 erfolgen; das Reichsmietengesetz und das Mieterschutzgesetz sollen am 1. April 1936 endgültig außer Kraft treten. Bis dahin wird eine Regelung getroffen werden, durch die im allgemeinen bürgerliche Mietsrechte die unter sozialen Gesichtspunkten berechtigten Ansprüche der Mieter gesichert werden.

V. Realsteuersenkung.

Durch die neuen Methoden der Finanzierung im Wohnungsbau wird aus dem bisher für den Wohnungsbau verwendeten Teil der Hauszinssteuer ein Betrag von etwa 400 Millionen Mark frei. Dieser Betrag soll

für die Senkung von Realsteuern

verwendet werden. Die Steuern haben zwar allgemein die erträgliche Grenze vielfach überschritten. Bei den Realsteuern ist dies aber in ganz besonderem Maße der Fall. Während sie in der Vorkriegszeit insgesamt 600 Millionen erbracht haben, ist das Aufkommen für 1930 mit über 2200 Millionen Mark anzunehmen. Sie sind also um mehr als das Dreieinhalbfache gestiegen. Dabei wirken gerade diese Steuern, weil sie unabhängig vom Ertrag erhoben werden, unter Umständen produktionshemmend und lohndrückend und fördern insofern auch die Arbeitslosigkeit. Aus diesen Gründen müssen die Realsteuern vor allen anderen Steuern gesenkt werden.

Eine organische Senkung, die den mit Realsteuern am meisten belasteten Zensiten einerseits und den durch die Wohlfahrts-Erwerbslosenfürsorge und andere Lasten besonders bedrängten Gemeinden andererseits Rechnung trägt, ist vor Verabschiedung des Steuervereinheitlichungsgesetzes, dessen Hauptziel die Schaffung einheitlicher Besteuerungsgrundlagen ist, nicht möglich. Die baldige Verabschiedung des Steuervereinheitlichungsgesetzes wird jetzt erstrebt. Immerhin wird es auch nach seiner formellen Verabschiedung noch einer längeren Anlaufszeit bedürfen und daher technisch nicht vor dem 1. April 1932 funktionieren können. Bis dahin mit der Senkung der Realsteuern zu warten, ließe sich bei der derzeitigen Wirtschaftslage indessen nicht verantworten. Daher soll die Senkung bereits zum 1. April 1931 eintreten.

Unter den gegebenen Verhältnissen ist allerdings nur die schematische Senkung, d. h. die Senkung um einen bestimmten Prozentsatz möglich. Für die Wirtschaft bedeutet diese Art der Senkung insofern einen sehr beachtlichen Vorteil, als jeder Betriebsinhaber genau weiß, um wieviel sich seine Realsteuerbelastung senkt und er nicht von dem Ermessen des Landes oder der Gemeinde, in der er wohnt, abhängig ist. Demgegenüber werden die Nachteile dieser Methode nicht verkannt; sie können aber um so eher in Kauf genommen werden, als diese Regelung nur eine provisorische ist, d. h. nur bis zum Inkrafttreten des Steuervereinheitlichungsgesetzes gilt und als ferner die besonders belasteten Gemeinden durch einen Ausgleichsfonds besonders berücksichtigt werden.

Die Senkung soll nicht nur bei der Gewerbesteuer, sondern auch bei der Grundsteuer eintreten.

Insbesondere ist auch die Senkung der landwirtschaftlichen Grundsteuer wegen des dauernden Absinkens der Weltpreise für landwirtschaftliche Produkte erforderlich.

Wenn man die Grundsteuer und die Gewerbesteuer miteinander vergleicht, so ergibt sich, daß die Gewerbesteuer in der letzten Zeit stärker angespannt worden ist als die Grundsteuer. Daher muß sie jetzt stärker gesenkt werden. Vorgeschlagen wird eine Senkung um 20 Prozent. Das macht eine Entlastung um 200 Millionen aus. Für die Gewerbebetriebe, die zum Teil schwer danieder liegen, bedeutet das eine nicht unwesentliche Senkung ihrer Produktionsunkosten.

Die Grundsteuer soll um 10 Prozent gesenkt werden, und zwar sowohl bei landwirtschaftlichem Grundvermögen wie beim Hausbesitz. Die Länder sollen die Möglichkeit haben, beim Hausbesitz an Stelle der Grundsteuer die Hauszinssteuer entsprechend zu senken. Die Senkung der Hauszinssteuer erscheint auch um deswillen gerechtfertigt, weil die Aufwertungshypotheken vom 1. Januar 1932 ab höher zu verzinsen sind, und die Hausbesitzer, um die Verlängerung ihrer Hypothekenschulden bei ihren Gläubigern durchzusetzen, diesen vielfach schon im Jahre 1931 einen höheren Zins gewähren werden. Die Senkung der Grundsteuer um 10 Prozent macht den Betrag von 120 Millionen Mark aus.

Somit kosten die Senkung von Gewerbesteuer und Grundsteuer zusammen etwa 320 Millionen Mark. Da 400 Millionen Mark zur Verfügung stehen, verbleibt noch ein Restbetrag von 80 Millionen. Dieser soll für einen Ausgleichsfonds verwendet werden, aus dem die Länder in erster Linie diejenigen Gemeinden speisen sollen, deren finanzielle Lage durch die Wohlfahrts-Erwerbslosenhilfe oder andere Lasten besonders bedroht ist. Auf diese Weise kann auch bereits während der schematischen Senkung die besondere Notlage einzelner Gemeinden berücksichtigt werden.

VI. Fortführung und Ausbau der Agrargesetzgebung

Das Osthilfegesetz wird in vollem Umfang in dem ursprünglich vorgesehenen Rahmen durchgeführt.

Die Standardisierung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse wird gesetzlich geregelt. Weitere Gesetze sind vorbereitet, die deutschen landwirtschaftlichen Erzeugnissen in verstärktem Maße den Absatz sichern sollen.

VII. Finanzausgleich.

Der Gesundungsprozeß der öffentlichen Finanzen in Deutschland muß durch eine endgültige Regelung des Finanzausgleichs abgeschlossen werden. Um sie vorzubereiten, ist es schon heute erforderlich, die Grundsätze festzulegen, auf denen sich dieser endgültige Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden aufbauen soll. Unter der Voraussetzung, daß das Steuervereinheitlichungsgesetz alsbald verabschiedet wird, soll dieser endgültige Finanzausgleich zum 1. April 1932 in Kraft treten. Unter angemessener Verteilung der Aufgaben zwischen Reich, Ländern und Gemeinden soll den Ländern und Gemeinden

das Aufkommen aus der Belastung von Bier und Branntwein

nach einem noch zu bestimmenden Schlüssel und dafür dem Reich in entsprechend veränderter Beteiligung das Aufkommen aus Einkommen- und Körperschaftssteuer zufallen. Damit werden zugleich alle bisher bestehenden Sonderzuweisungen an einzelne Länder beseitigt.

Die selbständige Verantwortung der Gemeinden für ihre Ausgabewirtschaft soll weiter gesteigert werden. In Zukunft erhebt das Reich nur für sich und die Länder eine bestimmte, angemessen gesenkte Einkommensteuer. Die Gemeinden bekommen das freie Zuschlagsrecht. Um aber eine

Ueberspannung der Einkommensteuer

zu verhindern, wird die Einkommensteuer nicht nur mit den Realsteuern in bestimmtem Verhältnis verknüpft, sondern auch die Ueberschreitung eines bestimmten Zuschlagssatzes davon abhängig gemacht werden, daß die Gemeinden zuvor jeweils eine allgemeine Belastung aller Bürger nach Maßgabe eines Reichsgesetzes beschließen.

VIII. Höchstgrenze für die Ausgaben der öffentlichen Hand.

Durch ein besonderes Gesetz wird sichergestellt, daß die unter dem Druck der Not auf ein Mindestmaß herabgesetzten Ausgaben für die Dauer dreier Jahre in Reich, Ländern und Gemeinden keine Erhöhung erfahren dürfen, sondern daß alle etwa durch Eingang höherer Einnahmen erzielten Ueberschüsse durch steuerliche Entlastung zu verwenden sind. Für das Reich wird ein Spargesetz die Grundlage für weitere Haushaltsersparnisse bilden, denen zur Zeit gesetzliche Bindungen entgegenstehen.

Der Plan der Reichsregierung fordert von allen Teilen des deutschen Volkes Opfer. Deutschland muß aber rechtzeitig Anschluß an die Entwicklung in der großen Stunde der Weltwirtschaft finden, die durch die Senkung des Preisniveaus gekennzeichnet ist.

Was durch die Kürzung der Gehälter für die öffentliche Wirtschaft angebahnt ist, muß innerhalb der privaten Wirtschaft weiterwirken zum Wohle des Ganzen.

Bezüge und Lebenshaltung aller Unternehmer- und Arbeitnehmerschichten sowie der Preisstand der deutschen Waren müssen uns gestatten, im Wettbewerb der Welt zu bestehen. Nur so werden die Produktionsstätten wieder belebt, nur so die Sorgen wachsender Arbeitslosigkeit von dem deutschen Volke genommen werden. Sorgen, die heute ernste Gefahren für Staat und Wirtschaft bedeuten. Bewußt, daß es keine Rechtfertigung vor der Geschichte dafür gibt, in diesem Augenblick versagt zu haben, wird die Reichsregierung alles daran setzen, das Ziel zu erreichen.

Berlin, den 30. September 1930.

Die Reichsregierung. gez.: Brüning.

Zum Massenmord in Rußland.

Fingierte Geständnisse. — Die Komödie der GPU.-Unternehmungen.

Die Erschießung der 48 Sowjetbeamten als angebliche Mitglieder einer konterrevolutionären Schädlingsorganisation auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung, über die der „Vorwärts" vor einigen Tagen berichtet hat, ist nur das erste Glied in der Kette der in Vorbereitung befindlichen Massenerschießungen. Ein Blick in die Sowjetzeitungen genügt, um das zu erkennen. Die Tragödie der Massenerschießungen spielt sich nämlich nach ein für allemal festgelegten Regeln ab. Zuerst schlagen die Sowjetblätter Alarm über unerhörte Mißstände auf irgendeinem Wirtschaftsgebiet, es folgen Appell auf Appell, Ordnung zu schaffen, „Sturmbrigaden" werden an die „Wirtschaftsfront" geschickt und dann — alles vergeblich. Das Chaos nimmt zu, die Unruhe in der Bevölkerung wächst, die Ohnmacht der Sowjetregierung, ihre hochtrabenden Wirtschaftspläne in Erfüllung zu bringen, ist allzu eklatant; man ist außerstande, sie zu vertuschen. Da entdeckt man plötzlich eine „konterrevolutionäre Organisation von Schädlingen", die es eben auf dieses Wirtschaftsgebiet abgesehen hatte. Es folgen Verhaftungen und Erschießungen. Und entweder vor oder nach den Erschießungen setzen dann die Resolutionen in den Betrieben ein, die die Erschießung entweder fordern oder sie begrüßen. Nach diesem Reglement spielte sich auch diesmal wie nach Noten alles ab. Die gleichen Nummern der Zeitungen „Prawda" und „Iswestija", die jetzt solche Resolutionen bringen, enthalten aber gleichzeitig neue Alarmsignale über chaotische Zustände auf anderen Wirtschaftsgebieten als Vorbereitung der öffentlichen Meinung zu neuen Erschießungen.

Dem festgelegten Reglement entspricht es auch, daß die Erschießungen auf Grund von „Geständnissen" der Verhafteten vor sich gehen.

Den Wert solcher Geständnisse kennt man vom Schachty-Prozeß her. Es gibt nirgends so viele geständnisfreudige Konterrevolutionäre wie in Sowjetrußland; nirgends so viele konterrevolutionäre Verräter, die stets ihre sämtlichen Komplizen dem Henker in die Hände spielen, um trotzdem hinterher selbst erschossen zu werden. Auf Grund eigener Geständnisse sind selbstverständlich auch diesmal die 48 Sowjetbeamten erschossen worden. Sieht man sich aber diese angeblichen Protokollniederschriften näher an, so fällt einem der Umstand auf, daß sie, obgleich von verschiedenen Untersuchungsrichtern aufgenommen, alle im gleichen Stil niedergeschrieben sind und daß sie all das enthalten, worüber die Sowjetzeitungen im Laufe von Monaten bittere Klage geführt haben. Für das Zustandekommen dieser Geständnisse gibt es zwei Möglichkeiten: die eine, daß die noch bei Lebzeiten unterschriebenen angeblichen Geständnisse durch eine Folter, deren Bestehen unzweifelhaft ist, abgepreßt sind, oder daß diese angeblichen Geständnisse erst nach der Erschießung der 48 von deren Henkern verfaßt sind.

Da niemand von den Verhafteten am Leben geblieben ist, so können ja die GPU.-Leute sicher sein, daß die Mitwelt über diese Protokollfälschungen niemals etwas erfährt.

Daß aber die Erschossenen aus freien Stücken nie derartige Geständnisse gemacht haben konnten, beweist deren Inhalt. So war z. B. ein Teil der Erschossenen geständig, absichtlich die Versorgung der Industriezentren mit Fleisch und Gemüse hintertrieben zu haben, indem sie zu wenig Waggons angefordert hätten. Die Sowjetblätter haben aber die ganze Zeit über die Schuld an der ungenügenden Versorgung der Zerrüttung des Transportwesens zugeschrieben und auch ungezählte Beweise für die Richtigkeit dieser Ursache genannt. Die Zerrüttung des Transportwesens wurde aber auch als Ursache dafür angegeben, daß das Gemüse in den Lägern faule, anstatt der Arbeiterbevölkerung zur Verfügung gestellt zu werden. Die Erschossenen waren aber geständig, absichtlich die Vernichtung bewirkt zu haben. Ein anderes Beispiel: Die Sowjetblätter schrien Alarm, daß die Bauern, um ihr Vieh nicht den Kollektivwirtschaften übergeben zu müssen, es zu Tausenden sinnlos dahinschlachten; die Schuldigen wurden zu Hunderten ins Gefängnis gesteckt. Die jetzt Erschossenen waren aber geständig, absichtlich die Viehzufuhr verhindert oder im Gegenteil eine Massenschlachtung veranlaßt zu haben — das letztere, um das Fleisch verfaulen zu lassen. Andere wieder gestanden, den Bau von neuen Kühlanlagen hintertrieben zu haben; in Wirklichkeit konnten sie nichts dafür, daß die hochtrabenden Pläne aus technischen Gründen nicht ausgeführt werden konnten. Wieder andere waren geständig, die Quoten des Fischfanges absichtlich zu niedrig gehalten zu haben; die Sowjetblätter berichteten aber wochenlang, daß der verwirklichte Prozentsatz des vorgesehenen Fischfang-Planes unerhört niedrig sei. Also nicht die Beamten der zentralen Verwaltung, die den Fischfangplan aufgestellt hatten, sondern die Fischer, denen es unter gegebenen Wirtschaftsverhältnissen nicht lohnend erscheint, sich mit dem Fischfang zu beschäftigen, traf die Schuld. Das gleiche auf dem Gebiete der Zuckerrübenbebauung. Die Erschossenen waren geständig, absichtlich die Anbaufläche eingeschränkt zu haben. Die Sowjetzeitungen haben sich aber immer wieder telegraphieren lassen, daß der vorgesehene Anbauplan in keiner Weise eingehalten wird. Einer der Erschossenen war sogar geständig, absichtlich aus konterrevolutionären Gründen dafür gesorgt zu haben, daß bei der Herstellung von Fleischkonserven auch sämtliche Viehabfälle, wie Haare, Zähne und wer weiß was noch alles, verarbeitet würden, die Konserven nicht lange genug hohen Temperaturen aussetzten oder in anderen Fällen das Fleisch nicht zur erforderlichen Gefrierung gebracht wurde. Die Geständnisse erzählen auch, daß absichtlich zwecks Schaffung von Beunruhigung bei einzelnen Fleischsorten unangebrachte Preise angesetzt wurden oder daß nicht dafür gesorgt wurde, daß genügende Anzahl von Ausgabestellen für Lebensmittel eingerichtet worden seien usw. usw. Mit anderen Worten:

in den „Geständnissen" der Erschossenen spiegeln sich sämtliche Mißstände auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung wider, die, verursacht durch das Wirtschaftssystem der Sowjetregierung, in der Arbeiterbevölkerung eine ungeheure Unruhe bewirkt.

Nun sind die zu unrecht Beschuldigten unschuldig gerichtet, die Mißstände sind bekannt. Die Sanierung kann veranlaßt werden — in Wirklichkeit werden die Dinge aber durch die Erschießung der Spezialisten das Chaos auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung nur noch zunehmen — ganz wie nach Erschießung der Schatty-Ingenieure, die Kohlenförderung im Donezbecken rapid abgenommen hat. Und schließlich: Stand nun einmal die Schuld der Erschossenen auf Grund ihrer eigenen Geständnisse und der gegenseitigen Bezichtigungen so unerschütterlich fest, weshalb wurden sie nicht im ordentlichen Gerichtsverfahren abgeurteilt. Man durfte das nicht, weil sonst das ganze Lügengebäude der Anklage in nichts zusammengestürzt wäre und die Arbeiterbevölkerung als den wahren Schuldigen an ihrer Not die Sowjetregierung erkannt hätte.

Verschleppungstaktik im Bombenprozeß.

Endlose Anträge der Verteidigung.

Altona, 30. September.

Der Bombenlegerprozeß dauert jetzt bereits vier Wochen, ohne daß ein Ende der Zeugenvernehmungen abzusehen wäre. Die endlosen Anträge der Verteidigung lassen die Vermutung auftauchen, daß sie einzig und allein auf eine Verschleppung des Prozesses hinzielen. Die Staatsanwaltschaft ist natürlich gezwungen, die Anträge der Verteidiger mit Gegenanträgen zu parieren.

So wurde an den letzten beiden Verhandlungstagen von der Verteidigung die Ladung von 17 Zeugen beantragt, dem das Gericht auch zustimmte. Die Zeugenvernehmung der letzten beiden Tage beschränkte sich auf Aussagen über die Verschuldung und Schwierigkeiten der holsteinischen Landwirtschaft. Auch mehrere chemische Sachverständige kamen noch zu Worte. Wenn das Gericht den Anträgen der Verteidigung im bisherigen Maße nachgibt, ist im Laufe dieser Woche mit einem Schluß der Beweisaufnahme noch nicht zu rechnen.

Reichsbanner und Studentenschaft.

Deutscher Studentenverband reiht sich in die Front ein.

Nach einer Mitteilung des Deutschen Studentenverbandes hat dieser Tage in Berlin eine Besprechung zwischen einem Vertreter des Bundesvorstandes des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und dem Vorstand des Deutschen Studentenverbandes stattgefunden. Es wurden die Richtlinien einer zentralen und örtlichen Zusammenarbeit zwischen beiden Organisationen aufgestellt.

Dabei herrschte Uebereinstimmung, daß der Deutsche Studentenverband als staatstreue Studentenschaft über seine hochschulpolitische Aufgabe hinaus staatspolitische Aufgaben hat, die in gemeinsamer Front mit dem Reichsbanner zu lösen sind. Damit ist der am vergangenen Sonntag vom Reichsbannerbundesrat gefaßte Beschluß auf Aktivierung und Zusammenfassung der republikanischen Kräfte durch die Eingliederung der republikanischen Studenten bereits einen großen Schritt vorwärts gekommen.